

I.2013

Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

Familien Land Leben

Außerdem:
Sonderregeln für Rebhühner
Vitale Landschaften
Weiterentwicklung der GAK

Inhalt

Familien.Land.Leben

Es gibt sie, aktive, ländliche Familien, die sich für das Landleben entscheiden und die sich auch dafür einsetzen, ländliche Lebensqualität zu bewahren. Doch solch junge Landfamilien werden immer weniger. Deshalb haben wir Familien auf dem Land und ihre Bedürfnisse an ihren Lebensraum in unseren Fokus gestellt: Hier zeigen wir neben den aktuellen Bevölkerungszahlen auch, wie ländliche Räume familiengerechter gestaltet werden können. Es gilt, Familienfreundlichkeit zu entwickeln und auszubauen, unumgängliche Schrumpfungsprozesse zu gestalten, die Heimatverbundenheit bei Kindern und Jugendlichen zu fördern und sie an der regionalen Entwicklung zu beteiligen.

ab Seite 12



Bild: © Sven Käschrker - istock

Weitere Themen



Bild: © Eckhart Gottschalk

Sonderregelung Rebhuhnstreifen

Viele Bundesländer versuchen mit der Agrarumweltmaßnahme zur Förderung einjähriger Blühstreifen die Agrarlandschaft aufzuwerten. Als Instrument zur langfristigen Förderung der Agrobiodiversität ist sie jedoch häufig nicht geeignet. Dazu bedarf es regions- und artspezifischer Anpassungen.

Seite 32



Bild: © Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V.

Kulturlandschaft lebendig gestalten

Kulturlandschaften sind das Natur- und Kulturerbe Mitteleuropas. Sie symbolisieren Lebensqualität, Regionalverbundenheit, sind Grundlage zahlreicher wirtschaftlicher Aktivitäten – und erfahren einen bedrohlichen Werteverlust. Der Landesheimatbund Sachsen-Anhalt stellt sich im transnationalen Projekt „Vital Landscapes“ dieser Entwicklung entgegen.

Seite 38



Bild: © Jan Freese

Die GAK zukunftsorientiert weiterentwickeln

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) wird weiterentwickelt. Im Zusammenhang mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sollen auch im GAK-Rahmenplan 2014 neue Förderschwerpunkte gesetzt werden.

Seite 42

Für das Netzwerk

Inside	05 Neue Broschüre
	05 Kooperationspartner gesucht
Veranstaltungen	06 Natürliches Erbe – Rückblick
	07 Jugend und Regionalentwicklung – Eindrücke einer Teilnehmerin
	08 Nah und gut versorgt – Rückblick
	09 Zukunftsforum und IGW 2013 – Rückblick
	10 Beteiligung organisieren – Vorschau
	10 Dreiländerdialog Regionalmanagement – Vorschau
	11 Großschutzgebiete und ELER – Vorschau
Neu im Netz	11 Themenseite Flächen

Im Fokus: Familien.Land.Leben

Einführung	12 Zwei Familienportraits
	14 Familien zwischen Stadt und Land
	16 Lebenswelten und -wünsche
Familie und Beruf	18 Netzwerk für Familienfreundlichkeit
	20 Familienfreundlicher Arbeitgeber – Interview
	21 Alt und Jung miteinander
Schrumpfung gestalten	22 Zurück ins Dorf
	24 Schulschließungen als Innovationsmotor
	26 Was bewegt Familien im ländlichen Raum?
	27 Flüssiger Schülerverkehr
Heimatverbundenheit fördern	28 Wer früher mitgestaltet, bleibt länger
	30 Heimat wirkt aktivierend
	31 Du bist der Jüngste – willst du das nicht machen? Interview

Aus der Praxis

	32 Sonderregelung Rebhuhnstreifen
	34 Ein Fenster zum Hof
	36 Das wäre ohne Leader nicht passiert – zwei Interviews
	38 Kulturlandschaft lebendig gestalten

Perspektiven

Forschung Bildung	40 AgriClimateChange – mit Landwirtschaft Klima schützen
	41 Ländliche Stromnetze schlaue regeln
Politik und Gesellschaft	42 Die GAK zukunftsorientiert weiterentwickeln
	44 Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen
	46 Inklusion im ländlichen Raum
	47 EU-Fonds machen Schule
Partner und Experten	48 Für die Renaissance des Grünlands
	49 Naturpark in Bürgerhand
Service	50 ... angelesen
	50 ... angekündigt
	52 Termine
	52 Cartoon zum Fokusthema



Liebe Leserinnen und Leser,

deutschlandweit lebt jeder fünfte alleine. In Großstädten ist es bereits jeder dritte, obwohl die Mehrzahl das nicht als optimalen Lebensentwurf ansieht. In kleinen Gemeinden und Dörfern mit weniger als 5.000 Einwohnern ist dagegen nur jeder siebte Single. Warum ist das so?

Vielleicht liegt es auch an Umbrüchen und wirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen drei Jahrzehnte, die gesellschaftlich prägen. Globalisierung und Rationalisierung in den Unternehmen, Massenarbeitslosigkeit, Kaufkraftverluste und die Ausrichtung der Agenda 2010 haben in breiten Bevölkerungsschichten Spuren hinterlassen. Zuletzt hat die Banken- und Schuldenkrise das Gefühl der Unsicherheit noch verstärkt.

Heute steht das Streben nach einem guten Job und die Angst, ihn wieder zu verlieren bei vielen Menschen im Vordergrund. Häufig findet eine Art Selbstoptimierung auf unternehmerische Belange statt: Flexibilität, unbedingte Leistungsbereitschaft, der Beste sein, das Beste rausschlagen. Dieses Lebenskonzept scheint auch ins Privatleben zu sickern. Es gehört Mut dazu, sich für Familie und Kinder zu entscheiden, sich festzulegen und bei höheren Kosten „unflexibler“ zu werden.

Dabei ist Familie häufig der Antrieb, sich für das zukünftige Wohl anderer einzusetzen. Ehrenamt und „gouvernance“ mit auf die Bürger übertragenen Entscheidungskompetenzen sind hier zu nennen. So will es auch die Politik. Persönliche Beteiligung kann aber nicht verordnet werden. Entweder sie ergibt sich aus Interesse, Spaß oder einem gewissen Pflichtgefühl – oder eben nicht.

Gestaltungsmöglichkeiten und nicht „Pflicht“ erhöhen die Chancen auf gute Lebensqualität und -glück. Zufrieden macht laut „Glücksforschung“: im erlernten Beruf arbeiten, Zeit mit Freunden oder in Vereinen verbringen, im eigenen Haus leben – wie das Familien im ländlichen Raum oft tun. Pendeln mindert dagegen die Lebenszufriedenheit, Arbeitslosigkeit noch stärker und öfter mit dauerhafter Wirkung.

Die Situation in ländlichen Räumen haben auch die Parteien im Blick. Anträge an den Bundestag von CDU/CSU und FDP sowie der SPD thematisieren für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, regionale Berufseinstiegsbegleitung von Jugendlichen, soziale Absicherung von geringfügig Beschäftigten, verbesserte Daseinsvorsorge durch ressortübergreifendes, abgestimmtes Handeln sowie eigenwirtschaftliche Aktivitäten von Kommunen. Ein erster Schritt.

In unserem Fokusthema stellen wir Wünsche und Lebensbedingungen von ländlichen Familien in den Mittelpunkt. Und welche Möglichkeiten bestehen, um diese Familienbedürfnisse zu erfüllen – eine Grundlage, um langfristig ländliche Entwicklungspotenziale zu sichern.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Jan Swoboda



Bild: © Stefan Andronache / fotolia

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 11.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,
Anja Rath, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung:
Andrea Birrenbach, Stephan Bröhl

Redaktionelle Mitarbeit:
Raufeld Medien
Marion Hughes (verantw.), Peter Altmann
Tel. 030 - 69 56 65 0
www.raufeld.de

Gestaltung: graphodata AG,
www.graphodata.de

Druck:
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/
Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn
Telefon 0228 / 68 45 34 61
Fax 0228 / 68 45 33 61
E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei
unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personen-Gruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Gedruckt auf Recyclingpapier

Neue Broschüre

Von **Stephan Bröhl**



In der 40-seitigen Veröffentlichung „Ländliche Räume – Räume voller Ideen!“ stellen sich die vier Projekte vor, die sich auf der Grünen Woche 2013 gemeinsam am Stand von Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Deutscher Vernetzungsstelle Ländliche Räume im Rahmen der Gemeinschaftsschau „Lust aufs Land“ in der Halle 4.2 präsentiert haben (siehe Seite 9). Außerdem werden Dorfentwicklung und Daseinsvorsorge unter sich wandelnden Bedingungen thematisiert. Vorgestellt wird der bundesweite DVS-Wettbewerb „Gemeinsam stark sein“, der 2012 zum dritten Mal statt fand. Ziel war und ist es, zu zeigen, dass Regionalentwicklung und engagierte Bürger zusammengehören. Wie Jugendliche mithelfen können, ihre eigene Mobilität auf dem Land zu verbessern, zeigt das Projekt „Jugend Mobil“ aus Brandenburg. Und eine Initiative aus dem Wittberger Land zeigt, wie man Leerstand in der Wohnbebauung interkommunal bekämpfen kann.

Die Broschüre kann kostenlos bestellt und im Internet heruntergeladen werden.

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/publikationen/laendliche-raeume-voller-ideen/



Sagen Sie uns die Meinung!

Wie finden Sie die DVS-Medien: die Internetseiten, den Newsletter und unsere Zeitschrift LandInForm? Wir freuen uns über Ihr Feedback.

Kooperationspartner gesucht



Lobby für Polder

Die Region Pays de Saint-Malo in der Bretagne möchte sich mit anderen europäischen Regionen und Museen zum Thema Polder austauschen und so den Wert dieses natürlichen Erbes erhöhen. Die Aufmerksamkeit von Bevölkerung und Touristen soll auf das Thema gelenkt und Aufklärung geleistet werden. Im Fokus der Zusammenarbeit sollen gemeinsame europäische, kulturelle Aktivitäten stehen.

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kooperationen

Kleinkunsttheater ganz groß

Ziel des Projektes der bretonischen LAG Pays de Saint-Malo ist, ein Kleinkunsttheater attraktiver zu gestalten und zu einem kulturellen Ort zu machen, der die Stadt-Land Thematik aufnimmt. Außerdem soll die Neugier der Bevölkerung auf die Vielfalt zeitgenössischer Kunst geweckt werden. Gemeinsame Aktionen sollen den Austausch der Künstler und Ideen fördern und sich dem Thema Jugend widmen.

Mehr Kooperationsgesuche bietet die Kooperationsdatenbank des ENRD Contact Point

<http://enrd.ec.europa.eu> → leader → transnationale Zusammenarbeit → datenbank für kooperationsangebote



Mehr Informationen:

LAG Pays de Saint-Malo
Mickael Marjot
Telefon: + 33 2 99 21 17 27
E-Mail: leader-paysdesaintmalo@wanadoo.fr

Natürliches Erbe – Perspektiven für Gewässer- und Naturschutzinvestitionen

Von Jan Freese

Naturschutz in der Kulturlandschaft wird in Deutschland überwiegend über die Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes und die „Maßnahme 323“ umgesetzt. Beim Vertragsnaturschutz werden mit den Landwirten fünfjährige Bewirtschaftungsmaßnahmen vertraglich vereinbart. Die „Maßnahme 323“ basiert auf Artikel 57 „Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes“ der aktuellen ELER-Verordnung und wird in den Förderrichtlinien einiger Bundesländer auch als „Natürliches Erbe“ bezeichnet (siehe Abbildung). Mit ihr können Planungen, Projekte und einmalige Naturschutzinvestitionen finanziert werden. Sie ist in vielen Bundesländern ein wichtiges Förderinstrument und wird beispielsweise bei der Umsetzung von Natura 2000, der Wasserrahmenrichtlinie oder auch bei Pilot- und Erprobungsvorhaben in Naturschutz und Landschaftspflege eingesetzt. In Deutschland stehen für das ländliche Erbe im Zeitraum der Förderperiode 2007 bis 2013 jährlich durchschnittlich 120 Millionen Euro zur Verfügung. Davon entfallen circa 90 Millionen auf das natürliche Erbe und circa 30 Millionen Euro auf das kulturelle und dörfliche Erbe. Die Gewichtung des Mitteleinsatzes für das ländliche Erbe in den Programmen der Bundesländer ist sehr unterschiedlich: Besonders hoch ist die Förderung in Brandenburg, Bayern, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Anfang Dezember trafen sich auf Einladung des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege und der DVS die Naturschutzreferenten von Bund, Ländern und Verbänden zu dem Workshop „Natürliches Erbe – Perspektiven für Gewässer- und Naturschutzinvestitionen“ in Gera.

Herausforderung Projektträger

Eine Besonderheit bei Aktivitäten zu Arten- und Biotopschutz, Landschaftspflege oder Gewässerentwicklung im Rahmen der Maßnahmen zum natürlichen Erbe ist, dass Projektträger meist Institutionen und Vereine sind. Neben Naturschutz-, Landschaftspflege-, Wasser- und Bodenverbänden entwickeln auch Gemeinden und Landkreise Projektideen, beantragen eine Förderung und führen Maßnahmen durch. Häufig sind zudem Projektträger auf überregionaler Ebene aktiv, etwa die Landesverwaltungen und Landesstiftungen.

Ein besonderes Problem für viele Projektträger ist, dass Aufwendungen für die Antragsentwicklung, sei es für die Ideenentwicklung, die Zusammenführung von Akteuren, die Vorabstimmungen mit öffentlichen Stellen und für die eigentliche Antragserstellung nicht als förderfähig gelten. Auch müssen nach Antragsbewilligung Kosten zunächst ausgeglichen werden und es kann erst nach Fertigstellung der Maßnahmen abgerechnet werden. Gleichzeitig wird durch die Individualität der Natürliches-Erbe-Maßnahmen sowie durch Kontrollvorgaben der Länder und der EU der Verwaltungsaufwand auch für die Bewilligungsstellen immer höher.

Als Ausweg konzentriert sich die Förderung gegenwärtig zunehmend auf größere Projekte und wenige große Projektträger wie Landesverbände, Landesbehörden und Naturschutzstiftungen. Mit diesen wird dann zum Teil alle drei Monate abgerechnet.

Die Programmierung in den Ländern läuft

In den Entwürfen der EU-Kommission zur zukünftigen ELER-Verordnung bieten zwei Maßnahmen Fördermöglichkeiten, die mit verschiedenen Aspekten der bisherigen „Maßnahme 323“ vergleichbar sind. Diese finden sich in Artikel 21 und Artikel 36 des Entwurfs. Die Teilnehmer des Workshops in Gera diskutierten über die Gestaltung dieser Maßnahmen nach 2013: Neben Fragen des Maßnahmenspektrums standen insbesondere programmiertechnische und Monitoring-Fragen im Vordergrund. Noch sind die neuen europäischen ELER-Rahmenbedingungen nicht vollständig bekannt. Bis zur Mitte des Jahres 2013 erwarten die Länder, dass die Entwürfe zur Maßnahme 323 in den Ländern erarbeitet wurden und mit den Akteuren und Verbänden diskutiert werden können.

Richtlinienvielfalt

Förderrichtlinien Natürliches Erbe im ELER 2007-2013



Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
E-Mail: jan.freese@ble.de

Weiterführende Informationen unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/m323

Bild: © Jan Freese



Bild: © DVS / Foto: Peter Apel

Jugend und Regionalentwicklung – Utopie oder gelebte Wirklichkeit?

Im DVS-Workshop vom 22. und 23. Februar 2013 kamen Jugendliche und Erwachsene aus verschiedenen Regionen Deutschlands zu einem zukunftsweisenden Dialog zusammen. Entwickler, Planer und Macher warfen ihre Erfahrungen in den Topf der Visionen, um gemeinsam die optimale Mischung für eine umsetzbare Utopie von Jugendbeteiligung in unserer Gesellschaft zu finden. Eindrücke einer Teilnehmerin.

Von Natalie Wassermann

Unser Traum hat so viele Facetten wie es Träumende gibt. Eine kollektive Vision könnte folgendermaßen aussehen: Ideale Jugendbeteiligung setzt früh an. Schon im Kindergarten können Kinder mit altersgerechten Methoden an der Gestaltung ihres Alltags und ihrer Umgebung beteiligt werden. Sie wachsen in dem Selbstverständnis heran, dass ihre Meinung und ihr Engagement gefragt sind. Als Jugendliche sind sie engagierte Mitglieder der Gesellschaft und übernehmen Verantwortung. Die Schule bereitet sie nicht nur durch Wissensvermittlung auf das Leben vor, sondern fördert in „Demokratie-Workstätten“ auch ihr methodisches Know-How. Rhetorik, Moderation, Mediation – soziale und interkulturelle Kompetenzen ebenso wie erste Erfahrungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und des Fundraising stärken die Jugendlichen. Dabei bleibt die Wissensvermittlung keine Einbahnstraße. Jugendliche können Multiplikatoren im Dialog zwischen den Generationen sein. Während junge Menschen die ältere Generation für die neuen Medien fit macht, teilen die Älteren gelebte Geschichte(n) mit ihnen, unterstützen und beraten sie.

Im Austausch mit Institutionen, Behörden, Regionalentwicklern und -managern und im Umgang mit politischen Entscheidungsträgern herrscht ein jugendgerechter Ton. Die Abläufe sind entbürokratisiert und die Methodenvielfalt im Rahmen von Sitzungen und Konferenzen erfreut auch die Erwachsenenwelt. Projektbezogenes Engagement belebt langfristige Entwicklungsstrategien und lässt Jugendbeteiligung im öffentlichen Raum zeitnah sichtbar und greifbar werden. Außerdem

Handlungsempfehlungen Jugendbeteiligung
Zwei Tage lang haben in Würzburg junge und erwachsene Experten Visionen entwickelt, wie Jugendliche besser in die Regionalentwicklung eingebunden werden können. Die Ergebnisse, Anregungen und Handlungsempfehlungen veröffentlicht die DVS Ländliche Räume in einem LandInform Spezial, das voraussichtlich im Sommer 2013 erscheinen soll.

können die Jugendlichen über Internet-Plattformen unkompliziert ihre Meinung zu wichtigen Fragen einbringen und sich dort durch regelmäßig stattfindende Wahlen auch als rotierende Vertreter ihrer Generation legitimieren lassen. Erwachsene Interessierte aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens müssen nicht jedes Mal bei Null beginnen, wenn sie sich mit der jungen Generation austauschen wollen. Hilfreich ist dabei, dass „Jung“ und „Alt“ sich auch außerhalb der Plenarsäle und fern von Konferenztischen begegnen. Gemeinsame Aktionen überwinden Kluft – ein Graffiti sprühender Bürgermeister profitiert ebenso von der Eingebundenheit in jugendliche Alltagswelten wie die Jugendlichen von der Einbindung in erwachsene Entscheidungshoheiten.

Die gesetzliche Verankerung ist das „i-Tüpfelchen“ der Jugendbeteiligung. In der Regionalentwicklung kann sie in die kommende Strategieplanung mit aufgenommen werden. Die positiven Effekte einer flächendeckend verankerten Jugendbeteiligung strahlen auf Kreis- und Landesebene aus und inspirieren schließlich die Bundesebene. Utopie oder zum Greifen nahe Wirklichkeit? Wir werden sehen.



Mehr Informationen:

Natalie Wassermann
Freie Mitarbeiterin des Bildungs- und Begegnungszentrums Schloß Trebnitz e.V. und im Leitungsteam des deutsch-polnischen Projektes „Oderland-Jugendrat“
E-Mail: transnatale@web.de
www.oderjugendrat.eu

Isabell Friess
DVS Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 59
E-Mail: Isabell.Friess@ble.de

Nah und gut versorgt



Bild: © DVS

Von Bettina Rocha und Isabell Friess

Statt flächendeckend kleine Verkaufsmöglichkeiten zu erhalten, setzen die Lebensmittelhändler auf immer größer werdende Verkaufsstellen mit großen Produktpaletten an wenigen zentralen Orten. Die Folge: In vielen ländlichen Räumen bricht die Nahversorgung zusammen. Grund hierfür sind auch die Ansprüche der Konsumenten, die mit einer gestiegenen Mobilität einhergehen: mehr Auswahl für weniger Geld.

Doch es gibt durchaus noch andere Verbraucherbedürfnisse: nach persönlicher Ansprache im Geschäft, nach kurzen Wegen zu den Gütern des täglichen Bedarfs sowie zu angegliederten Dienstleistungen. Dies gilt gerade für ältere Menschen oder Bevölkerungsgruppen, die ungewollt oder gewollt weniger mobil sind. Auch die Identifikation mit dem Heimatort kann ein Grund sein, wieso manche Bürger Dorfläden bevorzugen, vor allem dann, wenn diese gleichzeitig – zum Beispiel in Kombination mit einem Café – einen Kommunikationsort bieten.

Workshop mit Theorie und Praxis

Um zu ergründen, wie mit dieser Situation umzugehen ist, fand vom 11. bis 12. Dezember 2012 in Verden der Workshop „Nah und gut versorgt“ statt. Rund 80 Teilnehmer diskutierten hier Möglichkeiten, bestehende Versorgungslücken zu schließen. Zu Beginn des Workshops wurde ein Überblick über die Dorfläden in Deutschland gegeben. Außerdem wurden die Perspektiven der Nahversorgung vorgestellt (siehe auch Informationskasten). Nach der kurzen Einführung ging es dann zur Besichtigung des Dorfläden in Otersen. Die Teilnehmer sollten vor Ort praktisch erfahren, wie ein Dorfladen entsteht, wie sich das Sortiment zusammensetzt, welche Bedeutung ein Dorfcafé hat und welche Rolle die Mitarbeiter spielen. Nach dem gemeinsamen Ausflug in die Praxis kam anschließend die Theorie: Günter Lühning vom Dorfladennetzwerk stellte vor, wie aus einer Idee ein Konzept und daraus ein kleiner Lebensmittelmarkt wird. Mathias Fiedler vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften ging auf die Vor- und Nachteile verschiedener Rechtsformen ein. Um Finanzierungsfragen und -möglichkeiten drehte sich der letzte Vortrag und die abschließende Diskussion. Am zweiten Tag rotierten die Teilnehmer durch drei Workshops. An Fallbeispielen diskutierten sie Themen wie die Erstellung einer Machbarkeitsstudie,

das Herausarbeiten von Alleinstellungsmerkmalen und die Förderung der lokalen Unterstützung.

Handlungsbedarf vorhanden

Die meisten Teilnehmer sind selber von einem mangelnden Versorgungsangebot in ihren Wohnorten betroffen, dementsprechend intensiv war die Kommunikation untereinander. Dies zeigt, dass es auch zukünftig noch viel Rede- und Austauschbedarf gibt – wie auch in den Bewertungsbögen gefordert. Mehr Informationen zu betriebswirtschaftlichen Fragen wie der optimalen Preisgestaltung oder intensive Gruppenarbeiten an einzelnen Fallstudien könnten Themen für weitere Veranstaltungen sein.

Frisch aus der Denkschmiede

Im Rahmen einer Studie, beauftragt vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Siedlungsentwicklung, hat das Thünen-Institut zusammen mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung das Thema Nahversorgung in ländlichen Räumen bearbeitet. Eine aktuelle Veröffentlichung fasst den Forschungsstand sowie bestehende Unterstützungsstrukturen zusammen und betrachtet einzelne Versorgungskonzepte. Eine Besonderheit ist die systematische Bestandsaufnahme von Nahversorgungspunkten, die über eine reine Beschreibung von Einzelbeispielen hinausgeht. Vier Fallstudien werden intensiver untersucht und gewonnene Erkenntnisse herausgearbeitet. Internationale Erfahrungen und Empfehlungen für die Raumentwicklungspolitik schließen die Veröffentlichung ab. Inhalte aus der Studie werden im nächsten LandInForm vorgestellt. www.bbsr.bund.de → *BMVBS-Online-Publikation 02/13*

Mehr Informationen:

Bettina Rocha und Isabell Friess
DVS Ländliche Räume
E-Mail: dvs@ble.de

Ländlicher Raum als Labor. Bürger und Kommunen gestalten Zukunft

Bürgerbeteiligung stand im Mittelpunkt der praxisnahen Veranstaltung von DVS, Deutschem Städte- und Gemeindebund, Deutschem Landkreistag und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung auf dem diesjährigen Zukunftsforum Ländliche Entwicklung.

Von Stefan Kämper

Für lokale Projekte gibt es keine Blaupause“, ist Michael Knappe, Bürgermeister von Treuenbrietzen in Brandenburg überzeugt. „Sie müssen mit den Menschen vor Ort entwickelt und betrieben werden.“ Im Ortsteil Feldheim sind die 140 Einwohner an der gemeinsamen Energieversorgung beteiligt. Wärme und Strom sind dadurch deutlich günstiger als marktüblich und der Ort kann sich selbst versorgen. Auch die nordfriesische Genossenschaft e4mobile sieht in der Bürgerbeteiligung den Schlüssel zum Erfolg. „Wir wollen nicht Energie verkaufen, sondern uns ums Thema erneuerbare Energien kümmern“, sagt Projektmanager Stephan Wiese, „denn eine klimaschonende Mobilität ist nur mit einer breiten Bewegung von unten umsetzbar.“ Im hessischen Modellprojekt Zukunftssicherung Battenberg erarbeiteten rund 50 Bürger Projektideen für eine bedarfsorientierte Stadtent-

wicklung. Bürgermeister Heinfried Horsel weiß, dass sichtbare Folgen ihrer Arbeit für die Bürger wichtig sind. Deshalb setzt er sich für die Bereitstellung von Geldern zur Umsetzung ein. „Nur dann hat das neue Wir-Gefühl in Battenberg eine Zukunft“, meint er.

Die drei Beispiele zeigen, dass zwischen engagierten Bürgern, Verwaltung und Politik ein stetiger Austausch stattfinden muss. Wenn dies gelingt, ist es möglich, zukunftsweisende „Produkte“ aus dem Labor in die Praxis zu bringen.

Vorträge und Audio-Mitschnitt der Veranstaltung unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum

Wikinger, offene Höfe, Gesundheitsland und Öbospeicher

Unter dem Motto „Ländliche Räume – Räume voller Ideen!“ stellten das Bundeslandwirtschaftsministerium und die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume vom 18. bis 27. Januar 2013 in Berlin auf der 78. Internationalen Grünen Woche Projekte mit ganz unterschiedlichen Ideen für eine zukunftsfähige ländliche Entwicklung vor.

Von Stephan Bröhl

Der nordische Gott Odin, im Laufe der Grünen Woche aus einem mannshohen Baumstamm herausgeschnitzt, war ein echter Blickfang. Bearbeitet wurde er von einem der authentisch bekleideten Wikinger der Gemeinde Wallsbüll in Schleswig-Holstein – sie setzen sich ehrenamtlich für die Instandsetzung und touristische Nutzung einer nach historischen Vorbildern erbauten Hofanlage ein. Auch die ökologisch produzierten Leckereien der Offenen Höfe aus der Nuthe-Nieplitz-Region in Brandenburg lockten so manchen Besucher – neben Gaumenschmaus gaben die Erzeuger einen Einblick, wie ein landwirtschaftliches Netzwerk zur gemeinsamen Vermarktung funktionieren kann. Ein weiterer Publikumsmagnet war der Venencheck der Mitaussteller aus dem Gesundland Vulkaneifel in Rheinland-Pfalz. Er ist eines der Angebote, mit dem die Region Tourismus, Wellness und Erholung verknüpft. Am Infomodul zum Niedrigenergiehaus Domespace in Wulkow war Geschicklichkeit gefragt: Beim Holzstapelenspiel, das die brandenburgischen Dorfakteure bereithielten, wurde von den Besuchern eine Rekordhöhe von über drei Metern erreicht. Diese sehr unterschiedlichen aber publikumswirksamen Elemente funktionierten als Anreiz, sich eingehender mit dem Thema ländliche Entwicklung zu beschäftigen.



IGW-Video

Impressionen zur Grünen Woche und Einblicke in den Projektpräsentationen bietet ein Kurzfilm auf den Internetseiten der DVS.
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw

Allen vier Projekten gemein ist die Zusammenarbeit verschiedener Akteure. Gemeinsam mit ihren Gemeinden und Regionen gehen sie neue Wege, suchen individuelle Antworten auf die von Region zu Region unterschiedlichen Probleme, entwickeln Lösungen und setzen diese engagiert um. Das zeigten die Akteure aus den Projekten auch auf der Land-Schau-Bühne: Dort boten sie ein vielseitiges DVS-Programm.

Beteiligung organisieren, Strategie entwickeln und Finanzierung sichern

Bundesweites Leader-Treffen vom 29. bis 30. April 2013 in Bad Kissingen

Von Anke Wehmeyer

Der Fokus des dritten Leader-Treffens in dieser Förderperiode liegt auf den nächsten Schritten im regionalen Entwicklungsprozess, die in intensiven Mini-Schulungen bearbeitet werden sollen. Angeboten werden sechs parallel laufende Module mit einem breiten Spektrum an Themen: Es geht um die Finanzierung des Regionalmanagements mit und ohne Förderung, um Ziele und den Aktionsplan im Regionalen Entwicklungskonzept, um einen Überblick von Beteiligungsformen und zielgruppenspezifische Herangehensweisen sowie um die Ausweitung des Akteurspektrums in Leader-Regionen – unter anderem mit Blick auf Multifondsstrategien. Außerdem sind geeignete Rechts- und Organisationsformen für LAGn sowie Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation für eine bessere Anerkennung von LAG-Managements und Leader in der Region Thema in Bad Kissingen. Die Schulungen werden an beiden Tagen der Veranstaltung angeboten, sodass jeder Teilnehmer die Möglichkeit hat, sich mit zwei der Themen intensiv auseinanderzusetzen. Zusätzlich bringen Fachbeiträge die Teilnehmer auf den neuesten Stand der Entwicklungen auf EU-, Bundes- und Länderebene.

Außerdem gibt eine moderierte Expertenrunde Tipps und Empfehlungen zu den neuen Regionalen Entwicklungskonzepten, die die Regionen schon bald in Angriff nehmen müssen.



Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer
DVS Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 41
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de
Anmeldungen bis zum 28. März 2013 unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-treffen

Unternehmertum und Regionalmanagement: Ein unterschätztes Team

Dreiländerdialog Regionalmanagement vom 17. bis 18. Juni 2013 in Lindau

Von Isabell Friess und Anke Wehmeyer

Die Weiterentwicklung und die künftigen Aufgabenstellungen der Regionalmanagements in Deutschland, Österreich und der Schweiz stehen im Mittelpunkt des Fachkongresses. Veranstalter sind die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, das Regionalmanagement Österreich e.V., regio Suisse – Schweizer Netzwerkstelle Regionalentwicklung sowie Regionen im Dialog e.V. und das Kompetenznetzwerk Regionalmanagements in Bayern.

Im Fokus des Dreiländerdialogs stehen vor allem die ungenutzten Potenziale der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Regionen. Kooperationspartner von Regionalmanagements sind bislang vor allem Privatpersonen und Kommunen. Dagegen suchen und nutzen regionale Unternehmen noch sehr selten die kontinuierliche Partnerschaft. Wie aus Unternehmen und Regionalmanagements ein „winning team“ werden kann, ist daher das zentrale Thema des Kongresses. Bei der zweitägigen Veranstaltung stehen geeignete Arbeits- und Kooperationsformen auf dem Programm. Außerdem werden praxiserprobte Strategien und Instrumente der Innovations- und Standortentwicklung mit Unternehmen beziehungsweise Unternehmensverbänden präsentiert und daraus resultierende Konsequenzen auf die regionalen Steuerungs- und Organisationsformen diskutiert. Ein

Wissensmarkt mit zehn erfolgreichen Praxisbeispielen begleitet die Veranstaltung.

Zielgruppe der Veranstaltung sind Regionalmanagements, Leader- und ILE-Managements, begleitende Fachbehörden, Hochschulen und Forschungsinstitute sowie andere Kompetenzzentren aus allen drei Teilnehmerländern.

Die Tagungsgebühr beträgt für beide Tage 120 Euro inklusive Verpflegung.



Mehr Informationen:

Isabell Friess und Anke Wehmeyer
DVS Ländliche Räume
E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dreilaenderdialog

Veranstaltungsorganisation:
neuland+, Tourismus-, Standort- und Regionalentwicklung
E-Mail: herrmann@neulandplus.de
Anmeldung unter www.neulandplus.de/dreilaenderdialog

Großschutzgebiete und ELER

Workshop vom 14. bis 15. Mai 2013 in Weimar

Von Jan Freese

Naturparks und Biosphärengebiete sind Modellregionen einer integrierten und umweltgerechten regionalen Entwicklung. Sie haben eine besondere Naturausstattung und Identität und sind auf die landschaftsbezogene Entwicklung von Wertschöpfungsketten ausgerichtet. Gleichzeitig handelt es sich auch um ländliche Räume mit den ihnen typischen Herausforderungen: Fern der Ballungsräume und großen Wirtschaftsstandorte kämpfen sie um Arbeitsplätze, die Sicherung der Daseinsvorsorge und gegen Abwanderung. Daher können Biosphärenregionen und Naturparks ihren Blick nicht auf Natur und Tourismus begrenzen, sondern müssen mit den Akteuren der Regionalentwicklung, der lokalen Wirtschaft und der Landwirtschaft zusammenarbeiten.

In einem Workshop wollen der Verband der Naturparke Deutschland, Europarc Deutschland e.V. und die Deutsche Vernetzungsstelle



Ländliche Räume die Vernetzung von Schutzgebietsmanagements mit Landes- und Kommunalverwaltungen, der Landwirtschaft, Partnern des Tourismus und der Regionalentwicklung und Naturschutzaktivitäten bearbeiten. Gemeinsam wird diskutiert, wie die Europäische Förderung des ländlichen Raums für die Schutzgebiete in den Bundesländern ausgestaltet werden muss, damit eine umweltgerechte und beispielgebende Entwicklung auch nach 2014 verwirklicht werden kann. Die Kontinuität des Managements der Großschutzgebiete macht sie zu idealen Trägern langfristiger regionaler Naturschutz- und Entwicklungsstrategien. Ohne passende Förderstrukturen kommen aber auch sie nicht aus.



Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese
DVS Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 77
E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schutzgebiete



Bild: © Jan Freese

Neu im Netz

Themenseiten Fläche auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Von Stefan Kämper

Eine neue Rubrik bietet mit Hintergrundinformationen und Best-Practice Beispielen sowie kommentierten Link-Sammlungen einen Einblick in die Themen Flächenverbrauch, Flächenkonkurrenz und Flächenmanagement.

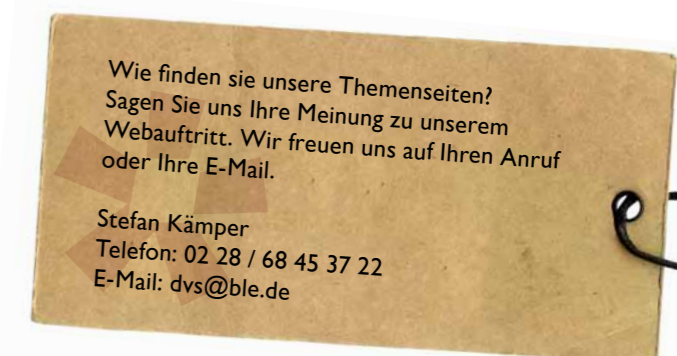
Angesprochen werden die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zum **Flächenverbrauch**, Informationsseiten der Länder zum Thema sind gelistet. Der Interessen- und Nutzungskonflikt um Flächen für die Landwirtschaft, als Standort für Bauvorhaben, Lebensraum für Pflanzen- und Tierarten wird unter **Flächenkonkurrenz** thematisiert, ebenso wie das Konkurrenzverhältnis zwischen verschiedenen landwirtschaftlichen Nutzungsformen wie Lebensmittelproduktion und Bioenergieerzeugung. Beim **Flächenmanagement** geht es einerseits um Instrumente, mit denen Flächennutzungskonflikte gelöst werden können, beispielsweise Kompensationsflächenpools oder produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PiK). Aber auch die Innenentwicklung als Teil eines kommunalen Flächenmanagements wird angesprochen und ist ebenso wie die anderen Instrumente mit kommentierten Links zu grundlegenden Texten und Praxisbeispielen flankiert. Außerdem werden Institutionen vorgestellt, die Flächenmanagement betreiben wie Landgesellschaften, Flächenagenturen oder Stiftungen.

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/flaechen

In unserer **Projektdatenbank** in der Rubrik Beispiele sind aktuell über 500 Projekte dokumentiert:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/projekte

Außerdem wie gewohnt im **Service**: alle DVS-Publikationen mit Download- und Bestellmöglichkeiten, News, Wettbewerbe und Programme.



Familien.Land.Leben

Es gibt sie: aktive, ländliche Familien, die sich für das Landleben entscheiden. Und sich auch dafür einsetzen, ländliche Lebensqualität zu bewahren, wie zwei Beispiele von Familien zeigen. In Sachsen-Anhalt haben sie mithilfe von Geldern aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER) Projekte umgesetzt und werben mit ihren Erfolgsgeschichten in der Landeskampagne Neues Schaffen für die Möglichkeiten im ELER.

Dina Sievers hat den 400 Jahre alten, denkmalgeschützten Hof ihrer Großeltern in Danstedt wieder instand gesetzt.



Bild: © Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Foto: Harald Krieg



Bild: © Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Foto: Harald Krieg

Nele, Karsten, Gerd und Till Bathge lieben das Leben auf dem Land und wollen hier nicht weg.

Wir, die Familie Bathge

Die Ehepartner Karsten und Britta Bathge leben zusammen mit ihren vier Kindern und den Großeltern Gerd und Maria Bathge auf dem landwirtschaftlichen Familienbetrieb in Stegelitz. Das kleine Dorf hat 470 Einwohner, eine gute Breitbandanbindung, die nächste Kreisstadt ist rund zehn Kilometer entfernt.

Wir leben auf dem Land

Um wieder gemeinsam Landwirtschaft zu betreiben, hat Karsten Bathge 1994 seinen Betrieb von Ulrichstein in Hessen nach Stegelitz, den Geburtsort von Vater Gerd, verlagert. Gemeinsam haben sie hier einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb als sichere Existenzgrundlage aufgebaut. Das Wichtigste im Dorf ist für die Familie das Miteinander: Alte und Junge feiern und spielen zusammen, Probleme werden besprochen.

Wir sind aktiv

Mit einem geförderten Bodenordnungsverfahren inklusive Wegebau und Landschaftsgestaltung haben Karsten und Gerd Bathge die Arbeitsstrukturen in ihrem Betrieb sehr verbessert. Zum Bodenschutz pflanzten sie Bäume und Hecken, die auch das Landschaftsbild aufwerten. Gerd Bathge bringt sich im Ortschaftsrat ein und die Familie ist in vielen der Vereine vor Ort aktiv.

Wir wünschen uns

Großeltern und Eltern hoffen, dass der Kindergarten im Ort und die Schule in erreichbarer Nähe erhalten, sowie das Vereinsleben für ihre Kinder lebendig bleiben. Sie wünschen sich, dass die Kinder nach der Ausbildung in Stegelitz bleiben. Die neunjährigen Zwillinge Till und Nele wollen später als Landwirt und Tierpflegerin auf dem Land arbeiten – die Familie fürchtet allerdings, dass dann doch die Perspektiven fehlen werden.

Wir, die Familie Sievers

Dina Sievers, ihr Lebensgefährte Christian und ihre zwei Kinder leben im 600 Einwohner zählenden Dorf Danstedt, zwar ohne Nahversorger, aber mit Kinderbetreuung im Ort. Mit dem Auto sind in 15 Kilometern Entfernung Mittelzentren erreichbar. Sie ist Diplom-Rechtspflegerin und pendelt zur Arbeit ins 260 Kilometer entfernte Hannover, er hat seinen Betrieb im Nachbarort.

Wir leben auf dem Land

Dina Sievers schätzt die Nähe zur Natur, die Ruhe, die abwechslungsreiche Landschaft und die saubere Luft. Manchmal fühlt sie sich wie im Urlaub – Abschalten vom Berufsalltag fällt ihr zu Hause leicht. Die Familie hat viel Platz. Und ihre Kinder können ausgelassen draußen spielen.

Wir sind aktiv

Mit einer ELER-Förderung hat Dina Sievers den alten, denkmalgeschützten Hof ihrer Großeltern saniert, um mit der Familie wieder in ihrem Heimatort leben zu können. Dadurch wurde auch der kleine Ort Danstedt baulich aufgewertet. Trotz des langwierigen und aufwendigen Prozesses kann sie sich weitere Projekte vorstellen und möchte sich auch ehrenamtlich für mehr Lebensqualität im Dorf einsetzen.

Wir wünschen uns

Dina Sievers wünscht sich, Beruf und Familie besser vereinen zu können: Eine Anstellung in der Nähe wäre ihr Traum. Für ihre Kinder wünscht sie sich, dass Schule und Freizeitangebote im Ort sind.

ABER...

Familien wie die beiden Beispiele werden immer weniger. Deshalb haben wir Familien auf dem Land und ihre Bedürfnisse an ihren Lebensraum in unseren Fokus gestellt: Hier zeigen wir neben den aktuellen Bevölkerungszahlen auch, wie ländliche Räume familien-gerechter gestaltet werden können. Es gilt, Familienfreundlichkeit zu entwickeln und auszubauen, unumgängliche Schrumpfungsprozesse zu gestalten, die Heimatverbundenheit bei Kindern und Jugendlichen zu fördern und sie an der regionalen Entwicklung zu beteiligen.

Familien zwischen Land und Stadt

Lange Zeit war vor allem der ländliche Raum bei Familien mit Kindern beliebt. Das ändert sich allmählich, wie die Auswertung von Bevölkerungsstatistiken zeigt. Insbesondere peripheren ländlichen Regionen steht mit der Abwanderung junger Familiengründer eine nachwuchsarme Zukunft bevor.

Von Steffen Kröhnert

Zwischen 2002 und 2010 hat Deutschland etwa 800.000 Einwohner verloren, gleichzeitig nimmt der Bevölkerungsanteil jüngerer Menschen kontinuierlich ab. Regional hat sich dieser demografische Wandel jedoch unterschiedlich ausgewirkt. Die Bevölkerungsstatistik zeigt, dass wir uns in einer Phase der Reurbanisierung befinden: Während viele Groß- und Mittelstädte demografisch wachsen oder zumindest stabil sind, verlieren vor allem ländlich-periphere Räume Bevölkerung.

Deutsche tendieren zur Stadt

Die Statistik des Bundesamtes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (INKAR 2012) gliedert Deutschland in 80 Großstädte, 609 Mittelstädte, 2.550 Kleinstädte (die häufig in ländlichen Regionen liegen) und 1.310 ländliche Gemeinden beziehungsweise Gemeindeverbände. Betrachtet man eine Bevölkerungsveränderung von plus/minus einem Prozent im Fünfjahreszeitraum von 2005 bis 2010 als Stabilität, so haben während dieser Zeitspanne etwa zwei Drittel der ländlichen Gemeinden und Kleinstädte, etwa die Hälfte aller Mittelstädte aber nur 32 Prozent aller Großstädte Bevölkerung verloren. Ein Bevölkerungswachstum von mehr als einem Prozent ließ sich in 35 von 80 Großstädte registrieren. Etwa 20 Prozent der deutschen Mittelstädte sind noch gewachsen. Von den Kleinstädten und ländlichen Gemeinden hingegen konnten lediglich 14 Prozent Einwohner hinzugewinnen. Die Bevölkerung verlagert sich also tendenziell hinein in städtische Zentren.

Je stärker der Bevölkerungsverlust in einer Region ausfällt, umso mehr profitieren urbane Regionen. In den neuen Bundesländern mit ihrem starken Bevölkerungsrückgang stabilisieren sich ausschließlich Großstädte: Unter den elf ostdeutschen Großstädten haben acht im genannten Fünfjahreszeitraum Einwohner hinzugewonnen.

Trend zur urbanen Kindheit

Der Wunsch nach dem Eigenheim im Grünen hat über Jahrzehnte das Siedlungsverhalten der Familiengründer geprägt, und auch die Fertilität – die durchschnittliche Kinderzahl je Frau – war im ländlichen Raum lange Zeit deutlich höher. Betrachtet man die Verteilung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen im Alter von sechs bis unter 18 Jahren, so machten diese im Jahr 2000 in städtischen Kreisen ohne Großstädte 13,6 Prozent der Bevölkerung aus, in verdichteten ländlichen Kreisen hingegen 14 Prozent und in dünn besiedelten ländlichen Kreisen sogar 14,2 Prozent. In den zehn Folgejahren hat es hier deutliche Veränderungen gegeben: Während der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Bevölkerung Deutschlands insgesamt zurückgegangen ist, konzentrieren sich diese auch stärker auf städtische Regionen. 2010 machten Kinder und Jugendliche in städtischen Kreisen 12,3 Prozent der Bevölkerung aus, in verdichteten ländlichen Kreisen jedoch nur noch 11,7 Prozent und in dünn besiedelten ländlichen Raum lediglich noch 11,1 Prozent. Die ländlichen Kreise haben sich somit binnen zehn Jahren von den kinderreichsten zu relativ kinderarmen Regionen entwickelt.

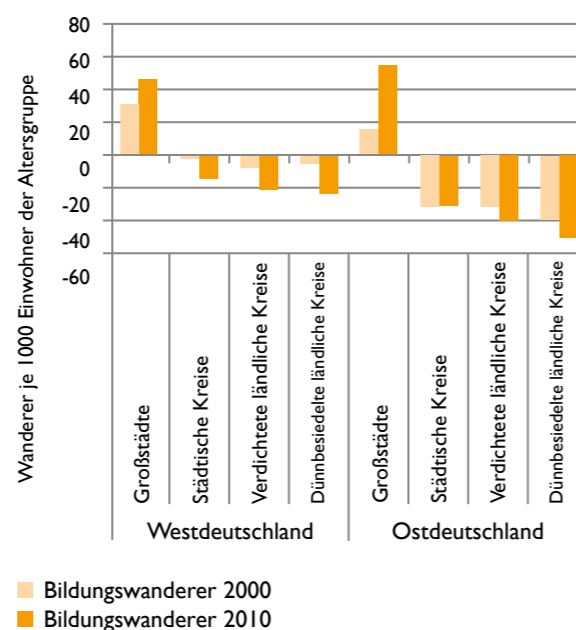
Am kinderärmsten sind die Großstädte mit 9,9 Prozent Kindern im schulpflichtigen Alter im Jahr 2010. Doch hier zeichnet sich bei der jüngsten Generation eine Veränderung ab: Waren die Großstädte im Jahr 2000 mit einem Anteil von 5,3 Prozent Kindern unter sechs Jahren auch beim Nachwuchs im Vorschulalter die kinderärmsten Gebiete, leben heute in keinem Regionstyp mehr kleinere Kinder als in den Großstädten. Zwar betrug dort der Einwohneranteil unter Sechsjähriger auch im Jahr 2010 noch immer 5,3 Prozent. In allen anderen Regionen ist er jedoch deutlich unter diesen Wert gesunken: in städtischen Kreisen auf 5 Prozent, in verdichteten ländlichen Kreisen auf 4,9 Prozent und in dünn besiedelten ländlichen Kreisen auf 4,7 Prozent. Großstädte werden für Familien immer attraktiver.

Bildungsabwanderer und urbane Familiengründer

Eine Ursache dieser Entwicklung liegt in veränderten Wanderungsbewegungen junger Menschen. Die Hochschulen der Städte sind Magnete für junge Bildungswanderer: Potenzielle Familiengründer zieht es verstärkt in die urbanen Räume. Und anders als in der Vergangenheit bleiben sie dort auch häufiger wohnen, wenn sie Familien gründen.

Abbildung 1

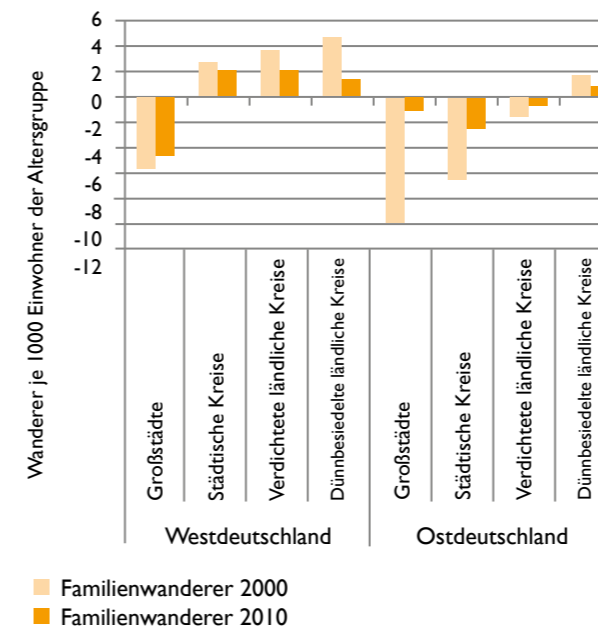
Wanderungssaldo der 18- bis unter 25-Jährigen (Bildungswanderer) nach Gemeindetypen (2000 und 2010) in West- und Ostdeutschland



Quelle: Berlin-Institut, Datengrundlage: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2012): INKAR 2012, Bonn

Abbildung 2

Wanderungssaldo der unter 18-Jährigen sowie der 30- bis unter 50-Jährigen (Familienwanderer) nach Gemeindetypen (2000 und 2010) in West- und Ostdeutschland



Quelle: Berlin-Institut, Datengrundlage: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2012): INKAR 2012, Bonn

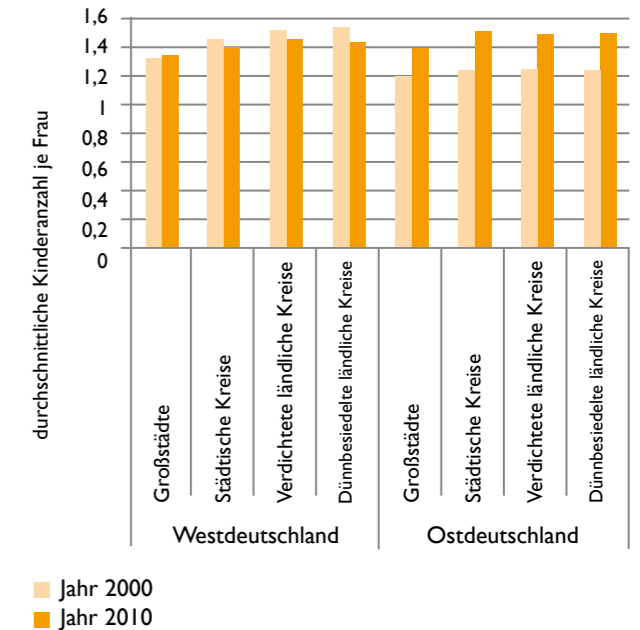
Wie Abbildung 1 zeigt, verbesserte sich die Wanderungsbilanz der Großstädte und städtischen Kreise zwischen 2000 und 2010 erheblich. Besonders deutlich ist die gestiegene Attraktivität ostdeutscher Großstädte: 2010 kamen, bezogen auf die Einwohnerzahl, mehr als dreimal so viele sogenannte Bildungswanderer im Alter von 18- bis unter 25 Jahren in die Großstädte als im Jahr 2000. Hingegen verlässt die Gruppe der Familienwanderer – unter 18-Jährige sowie 30- bis unter 50-Jährige – kaum noch ostdeutsche Großstädte (siehe dazu Abbildung 2). Selbst ältere Menschen ziehen heute eher in Großstädte, als aus diesen weg. In Westdeutschland ist die dramatische Zunahme der Bildungsabwanderer aus dem ländlichen Raum im Vergleich zu den Jahren 2000 und 2010 auffällig. Der Anteil 18- bis unter 25-jähriger Fortzügler aus den verdichteten ländlichen Kreisen hat sich in diesem Zeitraum verdreifacht, in den dünn besiedelten ländlichen Kreisen sogar verfünffacht.

Regionale Geburtenunterschiede

Auf der anderen Seite ist auch eine Veränderung des Geburtenverhaltens für die regional unterschiedliche Entwicklung verantwortlich. Frauen in ländlichen Regionen bekamen, vor allem im Westen Deutschlands, bis vor einigen Jahren deutlich mehr Kinder als Frauen in den Städten. So lag die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in dünn besiedelten ländlichen Kreisen des Westens im Jahr 2000 noch bei 1,55 und war damit die höchste aller Regionen, während die Großstädte des Ostens mit nur 1,2 Kindern je Frau die niedrigsten Fertilitätsraten aufwiesen (siehe dazu Abbildung 3). Im Jahr 2010 hat sich dieses Bild deutlich gewandelt: Heute sind es die städtischen Kreise in Ostdeutschland, in denen mit durchschnittlich 1,52 Kindern je Frau die meisten Kinder zur Welt kommen. Die Fertilität ist zwar im Osten in allen Regionen angestiegen, im ländlichen Raum jedoch weniger stark als in den städtischen Kreisen. In Westdeutschland ist die Fertilität in den einst kinderreichen ländlichen Kreisen am stärksten gesunken, während sie zumindest in den Großstädten angestiegen ist.

Abbildung 3

Gesamtfertilitätsrate (Durchschnittliche Kinderzahl je Frau) nach Gemeindetypen (2000 und 2010) in West- und Ostdeutschland



Quelle: Berlin-Institut, Datengrundlage: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2012): INKAR 2012, Bonn

Familienfreundlich schrumpfen?

Die wachsende Attraktivität eines urbanen, kulturellen Umfeldes mit Ausbildungs- und Berufschancen für die weniger werdenden potenziellen Eltern und die Zunahme an Doppelverdiener-Paaren und erwerbstätigen Müttern in Deutschland dürften dafür sorgen, dass sich Familien mit Kindern in Zukunft immer häufiger innerhalb oder im Umland der Großstädte niederlassen. In gut angebundenen, vitalen ländlichen Regionen kann eine besonders familienfreundliche Gestaltung des Lebensumfeldes eine Möglichkeit sein, diesem Trend entgegenzusteuern. Vor allem entlegene ländliche Gebiete werden jedoch Schrumpfungsprozesse klug gestalten müssen.

Literaturtipps

(Keine) Lust auf Kinder? fragte das Bundesinstitut für Bevölkerungsentwicklung 2012 und stellte Forschungsergebnisse zu einem Gesamteindruck des Familiengründungsverhaltens und der -motive zusammen, der auch die regionalen Unterschiede verdeutlicht. www.bib-demografie.de

In der Studie Die Zukunft der Dörfer – Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang aus dem Jahr 2011 hat das Berlin-Institut dörfliche Bevölkerungsentwicklungen untersucht, Auswirkungen und Handlungsempfehlungen abgeleitet. www.berlin-institut.org



Mehr Informationen:

Dr. Steffen Kröhnert
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Telefon 030 / 22 32 48 44
E-Mail: kroehnert@berlin-institut.org
www.berlin-institut.org

Lebenswelten und -wünsche



Wie sehen sie aus, heutige Familien auf dem Lande? Was wünschen sie sich von ihrem Lebensumfeld? Demoskopische Untersuchungen zeigen, dass ländliche und städtische Lebensweisen von Familien sich zunehmend ähneln. Aber es gibt auch Unterschiede: etwa bei den Wünschen für mehr Familienfreundlichkeit.

Von Wilhelm Haumann

Familien auf dem Lande: Gern stellen wir uns viele fröhliche Kinder mit Vater und Mutter vor, die sich nach der Feldarbeit mit Großeltern und anderen Verwandten um einen großen Tisch versammeln. Zwar enthält dieses Klischee auch einige Funken Wahrheit. Beispielsweise sind Familienbindungen im ländlichen Raum etwas fester als im städtischen Umfeld. Eltern rechnen bei Problemen eher mit Unterstützung von Angehörigen als Eltern in der Stadt. Im Übrigen sieht die Lebenswirklichkeit der Familien auf dem Lande jedoch nicht ganz so idyllisch aus wie das verbreitete Bild.

Familienmodelle im Wandel

Auch in den ländlichen Regionen lebt nur eine Minderheit, sieben Prozent der Eltern von Minderjährigen, in Dreigenerationen-Haushalten von Großeltern, Eltern und Kindern. Weitaus häufiger als Familien mit drei oder mehr Kindern sind auch hier Familien mit ein oder zwei Kindern. Selbst in dünn besiedelten Landstrichen stufen sich nur noch vier Prozent der Väter als Haupterwerbslandwirte ein. Zudem zeigt die demografische Untersuchung „Die Zukunft der Dörfer“ des Berlin-Instituts aus dem Jahr 2011: Besonders in stadtfernen ländlichen Regionen sinkt die Zahl und der Bevölkerungsanteil der jungen Familien.

Erkennbar wird die Lebenswirklichkeit von Familien durch bevölkerungsrepräsentative Befragungen wie etwa den jährlichen „Monitor Familienleben“. Sie ermöglichen einen Vergleich zwischen Familien in unterschiedlichen Siedlungsgebieten (Tabelle 1). Die hier herangezogenen Daten stammen aus Befragungen, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Wesentlichen im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführt hat. Als ländliche Räume wurden in diese Analysen auch Gegenden in Stadtnähe mit einbezogen. Vertreten sind also auch Eltern, die ländlich wohnen und zur Arbeit in die Stadt pendeln. Klassifiziert wurden die Regionen hier aufgrund von Beschreibungen der Interviewer vor Ort; die Mehrzahl der Befunde konnte durch eine zusätzliche Analyse nach den BIK-Regionen (eine Methode zur Stadtregionensystematik) überprüft werden.

Familienprofile in Stadt und Land

	Eltern mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt			
	insgesamt	Wohnumfeld		
		Großstädte	andere Städte	ländliche Regionen
	%	%	%	%
Es sind verheiratet	82	76	82	84
1 Kind im Haushalt	41	46	41	37
2 Kinder im Haushalt	42	37	43	44
3 oder mehr Kinder im Haushalt	17	17	16	19
Nur Mütter in Westdeutschland				
Es sind berufstätig	67	63	69	68
darunter: vollzeitberufstätig	20	25	19	17
Nur Mütter in Ostdeutschland				
Es sind berufstätig	73	73	72	74
darunter: vollzeitberufstätig	49	52	48	48
Nur Mütter: Anteil Alleinerziehende				
Es haben einen Migrationshintergrund	23	32	27	15
Es wohnen im eigenen Haus	47	23	46	62
Es haben wenigstens einen Pkw	90	82	90	96
Es haben zwei oder mehr Pkw	45	29	43	56
Es nutzen das Internet	88	89	88	87
Es haben ein Ehrenamt	17	12	17	20
Es sind mit ihrem Leben überdurchschnittlich zufrieden *)	48	41	47	53

Quelle: Allensbacher Archiv, AWA 2012; *) IfD-Umfrage 5276, 2010

Eigenheime auf dem Lande

Familien in Stadt und Land unterscheiden sich heute am offensichtlichsten durch ihre Wohnverhältnisse: Im eigenen Haus leben im ländlichen Raum 62 Prozent der Väter und Mütter mit minderjährigen Kindern. In Mittel- und Kleinstädten haben 46 Prozent ihre eigenen vier Wände, in Großstädten dagegen nur 23 Prozent. Dabei hat auch auf dem Lande nur eine Minderheit der jüngeren Hausbesitzer ihre Immobilie geerbt oder mit überdurchschnittlichem Einkommen vergleichsweise einfach erworben. Das heißt: Auf dem Lande kann nach wie vor auch die Mehrheit der Eltern mit durchschnittlichen Einkommen ein Haus bauen oder kaufen. Einige Besonderheiten der ländlichen Lebensweise ergeben sich aus dieser wichtigen Voraussetzung. Haus und Garten binden Zeit und Geld. Etwa jede zweite Familie investiert in einen Bausparvertrag.

Ähnliche Lebenswelten

Insgesamt unterscheiden sich Lebenszuschnitt und Freizeitaktivitäten der meisten Familien in Stadt und Land heute nur noch wenig. Zwar unternehmen Eltern auf dem Lande seltener Shopping-Ausflüge und Diskotheken- oder Museumsbesuche als Eltern in städtischem Umfeld. Dafür beteiligen sie sich eher am Vereinsleben: 20 Prozent haben sogar ein Ehrenamt übernommen, von den Eltern in der Stadt nur 12 Prozent. Solche Besonderheiten sorgen jedoch allenfalls für unterschiedliche Akzente, nicht für ein grundsätzlich anderes Bild. Durch ihre hohe Mobilität sowie durch das Internet und elektronische Medien haben Mütter und Väter auf dem Lande in der Regel heute einen ganz ähnlichen Informations- und Wahrnehmungshorizont wie Eltern in der Stadt. Das Internet, das inzwischen annähernd 90 Prozent der jungen Familien auf dem Lande nutzen, eröffnet zudem dezentrale Einkaufs-, Bildungs- und auch Arbeitsmöglichkeiten.

In den ländlichen Regionen sind derzeit über zwei Drittel der Mütter von minderjährigen Kindern erwerbstätig, in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands sogar drei Viertel. Auf dem Lande üben im Vergleich zu den Großstädten damit etwas mehr Mütter einen Beruf aus.

Arbeits- und Familienleben vereinbaren

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehen Eltern dabei sowohl im ländlichen als auch im städtischen Umfeld als Verbesserungsbedürftig an. Auch bezüglich finanzieller Förderung unterscheiden sich die Wünsche von Eltern auf dem Lande und in der Stadt kaum. Allerdings arbeiten Mütter im ländlichen Bereich – zumindest in Westdeutschland – signifikant seltener in Vollzeit als Mütter in den Verdichtungsgebieten. Sie streben mit ihrem Partner häufiger eine berufliche Vollzeit-Teilzeit-Konstellation bewusst an. Dahinter steckt vor allem der Wunsch nach genügend Zeit für die Betreuung und Förderung der Kinder. Ein kleinerer Teil der Mütter verzichtet aber auch auf eine (längere) Berufstätigkeit, weil es an Betreuungsmöglichkeiten fehlt. Ähnlich wie im städtischen Umfeld wünschen sich in ländlichen Regionen nicht wenige Mütter und Väter zusätzliche Betreuungsangebote für ihre Kinder. Überdurchschnittlich häufig vermissen die Eltern hier Ganztagsbetreuung von Kindergarten- und Schulkindern sowie Angebote für ein Mittagessen in der Schule oder während der Betreuung. Einem Teil der Eltern auf dem Lande wäre zudem an besseren Beförderungsmöglichkeiten zu den oft entfernten Betreuungs- und Freizeitangeboten gelegen.

Das **IfD** betreibt themenübergreifende Umfrageforschung. Diesem Beitrag liegen Daten aus verschiedenen Umfragen seit 2010 sowie der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA) 2012 zugrunde. Für diese bevölkerungsrepräsentativen Befragungen wurden zwischen 1.600 und über 20.000 Personen an ihren Wohnorten mündlich-persönlich interviewt.

Mobilität und Daseinsvorsorge

Generell spielen Mobilität und die örtliche Infrastruktur für Familien auf dem Lande eine ungleich wichtigere Rolle als für Familien in der Stadt. In etwa jeder zweiten jungen Familie gibt es zwei oder mehr Pkw. Auf die Frage, was für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort vor allem getan werden müsste, nennen die Bürger in ländlichen Regionen am häufigsten eine bessere Anbindung durch öffentliche Verkehrsmittel und familienfreundliche Fahrpläne sowie, „dass man alles Wichtige vor Ort hat, zum Beispiel Kinderärzte und Einkaufsmöglichkeiten“ (Tabelle 2). Bemühungen um eine bessere Infrastruktur, bessere Beförderungsangebote und mehr Arbeitsplätze können also in ländlichen Regionen zu mehr Familienfreundlichkeit beitragen.

Wünsche für mehr Familienfreundlichkeit am Wohnort

	Bevölkerung			
	insgesamt	Wohnumfeld		
		Großstädte	andere Städte	ländliche Regionen
	%	%	%	%
Das müsste bei uns am Ort für Familien getan werden: (Auszug: häufigste Nennung von Bürgern in ländlichen Regionen)				
Bessere Anbindung durch öffentliche Verkehrsmittel, z.B. familienfreundliche Fahrpläne	28	15	27	38
Dass man alles Wichtige vor Ort hat, z.B. Kinderärzte, Einkaufsmöglichkeiten	24	13	24	28
Mehr Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Straßen, Spielstraßen	26	32	24	25
Günstigere Wohnmöglichkeiten	28	35	26	23
Bau bzw. Modernisierung von Spielplätzen	28	38	29	22
Hol- und Bringdienste für Kinder	20	16	21	21

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075, 2011

Zufriedenheit mit dem Landleben

Alles in allem sind Mütter und Väter in ländlichen Regionen etwas häufiger mit ihrem Leben zufrieden als Eltern in Klein- und Großstädten. Die Landflucht der Jüngeren entsteht nach der oben angeführten Studie weniger durch einen Fortzug junger Familien, sondern häufiger dadurch, dass bereits jüngere Kinderlose zur Arbeit, zur Ausbildung oder zum Studium in die Stadt ziehen. Ihre Familien gründen diese jungen Leute dann in der Stadt. Diese Landflucht der Jüngeren könnte sich durch die gesellschaftliche Entwicklung hin zu höherer Qualifizierung und anspruchsvolleren Arbeitsstellen noch verstärken. Auch vor diesem Hintergrund stellt sich die Forschungsfrage, unter welchen Voraussetzungen Mütter und Väter aus städtischem Umfeld zu einem Umzug oder einer Rückkehr aufs Land zu bewegen wären.



Mehr Informationen:

Dr. Wilhelm Haumann
Institut für Demoskopie Allensbach (IfD)
Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung
Telefon: 0 75 33 / 80 50
E-Mail: whaumann@ifd-allensbach.de
www.ifd-allensbach.de

Netzwerk für Familienfreundlichkeit

Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld in Sachsen-Anhalt sind zahlreiche Unternehmen angesiedelt. Dennoch leidet das ländlich strukturierte Gebiet unter Abwanderung insbesondere junger Fachkräfte. Im Lokalen Bündnis für Familie arbeiten Akteure aus Verwaltung, Wirtschaft und Politik gemeinsam daran, den Landkreis familienfreundlicher zu machen und damit junge Menschen an die Region zu binden.

Von Bianca Laukat



Bild: © contrastwerkstatt / fotolia



Beruf & Familie

Familienfreundliches Unternehmen

Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Wettbewerb für Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Familien mit flexiblen Arbeitszeiten und auf die Bedürfnisse angepasste Kinderbetreuungszeiten zu unterstützen, sind zwei der Bereiche, in denen das Bündnis aktiv ist. So schuf das Bündnis einen Anreiz für Unternehmen, in dem es zusammen mit dem Kreis 2005 erstmals den Wettbewerb „Familienfreundliches Unternehmen im Landkreis“ veranstaltete. Seit 2009 findet er im Wechsel mit dem Wettbewerb „Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Mit uns gelingt es Ihnen!“ statt. Dieser zweite Wettbewerb richtet sich an Betreuungseinrichtungen für Kinder und an Tagespflegeeinrichtungen für betreuungsbedürftige Angehörige. Dabei hat jeder Wettbewerb einen thematischen Schwerpunkt – der des vergangenen Wettbewerbs lag beispielsweise auf der Randzeitenbetreuung.

Neben einer Urkunde erhalten die Gewinner eine Tafel mit der Aufschrift „Familienfreundliches Unternehmen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld“. Die Auszeichnung erfolgt öffentlich durch den Landrat und wird durch eine intensive regionale Pressearbeit flankiert. So können nicht nur die Unternehmen die Urkunde für ihre Außendarstellung nutzen, auch der Landkreis profitiert von der Auszeichnung.

Informativer Still- und Wickelraum

Ebenso wichtig sind aber auch Aktionen des Bündnisses, die sich direkt an die Familien richten: Bereits beim ersten Familienfest stellte

das Lokale Bündnis familienrelevante Themen im Landkreis öffentlichkeitswirksam vor. Dabei begeisterten die Partner aus Sport, Kultur, Freizeit, aber auch aus der Verwaltung sowie Bildungsträger, Gewerbetreibende und Privatpersonen die Besucher des Familientags mit ihren Angeboten und nutzten gleichzeitig die Gelegenheit, über ihre eigenen Angebote zu informieren. Höhepunkt war die Eröffnung eines öffentlichen Still- und Wickelraumes im Familien- und Quartierbüro in der Bitterfelder Innenstadt, der mithilfe von Sponsorengeldern finanziert wurde. Neben der Möglichkeit, ein Kind zu stillen oder zu wickeln, können sich die Besucher in diesem Raum umfassend über das Thema Familie und die vielfältigen Angebote in der Stadt informieren.

Gesellschaftlicher Dialog

Es reicht allerdings nicht, Familienfreundlichkeit nur als Tätigkeitsfeld der öffentlichen Verwaltung oder der Unternehmen zu betrachten: Sie ist ein gesellschaftliches Thema mit alltäglichen Auswirkungen im Miteinander der Menschen. Aus diesem Gedanken entstand die Idee zu einem neuen Projekt. Gemeinsam mit regionalen Wohnungsunternehmen, privaten Vermietern, Mietervereinen und anderen Interessenvertretern will das Lokale Bündnis für Familie nun in den Dialog über eine „familienfreundliche Hausordnung“ treten. Damit ist nicht ein Freibrief für Familien mit Sonderrechten und die Befreiung von Rücksichtnahme gegenüber anderen Mietern gemeint, sondern ein Prozess zu mehr gegenseitigem Verständnis.

Im mitteldeutschen Landkreis Anhalt-Bitterfeld leben derzeit rund 174.000 Menschen auf etwa 1.450 Quadratkilometern. Seit 1990 ist der Landkreis von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen geprägt: Arbeitsplätze in der früher dominierenden Chemieindustrie und dem Kohlebergbau wurden zum Teil massiv abgebaut. Nach einem schwierigen Transformationsprozess steht die Wirtschaft heute auf einem gesunden, erfolgreichen und innovativen Fundament. Zahlreiche alte traditionelle, aber auch neu angesiedelte Unternehmen – darunter Technologieführer aus Chemie und Pharmazie, Fotovoltaik, Metallverarbeitung, Logistik und Ernährungswirtschaft – sichern viele Arbeitsplätze. Neben der Industrie in Bitterfeld-Wolfen sind Landwirtschaft und Tourismus wichtige Wirtschaftszweige in der Region.

Arbeitnehmeransprüche im Wandel

Trotz der teilweise hohen Dichte an Arbeitgebern und auch freien Arbeitsstellen pendeln insbesondere junge, mobile und qualifizierte

Menschen in andere Arbeitszentren oder verlassen den Landkreis gleich ganz. Bereits heute ist ein deutlicher Fachkräftemangel erkennbar. Angesichts dieser Entwicklung wird es immer wichtiger, qualifizierte Fachkräfte anzuwerben und an die Unternehmen zu binden. Hierfür ist die Familienfreundlichkeit der Region bedeutend: Für viele Arbeitnehmer sind flexible Arbeitszeiten und die geregelte Betreuung von Kindern oder Angehörigen genauso wichtig wie das Gehalt.

Neue Impulse für die Familienfreundlichkeit

Aus diesem Grund schlossen sich verschiedene Akteure unter dem Motto „Familien stärken – die Chemie stimmt“ zum Lokalen Bündnis für Familie zusammen. Gemeinsame Ziele der aktuell etwa 25 Mitglieder aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Vereinen: Sie wollen neue familienfreundliche Angebote entwickeln und die bereits bestehenden besser miteinander vernetzen und kommunizieren. Die Erneuerungsgesellschaft Wolfen-Nord und der Landkreis übernahmen die Koordination der vielfältigen Angebote der Beteiligten. Gemeinsam wird nach Lösungsansätzen gesucht, um Familien in ihrem Alltag zu unterstützen. Das Themenspektrum ist groß: Von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beziehungsweise Ausbildung über Wohnsituation und Wohnumfeld bis zu lebenslangem Lernen, Freizeit, Sport und Kultur werden in verschiedenen Arbeitsgruppen nicht nur die Probleme der Familien diskutiert, sondern auch die Entwicklungschancen thematisiert. Über eine vernetzte Projektarbeit schaffen die Mitglieder des Bündnisses eine breite öffentliche Plattform dafür.

Lokale Bündnisse für Familie

Im Rahmen der Initiative unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds Netzwerke von Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, die sich regional für Familienfreundlichkeit einsetzen. Seit dem Start im Jahr 2004 haben sich rund 670 Bündnisse gebildet, in denen neben Kommunen und Unternehmen als Hauptbeteiligte auch Kammern, Gewerkschaften, Verbände, Stiftungen, Hochschulen, Krankenhäuser, Kirchen oder freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe aktiv sind.

www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de

Bündnisfamilie 2.0

Als Ideenschmiede und Umsetzungswerkstatt erfolgreiche Lösungsansätze zu Familienfreundlichkeit in der Gesellschaft weiterzuentwickeln, hat sich die Bündnisfamilie 2.0 zur Aufgabe gemacht. Dabei setzen die Bündnisfamilienmitglieder auf Synergien: Projektergebnisse werden in Grundsatzpapiere gefasst und kommen so weiteren Projekten und Gemeinden zugute. Gleichzeitig agiert man politisch unabhängig und arbeitet praxisorientiert. www.buendnisfamilie20.de

Mehr Informationen:

Bianca Laukat
Lokales Bündnis für Familie im Landkreis Anhalt-Bitterfeld
Telefon: 03 4 93 / 34 18 06
E-Mail: bianca.laukat@anhalt-bitterfeld.de
www.anhalt-bitterfeld.de/de/lokales-buendnis-fuer-familie.html



Bild: © Britta Lewedag

„Familienfreundlichkeit ist Teil unseres Unternehmenskonzepts“

Die B. Lewedag GmbH & Co. KG ist ein Entsorgungsunternehmen mit 37 Mitarbeitern im nordrhein-westfälischen Lengerich. Und mit dem Qualitätssiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ der Bertelsmann Stiftung zertifiziert. Geschäftsleiterin Britta Lewedag führt den Familienbetrieb in dritter Generation und sieht große Vorteile in der familienfreundlichen Firmenpolitik.

Frau Lewedag, Ihr Unternehmen geht neue Wege: Eine zweifache Mutter als Chefin, die familienfreundliche Arbeitszeitmodelle anbietet. Muss man heute unkonventionell sein, um Erfolg zu haben?

Nein. Ich denke, es gibt genug Firmen, die auch konventionell erfolgreich sind. Ich glaube aber, dass unser Weg langfristig von Vorteil ist.

Welche Angebote machen Sie Ihren Mitarbeitern?

Jedes erdenkliche Arbeitszeitmodell: Mitarbeiter kommen fünf halbe oder drei ganze Tage, vier Mal sechs Stunden oder zwei Mal zweieinhalb. Alles ist möglich, was sich mit dem Betrieb vereinbaren lässt und für die Mitarbeiter geeignet ist. Selbstverständlich bieten wir Heim-arbeitsplätze an, um das Arbeiten zuhause zu ermöglichen, wenn die Kinder krank sind.

Ich habe zwei leitende Angestellte, denen wir so die Übernahme familiärer Aufgaben erleichtern: der ein kommt zwei Mal die Woche zwei Stunden später, der andere bringt sein Kind morgens zuerst in den Kindergarten, obwohl wir eigentlich um sieben anfangen. Für eine eigene Kinderbetreuung haben wir bei 37 Mitarbeitern einfach zu wenig Bedarf. Wir zahlen aber einen Zuschuss zum Kindergartenbeitrag, was von den Mitarbeitern sehr positiv gesehen wird.

Gibt es auch Angebote für Pflegezeiten?

Noch nicht. Da wir kurzfristig Mitarbeiter freistellen, wenn sie sich um Kinder kümmern müssen, würde aber auch die Elternpflege funktionieren. Eine meiner Mitarbeiterinnen muss ab und an ihre kranke Mutter zum Arzt fahren. Solche Angebote entwickeln wir bilateral, je nachdem, was die Mitarbeiter brauchen.

Warum machen Sie all diese Angebote?

Ich selber bin in die Selbstständigkeit gegangen, in den elterlichen Betrieb, weil ich darin die einzige Möglichkeit für mich sah, gleichzeitig Mutter und berufstätig sein zu können. Ich war einfach flexibler: Wenn meine Kinder krank waren, konnte ich zuhause bleiben. Ich sehe, dass heutzutage in vielen Familien beide Partner arbeiten müssen. Wenn sie dann zeitlich unflexibel sind, lassen sich Familie

und Beruf kaum vereinbaren und sie sind unzufrieden. Man kann nur mit zufriedenen und motivierten Mitarbeitern ein Unternehmen vernünftig führen. Mittlerweile gibt es so viele elektronische Kommunikationsmöglichkeiten. Im Zweifelsfall kann man von überall arbeiten. Die Bindung an das Unternehmen wächst eindeutig, wenn Mitarbeiter diese Vorteile erkennen.

Können Sie das mit Zahlen belegen?

Wir haben eine durchschnittliche Betriebszugehörigkeit von zehn Jahren. Wir lagen auch schon bei 13 oder 14 Jahren, aber es sind gerade viele Mitarbeiter in Rente gegangen.

Bei der Mitarbeiterbindung kommt ganz viel zusammen: Wenn man eine respektvolle Arbeitsatmosphäre aufbaut, die über das normale Maß hinausgeht, dann hat man wenig Fluktuation im Unternehmen. Da gehört die Familienfreundlichkeit für mich einfach dazu.

Wie steht es um das Thema Fachkräftemangel?

Etwa ein Drittel unserer Mitarbeiter sind Kraftfahrer, in diesem Bereich herrscht großer Fachkräftemangel, da sich die Anforderungen an die Führerscheine geändert haben. Bei den Fahrern kann man mit familienfreundlichen Angeboten punkten.

Die Bürofachkräfte müssen wir für den Entsorgungsbereich selbst ausbilden. Deshalb bin ich stark daran interessiert, meine Mitarbeiterinnen nach einer Schwangerschaft wenigstens in Teilzeit zu halten, damit wir das Wissen im Unternehmen nicht verlieren.

Für diese Angebote ist ein großes Vertrauensverhältnis nötig. Befürchten Sie nicht, dass Mitarbeiter das in irgendeiner Form ausnutzen?

Nein! Wenn ich das Gefühl hätte, würde ich das Gespräch suchen und klarstellen, dass ich damit nicht arbeiten kann. Unser Konzept rechnet sich für uns.

Das Gespräch führte Andrea Birrenbach



Alt und Jung miteinander

Eine altersgerechte Versorgung für ihre Kinder zu gewährleisten, stellt Berufstätige in ländlichen Regionen vor Herausforderungen. Eltern mit einer Betreuungseinrichtung im Ort zu unterstützen, begriff das Dorf Sontheim auch als Chance, vom sozialen Leben abgeschnittene Senioren wieder aktiv am dörflichen Leben teilhaben zu lassen. Man gründete ein ehrenamtlich getragenes Generationenhaus.

Von Dieter Morbach



Bild: © Generationenhaus Sontheim



Bild: © Generationenhaus Sontheim

Die meisten Berufstätigen der 2.600 Einwohner des Dorfes Sontheim im ländlichen Unterallgäu pendeln in umliegende Städte. Durch einen schwindenden familiären Rückhalt, wie er früher im Dorf noch existierte, sind berufstätige Eltern bei der Versorgung ihrer Kinder zunehmend auf sich allein gestellt. Folgen für „Schlüsselkinder“, die viel Zeit alleine verbringen müssen, können einseitige Ernährung, schlechte Noten oder der Verlust sozialer Kompetenzen sein. Gleichzeitig droht eine wachsende Zahl an Senioren mangels sozialen Kontakts zu vereinsamen, was oft mit körperlichem und geistigem Abbau einhergeht.

Bereits seit 1998 suchte der Arbeitskreis Familie-Kirche-Soziales im Rahmen der Dorferneuerung nach Möglichkeiten, den sich verändernden Gesellschaftsstrukturen zu begegnen. 1999 entstand das Konzept des Generationenhauses als Begegnungsstätte von Jung und Alt. Trotz des innovativen Ansatzes mussten die Akteure viel Überzeugungsarbeit insbesondere in der politischen Gemeinde leisten, bis das Haus im Jahr 2007 endlich offiziell eröffnet werden konnte.

Von- und miteinander lernen und sich unterstützen

Neben der ganztägigen Betreuung von Kindern gibt es im Generationenhaus kreative und musische Freizeitangebote. Als Lesespaten, bei Hausaufgabenbetreuung und Schulprojekten sind Senioren aktiv eingebunden. Außerdem wird gesunde Ernährung hier großgeschrieben: Gemeinsam bereiten Alt und Jung ihr Mittagessen täglich frisch zu, auf den Tisch kommen Mahlzeiten aus saisonalen und regionalen Zutaten. Die vielfältigen Angebote werden ausschließlich ehrenamtlich geleistet, sodass nahezu keine Personalkosten anfallen. Dieser Ansatz ist den Betreibern sehr wichtig, denn er ermöglicht allen Bürgern Sontheims kostengünstig an den Angeboten teilzunehmen. Den Unterhalt des Gebäudes leistet die Gemeinde, Träger ist der Verein Generationenhaus e.V., der auch die Geschäftsführung ehrenamtlich übernimmt. Die Regierung von Schwaben unterstützt mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 9.000 Euro den Mittagstisch und die Betreuung der Kinder. Hinzu kommen Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Starbes Wir-Gefühl

Nach nunmehr sechs Jahren Erfahrung fühlen sich die Initiatoren in ihrem Konzept bestätigt: Durch das tägliche Miteinander von Alt und Jung wächst das Verständnis füreinander, Vorbehalte werden ab-, Rücksichtnahme aufgebaut. Kinder bekommen Zeit und finden

Geborgenheit, ihren Eltern wird die Berufstätigkeit erleichtert. Das spiegelt sich in der steigenden Nachfrage nach Mittagstisch, Tages- und Ferienbetreuung wider. Die Senioren ernähren sich gesünder, haben wieder eine Aufgabe, die sie körperlich und geistig fordert und fühlen sich gebraucht.

Auch über die eigentliche Begegnungsstätte hinaus zeigt das Generationenhaus Wirkung. So arbeitet die Einrichtung eng mit der Grundschule zusammen, die in ihrem neuen Leitbild „Miteinander-füreinander“ den Geist des Hauses aufgegriffen hat. Mit den ergänzenden Betreuungsangeboten konnte zudem der Schulstandort erhalten werden.

Fester Bestandteil eines jeden Dorfes

Fast in jedem Ort gibt es ungenutzte Häuser oder Räume. Alte Bauernhöfe, Schulen oder nicht mehr betriebene Gaststätten können als Generationenhaus zum neuen Mittelpunkt von Dörfern werden. Um dies zu verwirklichen, braucht es eine engagierte Gruppe von Bürgern mit Visionen, großem Durchhaltevermögen und Zuversicht. Denn Entscheidungsträger in den Gemeinden müssen von der Idee überzeugt werden, um das Projekt langfristig mitzutragen.

Bild: © Generationenhaus Sontheim



Bild: © Generationenhaus Sontheim

Mehr Informationen:

Weitere Informationen
Dr. Dieter Morbach
E-Mail: info@generationenhaus-sontheim.eu
www.generationenhaus-sontheim.eu



Bild: © Verbandsgemeinde Wallmerod

Zurück ins Dorf

Neben der Abnahme insbesondere junger Bevölkerungsanteile müssen sich viele ländliche Gemeinden auch mit Verödung und Überalterung von Dorfkernen – sowohl ihrer Bewohner als auch ihrer Gebäude – auseinandersetzen. Die Verbandsgemeinde Wallmerod hat mit einer Förderaktion erfolgreich eine Umkehr der Entwicklung in Gang gesetzt.

Von Klaus Lütkefedder

Mit günstigem Bauland versuchen viele Kommunen leider auch heute noch neue Einwohner zu gewinnen. Der Erfolg ist fragwürdig, denn während die Neubaugebiete Feld, Wald und Wiesen verdrängen, verweisen in vielen Ortschaften die Dorfkerne. Die Alten sterben und die jungen Menschen ziehen an den Ortsrand oder verlassen die Dörfer ganz. In der Folge brechen gewachsene soziale Dorfstrukturen weg, die Attraktivität des Dorflebens geht verloren. Das hat dramatische Auswirkungen: Die Bausubstanzen bröckeln und die Ortsmitte wird zunehmend unattraktiv für Nachfolgenerationen. Von diesem langsamen Sterben der Ortskerne war auch die ländlich strukturierte Verbandsgemeinde Wallmerod im rheinland-pfälzischen Westerwaldkreis betroffen.

Schmuckstückchen im Dorfzentrum

Seit dem Jahr 2004 stellt sich Wallmerod der Verödung von Dorfkernen aktiv entgegen. Vorangegangen war die Erkenntnis, dass es nicht weitergehen konnte wie vorher. Umdenken war angesagt und das Ziel schnell definiert: bei der Baulandausweisung voll auf die Bremse und bei der Innenentwicklung voll aufs Gas treten. Das war der gemeinsa-

me Nenner, auf den sich Verbands- und Ortsgemeinden verständigen konnten. Die Räte aller 21 Ortsgemeinden beschlossen, die Förderaktion „Leben im Dorf – Leben mittendrin“ zu starten. Die Koordination sollte die Verbandsgemeinde übernehmen. Eine Bestandsaufnahme der Grundstücke und Wohngebäude in der gesamten Verbandsgemeinde war dem Beschluss vorausgegangen. Dabei wurden problematische Sanierungsfälle offenkundig. Lösungen dafür wurden durch einen Architektenwettbewerb gefunden: Für alte Bauernhäuser mit Scheunen, Häuser aus den 50er- und 60er-Jahren und kleine, sogenannte Arme-Leute-Häuser entstanden interessante, architektonisch ansprechende und vor allem bezahlbare Sanierungsvarianten. Das Ergebnis zeigt, dass Omas saniertes Häuschen im Ortskern günstiger zu haben ist als der Neubau auf der grünen Wiese.

Kommunale Gelder für private Gebäude

Ein anfangs gänzlich aus kommunalen Mitteln getragenes, eigenes Förderprogramm setzt seit Jahren finanzielle Anreize zum Bau oder Erwerb von Gebäuden innerhalb der Ortskerne in dafür eigens festgelegten Fördergebieten. Gefördert werden Maßnahmen an Wohnob-

jekten, kleingewerblich genutzten Immobilien sowie an Gebäuden, die vorrangig eigengenutzt aber auch vermietet werden können. Dabei ist gleichgültig, ob es sich um Erwerb und Sanierung alter Bausubstanz, die Bebauung von Baulücken oder den Abriss alter Gebäude und Neubau an gleicher Stelle handelt.

Die Förderung wird als Zuschuss von maximal 1.000 Euro jährlich auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Bei eigengenutzten Wohngebäuden verlängert sich der Förderzeitraum um ein weiteres Jahr je Kind unter 14 Jahren auf maximal acht Jahre. Voraussetzung ist allerdings eine vorhabenbezogene Mindestinvestition von 80.000 Euro. Verschönerungs- und Reparaturarbeiten werden ausdrücklich nicht unterstützt. Die Verbandsgemeinde Wallmerod finanzierte das Förderprogramm zunächst aus eigenen Mitteln, seit 2011 wird es als Leaderprojekt aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume gefördert.

Überzeugungsarbeit: kein Bauland mehr am Dorfrand

Die kommunalpolitisch Verantwortlichen davon zu überzeugen, den Drang auf die grüne Wiese zu bremsen und den Fokus auf die Innenentwicklung zu legen, war und ist ein wichtiger Baustein zum Gelingen des Projektes „Leben im Dorf – Leben mittendrin“. Letztendlich sind es aber die Bürger, insbesondere die jungen Bürger, die für das Wohnen und Leben in der Ortsmitte begeistert werden müssen. Sie müssen davon überzeugt werden, dass es vernünftiger ist, auf grünen Wiesen mit Kindern zu spielen, anstatt die Wiesen zu betonieren. Sie müssen auch davon überzeugt werden, dass das Leben nirgends schöner und umfassender ist als mitten im Dorf. Deswegen wurde mit vielfältigen, sowohl nach innen als auch nach außen gerichteten Werbe- und Marketingmaßnahmen die Aufmerksamkeit der Menschen geweckt. Im persönlichen Gespräch, mittels Informationsbroschüren und über eine Projekt-Website wird der Kontakt gepflegt. Eine Online-Dorfbörse unterstützt beim Kauf und Verkauf von Immobilien im Ortskern.

Neues Leben in Dorfkernen

Die Erfolge sind messbar: Objekte im Dorfkern sind in der Verbandsgemeinde Wallmerod wieder gefragt. Bis zum Jahresende 2012 wurden 135 Förderobjekte realisiert, die Gesamtwertschöpfung liegt bei über 20 Millionen Euro – ein kleines regionales Konjunkturprogramm. In 75 Prozent der Fälle ging die Förderung an junge Familien mit ein oder zwei Kindern, rund ein Viertel der Familien ist zugezogen. In die Dorfkerne kehrt wieder neues Leben ein. Und auch die grüne Wiese lebt: Seit dem Programmstart wurde in der Verbandsgemeinde Wallmerod kein weiteres Neubaugebiet am Ortsrand ausgewiesen.

Gesamtaufgabe dörfliche Wiederbelebung

Die Attraktivität der Ortskerne zu erhalten und kontinuierlich weiterzuentwickeln, ist das Ziel einer Gesamtstrategie der Verbandsgemeinde, in die viele weitere Aktivitäten eingebunden sind. Ausgehend von einer Konzeption zur Nahversorgung wurde im Jahr 2012 beispielsweise in der Ortsgemeinde Elbingen der erste „Mobile Markt“ gestartet. Der Ausbau eines ehemaligen Backhauses – des „Alten Backes“ – zum Generationentreff steht an. Diese Ansätze werden schrittweise in weitere Orte und über die Gemeindegrenzen hinausgetragen: Die Verbandsgemeinden Wallmerod und Westerburg haben eine Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit abgeschlossen. Dadurch können die Angebote von „Leben im Dorf“ auch in den Orten der benachbarten Verbandsgemeinde genutzt werden. Bereits vier Westerburger Dörfer machen mit, weitere werden folgen. Die kommunalen Entscheidungsträger in Wallmerod haben erkannt, dass der demografische Wandel die Dörfer voll erfasst hat. Sie handeln nach dem Grundsatz: „Wollen wir das Leben in den Ortskernen halten oder es dorthin zurückholen, müssen wir die Wiederbelebung der Dorfkerne als die kommunalpolitische Aufgabe der Zukunft erkennen!“

Innen- vor Außenentwicklung

Ländliche Kommunen und Gemeinden versuchen häufig mit der Ausweisung von günstigem Bauland außerhalb gewachsener Ortsstrukturen Bürger und gewerbliche Betriebe zu halten oder zu gewinnen. In stagnierenden oder schrumpfenden Regionen können diese Maßnahmen jedoch erhebliche negative Auswirkungen für alte Ortskerne und Gemeindekassen haben, die dann zum Teil Infrastrukturen doppelt vorhalten müssen.

Manche Kommunen haben die Konkurrenz zwischen Außen- und Innenentwicklung erkannt und verzichten auf die Ausweisung von Baugebieten im Außenbereich. Auch die Bundesländer setzen ihre Förderinstrumente zunehmend gezielt zur Stärkung der Innenentwicklung ein. So legt das Land Hessen in seinem Dorfentwicklungsprogramm einen Themenschwerpunkt auf städtebauliche Entwicklung und Leerstand: In dem als Fördervoraussetzung zu erarbeitenden, integrierten kommunalen Entwicklungskonzept (IKEK) dürfen keine mit der Innenentwicklung konkurrierenden Baugebiete ausgewiesen werden.



Bild: © wildworx / fotolia

Verbandsgemeinde Wallmerod

Die Verbandsgemeinde Wallmerod im Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz liegt etwa 80 Kilometer nördlich von Frankfurt am Main. Knapp 15.000 Menschen leben in den 21 Ortsteilen der Verbandsgemeinde, die sich über rund 83 Quadratkilometer erstreckt. Wallmerod, umgeben von Laub- und Nadelwäldern, ist ein staatlich anerkannter Fremdenverkehrsort.



Mehr Informationen:

Klaus Lütkefedder
Bürgermeister der Verbandsgemeinde Wallmerod
E-Mail: k.luetkefedder@wallmerod.de
www.wallmerod.de

Mario Steudter
Telefon: 06 4 35 / 50 8 30
E-Mail: m.steudter@wallmerod.de
www.lebenimdorf.de



Bild: © Verbandsgemeinde Wallmerod

Bild: © Verbandsgemeinde Wallmerod

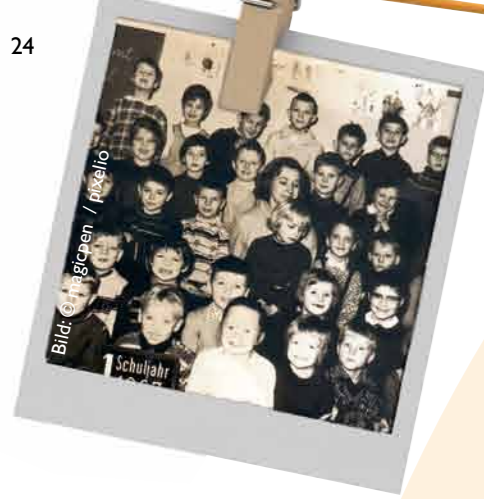


Bild: © beermedia / fotolia



Schulschließungen als Innovationsmotor für ländliche Räume

Der demografische Wandel hat vielerorts zu deutlichen Nachteilen in der Bildungsinfrastruktur ländlicher Räume geführt. Doch das müsste nicht so sein: Es gibt geeignete Konzepte, allerdings bräuchte es eine größere Unterstützung durch staatliche Stellen.

Von Rainer Winkel

Eine Folge des demografischen Wandels sind sinkende Schülerzahlen, deren Entwicklung regional unterschiedlich ausgeprägt ist. So steht den Gemeinden im hessischen Landkreis Hersfeld-Rotenburg bis 2030 ein Rückgang ihrer Grundschüler um 17 bis zu 73 Prozent bevor. In knapp 20 Jahren wird es dort Grundschulen geben, die weniger als 30 Schüler unterrichten. Mit dem demografischen Wandel und aufgrund der allgemeinen Bevölkerungsabnahme sinken auch die Einnahmen der Länder, Kreise und Kommunen. vielerorts kommt schnell die Forderung auf, unausgelastete Schulen zu schließen und die Schüler auf die verbleibenden Standorte zu verteilen. Seit 1995 wurden deshalb beispielsweise in Sachsen über 800 Schulen zugemacht.

Vitalitätszentrum geschlossen

Für die ländlichen Räume ist das eine fatale Entwicklung. In den Städten beinhaltet eine Schulschließung trotz aller Elternproteste meist nur Komforteinbußen, auf dem Land verschlechtert sich hingegen die Erreichbarkeit oft extrem. Mit weitreichenden Folgen: Der Bildungsabschluss hängt nicht nur von der Begabung eines Schülers, sondern zugleich von der Erreichbarkeit der Schule ab, wie Untersuchungen des Deutschen Instituts für Stadt und Raum (DISR) und Studien des Bildungsforschers André Wolter ergaben. Darüber hinaus sind Schulen weit mehr als reine Bildungseinrichtungen: Als im ländlichen Ostritz in Sachsen die Schließung der Mittelschule angekündigt wurde, bereitete ein ortsansässiger Gewerbebetrieb seine Umsiedlung vor. Eine ortsnahe Schulversorgung, insbesondere im Grundschulbereich, ist eines der wesentlichsten Ansiedlungskriterien für junge Eltern. Und beim Fehlen letztlich nicht selten der Grund für Abwanderungen, wie erste Zwischenergebnisse der derzeit laufenden Modellprojekte zur Raumordnung (MORO) Regionalstrategie Daseinsvorsorge zeigen. In Orten mit schlechter Schulversorgung ist zudem die ohnehin schwierige Wiederbesetzung von Landärzten zur Erfolglosigkeit verdammt, denn junge Mediziner stellen heute bei der Wahl ihres Praxisstandortes Anforderungen an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem ist in kleinen Orten die Schule wichtig für die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Wohnort, oft der kulturelle Mittelpunkt und wesentlich für die Bindung der Kinder an das örtliche Vereinsleben.

Zur Schulschließung muss es nicht zwangsläufig kommen. Es gibt geeignete Konzepte, diese Standorte auch im ländlichen Raum funktionsfähig zu erhalten. Wesentliche Möglichkeiten liegen im jahrgangsübergreifenden Unterricht und schulischer sowie interkommunaler Kooperation.

Angepasste Unterrichtsformen

Durch die Zusammenfassung von zwei Schuljahrgängen kann in der Regel eine ausreichende Schülerzahl je Klasse gesichert werden. Jahrgangsübergreifender Unterricht ist heute in sämtlichen Bundesländern zulässig und wird in vielen ländlichen Regionen angeboten. Die Erfahrungen aus dem Ausland, insbesondere des PISA-Studienspitzenreiters Finnland belegen, dass diese Unterrichtsform pädagogische Vorteile haben kann. Erfolgsfaktoren sind angepasste Lehrkonzepte und kleine Klassengrößen. Daran mangelt es aber vielerorts in Deutschland: In Hessen gibt es beispielsweise keine Unterschiede für die Klassengröße zwischen jahrgangsübergreifender und „normaler“ Unterrichtsform. In Sachsen, das im innerdeutschen Bildungsvergleich neben Bayern seit Jahren den Spitzenplatz einnimmt, sind hingegen sogar Grundschulen mit einer einzigen, vier Jahrgänge übergreifenden Klasse zulässig, wenngleich diese Form bislang noch nicht praktisch umgesetzt wird. Weitere Möglichkeiten sind Blockunterricht sowie dezentrales Lernen. So könnten vergleichbar mit dem Konzept der Waldorfschulen Unterrichtsfächer als Tages- oder Wochenblöcke durch Fachlehrer an Kleinschulen vermittelt werden. In Skandinavien wird in einigen dünn besiedelten Räumen der Unterricht per Telekommunikation mit zeitweiligem, an Internaten angelehntem gemeinsamem Lernen verknüpft. Dieses Modell eignet sich besonders für weiterführende Schulen.

Innovationsimpuls durch ländliche Ganztageschulen

Eine Schule trotz Schrumpfung zu erhalten und möglicherweise sogar zusätzliche Angebote zu schaffen, ist auch durch die

Umstellung auf Ganztagesunterricht möglich. Leer stehende Räume werden neben dem Unterricht zu Betreuungszwecken für kleinere Lerngruppen oder Übungsaufgaben genutzt und ermöglichen, gesonderte Schul- und Förderangebote neu zu entwickeln. Der flächendeckende Ganztagsunterricht wird in Deutschland aus Konkurrenzgründen in der EU spätestens im nächsten Jahrzehnt unerlässlich sein. Hier können gerade kleine, ländliche Schulen zu innovativen Vorreitern werden. Sie haben ein Potenzial, das vielen verdichteten Regionen fehlt: freie Raumkapazitäten. Sowohl ihr Image als auch die Qualität ihres Standorts können ländliche Bildungseinrichtungen hier wesentlich aufwerten.

Kooperative Betriebsführung

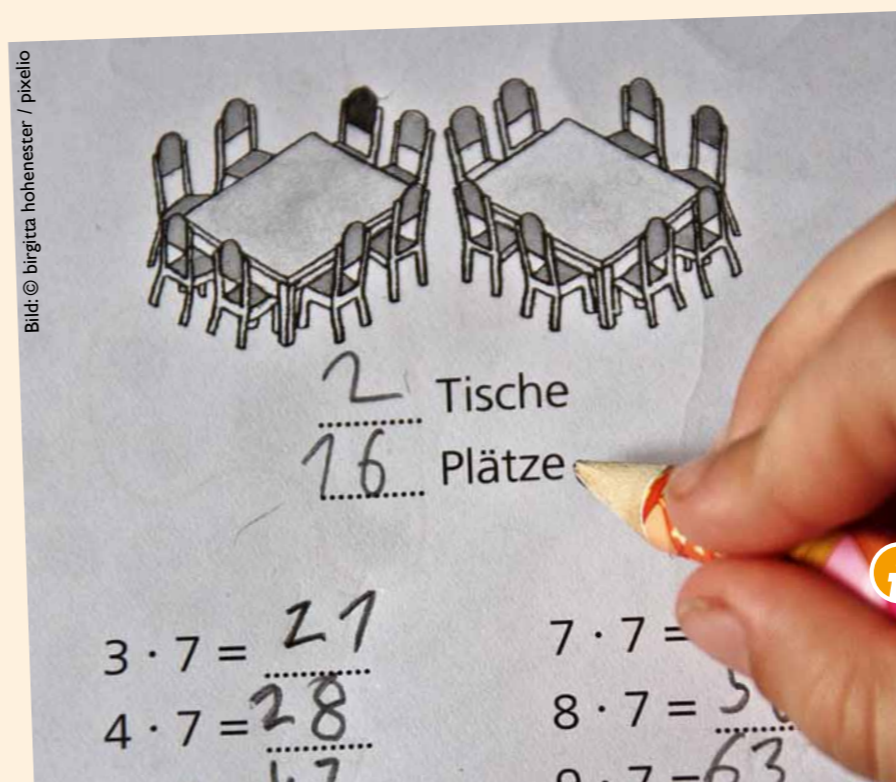
Bei Kleinschulen können Verwaltung, Schulsekretariat und Hausmeisterdienste von mehreren Schulen gemeinsam organisiert werden, um die Ausgaben effizienter zu gestalten. Wie das praktisch funktioniert, wird derzeit im Landkreis Hersfeld-Rotenburg, einer der oben genannten MORO-Regionen, diskutiert. Noch effektiver wäre eine Schulkooperation mit einem gemeinsamen Lehrerpool, aus dem alle beteiligten Schulen Lehrkräfte einsetzen können. Ein Ansatz, der bereits Anfang der 1970er-Jahre von Bildungsexperten angeregt wurde und nichts an Aktualität verloren hat: Es ist besser, wenn wenige Lehrer sich mobil zu den Schulen bewegen, als wenn viele zum Teil sehr junge Schüler lange Fahrten zu konzentrierten Schulstandorten bewältigen müssen.

Elterninitiative mit unbeabsichtigten Folgen

Schulschließungen haben in den neuen Bundesländern teilweise zur Fortführung der betroffenen Schule als Elterninitiative geführt, beispielsweise im Umland des sächsischen Kamenz. Der mittelfristige Schülerhalt birgt für die Gemeinden jedoch langfristige Risiken: Die privat unterrichteten Schüler gehen den verbleibenden staatlichen Schulen verloren, das Schulnetz wird aufgrund der Unterauslastung weiter dezimiert. Wird die privat betriebene Schule später, wenn sie die Kinder der Elterninitiative durchlaufen haben, aufgegeben, steht nur noch das ausgedünnte öffentliche Schulnetz zur Verfügung.

Hausaufgaben für die Länder

Die Kultusministerien der Länder müssen ihrer Verantwortung als Rahmengerber für die ländliche Bildungslandschaft gerecht werden: In dünn besiedelten Räumen müssen eigene Sollwerte für Klassen gelten, insbesondere für jahrgangsübergreifenden Unterricht. Damit Lebensverhältnisse gleichwertig bleiben, bedarf es auch klarer Definitionen zur Erreichbarkeit. Außer in Sachsen und Thüringen wird bislang nur ein unverbindliches „wohnrath“ vorgegeben, was real Schulwege von über einer Stunde je Fahrtrichtung bedeuten kann. Flexiblere Gestaltungsspielräume würden Schulen ermöglichen, besser auf örtliche Bedingungen reagieren zu können. So können Thüringer Landschulen über einen Lehrerpool verfügen und eigenständig entscheiden, welche Klassengrößen sie daraus bilden. Eine noch grundlegendere Unterstützung wäre die gezielte, zügige Einführung von Ganztagsunterricht. Damit könnte Schulleerstand, selbst bei hohem Schülerückgang, vermieden und eine wesentliche Aufwertung der Bildungsvoraussetzungen in ländlichen Räumen erreicht werden: Effekte, die einer Strukturverbesserung nahekommen könnten.



Das DISR

Im Deutschen Institut für Stadt und Raum e.V. arbeiten Wissenschaftler, Planer und Mitarbeiter von Verwaltungen gemeinsam daran, Theorie und Forschung im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung in die Planungspraxis einzubinden.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. habil. Rainer Winkel
Leiter des Deutschen Instituts für Stadt und Raum
www.disr-online.de



Mobilitätsvielfalt

Beispiele für Mobilitätsprojekte:
www.odenwaldmobil.de
www.mobilfalt.de
www.inmod.de

Beispiele für Carsharingangebote:
www.tamyca.de
www.flinc.de
www.carsharing.de

Was bewegt Familien im ländlichen Raum?

Familien auf dem Land setzen bei ihrer Mobilitätsplanung vor allem auf das Auto. Andere Verkehrsmittel können sie sich auch für die Zukunft kaum vorstellen. Dabei gäbe es durchaus Alternativen zum eigenen Fuhrpark.

Von Melanie Herget

Schon heute sind die Verkehrsausgaben der zweitgrößte Kostenfaktor privater Haushalte. Steigende Kraftstoffpreise werden dazu führen, dass auch in Deutschland zukünftig seltener mehrere Fahrzeuge pro Haushalt finanzierbar sind. Trotzdem kommt für die Familien, die in einer aktuellen Studie zu familienfreundlicher Mobilität im ländlichen Raum befragt wurden, ein Umzug in größere Städte nicht infrage. Heimatgefühl, Nähe zu Angehörigen und Natur wiegen ihrer Ansicht nach die Nachteile auf. Eher wird in anderen Lebensbereichen gespart.

Das Auto – alternativlos?

Die meisten Eltern in ländlichen Räumen halten ein eigenes Auto für unverzichtbar. Wie kein anderes Verkehrsmittel steht es dafür, im Notfall sofort und ohne Umwege einen Arzt aufsuchen zu können. Auch bei anderen unvorhergesehenen Situationen erscheint mit einem Auto der Rückweg nach Hause als gesichert. Insgesamt ist für Eltern entscheidend, dass ein Verkehrsangebot gefühlt sicher, wetterunabhängig, zuverlässig sowie zeitlich und räumlich flexibel ist. Daher würden sich bei fehlendem Pkw die meisten Eltern zunächst ein Auto leihen. Dabei gibt es bereits Vermittlungsplattformen zum privaten Carsharing und für spontane Mitfahrgelegenheiten. Jedoch sind diese noch nicht weiträumig bekannt und auch nicht überall verfügbar. Fahrgemeinschaften kommen für Eltern nur bei festen Arbeitszeiten oder für regelmäßige Freizeitermine infrage. Eine Ausnahme von der Autoaffinität gibt es allerdings auch: Während der Bus ein zum Teil ungerechtfertigt schlechtes Image besitzt, kommt für viele das Fahrrad als Pkw-Alternative in Frage – zumindest für Entfernungen unter vier Kilometern und bei guter Wetter- und Radwegelage.

Mobilitätsgarantie – ein wichtiger Ansatz

Der Wunsch nach einer verlässlichen Mobilität ist verständlich und wird von ländlichen Regionen vielfach als Handlungsfeld bearbeitet. Im Rahmen von „Odenwaldmobil“ wird beispielsweise eine Mobilitätsgarantie angestrebt: Innerhalb von 30 Minuten nach Anfrage soll eine Verbindung zum gewünschten Ziel angeboten werden – am besten mit dem Linienverkehr, sonst in Form einer privaten oder gewerb-

lichen Mitfahrt oder als letzte Option das Taxi, für dessen Nutzung dann lediglich ein geringer Zuschlag zum öffentlichen Tarif gezahlt werden muss. Auch das Projekt „Mobilfalt“ in Nordhessen erprobt, wie bestehende Fahrten besser ausgelastet, private und gewerbliche Mitfahrmöglichkeiten in das vorhandene Tarif- und Verbindungsauskunftssystem integriert werden können.

Elternunabhängige Mobilität für Jugendliche

Eltern unterschätzen zum Teil, wie viele Fahrdienste auf sie zukommen, wenn der Aktionsradius ihrer Kinder größer wird. In vielen ländlichen Regionen ist für Jugendliche das „Eltern-Taxi“ die einzige Möglichkeit, zu Freunden, Freizeiteinrichtungen oder Partys zu gelangen. Um für Familien attraktiv zu bleiben, bieten einige Kommunen Disco-Nachtbusse, öffentlich geförderte Fifty-fifty-Taxen oder durch Vereine günstig mietbare Gemeindebusse an. Auch ein sicheres Radwegenetz erleichtert eine eltern- und autounabhängige Mobilität.

Umwelt- und familienfreundliche Mobilität in ländlichen Räumen

Im Rahmen der 2012 erschienenen Studie der Technischen Universität Berlin wurden über einen Zeitraum von drei Jahren 28 Familien in zwei ländlichen Regionen zu Alltagsmobilität und zukünftigen Mobilitätsstrategien befragt sowie bundesweite Daten zum Verkehrsverhalten ausgewertet.
www.verkehrsplanung.tu-berlin.de/ufm

Mehr Informationen:

Melanie Herget
 Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel (InnoZ)
 Telefon: 0 30 / 23 88 840
 E-Mail: melanie.herget@innnoz.de
www.innoz.de

Flüssiger Schülerverkehr

Im ländlichen Schülerverkehr wird es immer schwieriger, den Bedürfnissen der Schüler und Eltern gerecht zu werden: Einzugsbereiche werden zunehmend größer, Schulzeiten variieren immer stärker. Der Landkreis Bergstraße versucht Konflikte zu vermeiden, indem er alle Beteiligten frühzeitig einbindet.

Von Markus Heeren und Reinhold Bickelhaupt

Knapp 35.000 Schüler besuchen im hessischen Landkreis Bergstraße die Schule. Eine Herausforderung sowohl für den 719 Quadratkilometer großen Kreis mit 22 Kommunen und 100 Ortsteilen als auch für den Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN), der sich über drei Bundesländer erstreckt. Hier treten typische Probleme des Schülerverkehrs auf: Die Schullandschaft wird durch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen, Halb- und Ganztagesangebote immer differenzierter. Zudem besuchen Schüler nicht mehr zwangsläufig die unmittelbar benachbarte Schule. Dies alles führt zu großen Einzugsbereichen mit räumlich und zeitlich diffusen, zum Teil sogar gegenläufigen Schülerströmen.

Verkehrsgutachten als Ausgangsbasis

Als es nach einem Betreiberwechsel im Schülerverkehr im Sommer 2008 zu massiven Beschwerden kam, nahmen der Kreis Bergstraße und der VRN dies zum Anlass, in einem Gutachten den gesamten Schülerverkehr zu überprüfen. Der Schülerverkehr wies keine gravierenden strukturellen Mängel auf. Es wurden aber zahlreiche Möglichkeiten deutlich, die Abläufe zu verbessern. Insbesondere zum Anfang des Schuljahres sind Schwierigkeiten unvermeidbar. Eine Ursache liegt in der Vielzahl der beteiligten Akteure, die den Schülerverkehr aus ihrem jeweils eigenen Blickwinkel betrachten: Schulen, Schüler und Eltern, Kreis, Verkehrsunternehmen, Staatliches Schulamt und Verkehrsverbund.

Leitfaden für Transparenz und Mitarbeit

Um die Anforderung zu verdeutlichen, die eine Anpassung des Busangebotes erfordert, wurde 2009 ein Kommunikationsleitfaden erarbeitet. Neben der Beschreibung von Strukturen, Akteuren und Zeitabläufen bietet er Kommunikationsvorgaben, die eine künftige Verkehrsplanung erleichtern sollen. Der entscheidende Ansatz ist, durch transparente Abläufe das Verständnis bei den Beteiligten zu fördern

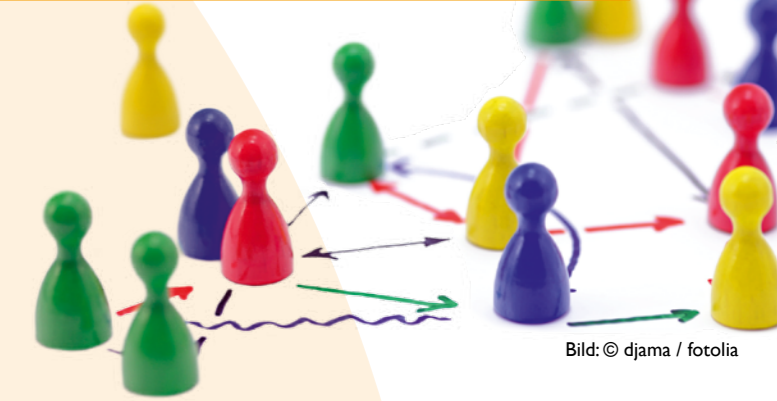


Bild: © djama / fotolia

und ihre Mitarbeit anzuregen. So wird an Eltern und Schüler appelliert, bei der Schulwahl vorhandene Verkehrsverbindungen zu berücksichtigen. Für die Schulen fragt ein Katalog erforderliche Planungsdaten ab, zum Beispiel Angaben zu den an verschiedenen Unterrichtsenden erwarteten Schülerzahlen pro Schultag. In Gesprächen mit dem Schulamt konnte eine stärkere Berücksichtigung der Belange des Schülerverkehrs bei den Entscheidungen über die Aufteilung von Schülern auf die weiterführenden Schulen erzielt werden.

Anpassung braucht Zeit

Die Erwartungen von Eltern und Schülern nach den Sommerferien stundenplanbezogen passende Fahrzeugkapazitäten vorzufinden, können zunächst nicht immer erfüllt werden. Relativ verlässliche Schülerströme sind frühestens zwei bis drei Wochen nach Schuljahresbeginn bekannt. Um eine veränderte Nachfrage zu erfassen, werden die aktuellen Daten ausgewertet und mit den vorherigen abgeglichen. Die Anpassung von ÖPNV-Kapazitäten kann deshalb erst nach den Herbstferien greifen. Grundlegende Fahrplanänderungen erfolgen aus Gründen der wirtschaftlichen Umsetzung erst mit dem regulären Fahrplanwechsel Mitte Dezember.

Größeres gegenseitiges Verständnis

Durch die detaillierte Beschreibung des „Schülerverkehrs“ im Kommunikationsleitfaden wurde ein größeres gegenseitiges Verständnis erreicht: Das Protestpotenzial wurde deutlich verringert. Für die Verwaltung bildet der Kommunikationsleitfaden mittlerweile ein wichtiges Instrument bei der Diskussion mit Betroffenen und Akteuren.



Mehr Informationen:

Markus Heeren
 VRN GmbH
 Telefon 0 6 21 / 10 77 03 33
 E-Mail: m.heeren@vrn.de

Reinhold Bickelhaupt
 Kreis Bergstraße
 Kreisausschuss - Fachbereich ÖPNV
 Telefon: 0 62 52 / 15 55 86
 E-mail: reinhold.bickelhaupt@kreis-bergstrasse.de
www.kreis-bergstrasse.de → Bürgerservice → Ämter / Abteilungen → Öffentlicher Personennahverkehr



Bild: © Kzenon / fotolia

„Wenn ich mit dem Bus gut zu meinem Ausbildungsbetrieb käme, würde ich hier nicht wegziehen.“

Jugendlicher
aus Brandenburg



Bild: © DKJS, Arndt Herrmann

„Wie kann ich auch am Wochenende mal meine Freundin treffen, wenn der Schulbus nicht fährt?“

Jugendliche
aus Brandenburg



Bild: Jugendliche gestalten Stadtraum © DKJS



Bild: JugendMobil-Ideenwerkstatt © DKJS

Wer früh mitgestaltet, bleibt länger

Als Reaktion auf den demografischen Wandel verlagert sich der Fokus von kommunaler und regionaler Politik immer mehr auf die Bedürfnisse Älterer. Dabei könnten gerade junge Menschen zur Stabilisierung ländlicher Regionen beitragen, wenn sie denn Bleibeperspektiven hätten. Die Beteiligung an kommunalen Gestaltungsprozessen kann Jugendliche zu einer Zukunft in der Region motivieren.

Von Frauke Langhorst und Matthias Krahe

Junge Menschen wandern aus Mangel an Freizeit-, Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten zunehmend aus ländlichen Räumen ab. Um dem entgegenzuwirken, sind attraktive Mobilitäts- und Ausbildungsangebote gefragt. Aber auch die Einbindung in kommunale Entscheidungsprozesse wirkt sich positiv auf die Bleibebereitschaft junger Menschen aus, wie die Erfahrungen der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) mit dem Dachprogramm „Wege finden – gestärkt erwachsen werden“ zeigen. Darin geht es neben Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen um den Erfahrungsaustausch zwischen Fachkräften und Bildungsverwaltung, auch in Projekten im ländlichen Raum. Umgesetzt werden länderspezifische Programme in Form von Public-Private-Partnerships mit verschiedenen Landesministerien.

In dem von der Heinz Nixdorf Stiftung unterstützten Projekt sind seit 2008 rund 7.000 Kinder und Jugendliche sowie etwa 2.700 erwachsene Begleitpersonen – kommunale Vertreter, Lehrkräfte und Sozialpädagogen – gemeinsam aktiv geworden.

STÄDTISCHE RÄUME AUS JUGENDHAND

Wie sieht eine Stadt aus, in der sich Jugendliche wohlfühlen? Darüber haben sich Schüler aus fünf Sekundarschulen in Sachsen-Anhalt in den vergangenen beiden Jahren Gedanken gemacht. Das Projekt „Jugendliche gestalten Stadt-Raum“ verknüpfte die Interessen der Jugendlichen mit Aufgaben in der jeweiligen Kommune – wie etwa die Aufwertung von Rückbaugeländen, die Nutzung von Brachflächen und Leerstand oder die stärkere Einbindung von Schulen in den Stadtraum.

„Wir wollten Kinder dazu ermutigen, das zu machen, was ihnen wichtig ist“, sagt Sylvia Ruge, die Regionalstellenleiterin der DKJS in Sachsen-Anhalt. Jugendliche würden viel zu wenig berücksichtigt, wenn es darum geht, Straßen, Plätze und Parks zu planen. In „Jugend-

liche gestalten Stadt-Raum“ realisierten die Heranwachsenden ihre Vorstellungen gemeinsam mit Architekten, Künstlern, Medienpädagogen, Spielzeugdesignern, lokalen Unternehmen sowie kommunalen Vertretern. Gestaltet haben die Jugendlichen etwa ein mobiles Klassenzimmer im Schwimmbad, Outdoor Möbel für Brachflächen, Innenhoflandschaften sowie einen interaktiven mobilen Stadtplan für die mobile City Bernburg.

Auf Augenhöhe mit Entscheidungsträgern

Die Partizipation Jugendlicher am kommunalen Geschehen und ihre aktive Beteiligung an der Gestaltung öffentlicher Räume fördern das Engagement und die Eigenverantwortung der Heranwachsenden: Ziel des Projektes ist es zum einen, den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Perspektiven und stadt-räumlichen Bedürfnisse öffentlich zu machen. Zum anderen sollen die Erwachsenen – vom Bürgermeister bis zum lokalen Kioskbesitzer – diese Perspektiven und Bedürfnisse kennenlernen. Das Gefühl, dabei in direktem Kontakt mit Entscheidungsträgern und Experten zu agieren, stärkt Kinder und Jugendliche in ihrem Selbstbewusstsein ebenso wie in ihrer sozialen Kompetenz. Zudem entwickeln junge Menschen durch solche Beteiligungsformen ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl für das eigene Lebensumfeld. Und auch die Erwachsenen profitieren davon, meint Marcel Korth, Projektmitarbeiter der DKJS: „Jugendliche haben oft Ideen und Vorschläge, auf die Erwachsene nie kommen würden.“

Hier werde ich gebraucht

Die kommunalen Vertreter, wie etwa die Sozialdezernentin des Salzlandkreises, das Quartiersmanagement in Wolfen, die Bürgermeisterin

in Parey und der Stadtjugendpfleger aus Haldensleben, fanden heraus, wie ein für junge Menschen attraktiver Stadtraum aussehen kann. Ihr Verständnis ist wichtig für eine langfristige Stadtentwicklung mit Blick auf die Folgen des demografischen Wandels, auf Abwanderungsprozesse und die Schrumpfung von Städten in Sachsen-Anhalt. „Und die beteiligten Schüler haben gemerkt, dass sie teilhaben können an Veränderungen und dass sie dabei unterstützt werden“, so Regionalstellenleiterin Sylvia Ruge. „Sie merken: Hier werde ich gebraucht, hier kann ich etwas machen.“

JUNGE MOBILE IDEEN

Wer kann besser herausfinden, was junge Menschen in ihrer Region brauchen, um ihre Alltagswege zu bewältigen, als Jugendliche selbst? Das Demografieprojekt „JugendMobil“ trägt dieser Erkenntnis Rechnung und ließ Brandenburg Jugendliche der Regionen Kyritz und Finsterwalde als Hauptakteure mitgestalten. Gemeinsam mit Pädagogen und Fachleuten für Regional-, Verkehrs- und Schulplanung lernten sie, was Mobilitätsplanung bedeutet, und entwickelten selbst Ideen, wie man die Herausforderung im ländlichen Raum meistern könnte. Denn das klassische Mobilitätskonzept mit Linienbussen und Regionalzügen reicht in Brandenburg nicht aus. Der öffentliche Nahverkehr funktioniert nur zu Schulzeiten, beschwerten sich die 14 bis 18 Jahre alten Projektteilnehmer. Wer später am Tag noch die Musikschule oder den Sportverein besuchen wolle, komme meist nicht mehr nach Hause.

Kommunale Prozesse verantwortlich mitgestalten

Mitfahrssysteme, beispielsweise per SMS, oder Fahrräder mit Elektroantrieb und ein Netz von Aufladestationen



Bild: © DKJS, Kerstin Zillmer

nen – mit diesen und ähnlichen Konzepten überraschten die Jungen und Mädchen aus Brandenburg Verkehrsminister Jörg Vogelsänger. Der Verkehrsexperte weiß: Damit junge Menschen in der Region bleiben, brauchen sie neue Möglichkeiten der Mobilität, und unterstützte deshalb das Projekt.

In regionalen Workshops stellten die Jugendlichen im Juni 2011 ihre Ideen vor und diskutierten mit den Verantwortlichen aus Landkreisen und Verkehrsunternehmen. Diese Form von Beteiligung ermutigt junge Leute, kommunale Entscheidungsprozesse auch langfristig verantwortlich mitzugestalten. Sie erhöht die Identifikation mit der Region und die Bereitschaft zu bleiben – vorausgesetzt, die Beteiligung von Jugendlichen wird regulär in den entsprechenden Entscheidungsebenen verankert. Damit der Beteiligungsprozess Erfolg haben kann, muss er langfristig angelegt werden und braucht Unterstützung vor Ort. In „JugendMobil“ haben die Programmakteure dazu das Netzwerk Mobilität initiiert.

Echt cool hier?!

Um in der Region zu bleiben – oder zurückzukehren –, brauchen junge Menschen viele Gründe: gute Bildungsangebote, die Möglichkeit zu arbeiten, die Freizeit zu gestalten, Familie und Freunde zu treffen, eine funktionierende Infrastruktur. Je eher Kinder und Jugendliche an der Mitgestaltung des kommunalen Lebens beteiligt sind, desto attraktiver wird die Region für sie. Vielfältige Anlässe für aktive Partizipation erhöhen die Identifikation der jungen Menschen mit ihrer Kommune. Dieser Aspekt wird zunehmend zu einem Standortfaktor für Gemeinden im ländlichen Raum. Wenn Jugendliche am kommunalen Leben mitwirken, übernehmen sie auch Verantwortung für ihr Lebensumfeld, sie engagieren sich, fühlen sich eingebunden – und zu Hause.

Mehr Informationen:

Frauke Langhorst
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gemeinnützige GmbH
Telefon: 030 / 25 76 76 47
E-Mail: frauke.langhorst@dkjs.de
www.dkjs.de
www.wegefinden.net



Bild: © Bianka Behrami

Heimat wirkt aktivierend

Im sächsischen „Land des Roten Porphyrs“ lebt Waldgeist Waldemar. Mit der Figur wendet sich die Region gezielt an Familien mit Kindern. Neben der Familienfreundlichkeit geht es bei den verschiedenen Angeboten auch um Bleibeperspektiven: Schon frühzeitig soll die regionale Verbundenheit mit der Heimat gefördert werden.

Von Nadin Poster

Bilder: © Bianka Behrami

Rot und geheimnisvoll leuchtet der Rochlitzer Porphyr in den Steinbrüchen auf dem Rochlitzer Berg. Als Namensgeber für das Land im Städtedreieck von Dresden, Leipzig und Chemnitz verbindet das vulkanische Gestein nicht nur die 17 beteiligten Kommunen miteinander, sondern trägt auch zur regionalen Identität bei. Kinder und junge Familien genießen einen hohen Stellenwert in der Region. Junge Familien, die sich niederlassen wollen, werden besonders unterstützt und Kinder als Zukunft für die Region erkannt. Ziel des Regionalen Umsetzungsmanagements ist daher die Stärkung des Heimatgefühls, der Bleibebereitschaft und des Bewusstseins für die Region.

Kreativer Vorschlag und regionale Umsetzung

Der Vorschlag ein regionales Kinderbuch zu entwickeln, den die junge Mutter Maria Speer im Rahmen der Erstellung des regionalen Entwicklungskonzepts im Jahr 2007 einreichte, traf genau die Erwartungen des

Regionalmanagements. In Zusammenarbeit mit Bianka Behrami, einer Grafikerin und Mutter von drei Söhnen, wurde die Figur des Waldgeistes Waldemar geschaffen: Mit dem kleinen frechen Jungen, der vor seiner Haustür auf Erkundungstour geht, können sich Kinder gut identifizieren.

Maria Speer schrieb die Geschichten, um ihren Kindern Lust zu machen, ihre Heimat aktiv zu entdecken. Gemeinsam mit dem Familienzentrum und der Grundschule Rochlitz wurden die Abenteuer weiterentwickelt und Illustrationsentwürfe von Grafikern angefragt. Da die geplante Broschüre in erster Linie kleinen Bewohnern und Gästen gefallen sollte, wurden die Kinder der Grundschule Rochlitz in den Auswahlprozess eingebunden. Sie entschieden sich für die Bilder von Bianka Behrami. Es entstanden illustrierte Geschichten zu regionalen Besonderheiten mit Wiedererkennungswert.

Auf Streifzug mit Waldemar

Mit den Erzählungen und Illustrationen, die es auch als Malvorlagen gibt, folgen Kinder Waldemar durch die Region. Ob als Gute-Nacht-Geschichte, zum Zeitvertreib an trüben Tagen oder als Wanderbegleiter: Die Erzählungen stellen das Porphyrland aus Kinderaugen vor. Sie sind dabei, wenn Waldemar in die Peniger Unterwelt hinabsteigt, auf einer Ente durchs Chemnitztal saust oder mit Freundin Wally zum Purpursteinik geht. Die Realschauplätze lassen sich schnell wiedererkennen und auf einer ins Heft integrierten Übersichtskarte farblich markieren. Weitere Anregungen geben Freizeittipps, die auch als buchbares Angebot in den Touristinformationen der Region vorliegen.

Von Kindern mitgetragene Öffentlichkeitsarbeit

Vorgestellt wurde die Familienbroschüre 2009 am jährlichen Porphyrtag sowie im Rahmen von Buchlesungen. In den Schulen und Kindergärten der Region wurde sie verteilt, in der Touristinformation und den Freizeiteinrichtungen der Region angeboten.

Gleichzeitig mit der Präsentation der Broschüre feierte die Aufführung des Kindermusicals „Das verflixte Spinnennetz“ Premiere. Einstudiert und vorgeführt wurde es von Kindern der Grundschule und des Nikolausvereins Rochlitz. Schüler der weiterführenden Middleschule Rochlitz hielten die Aufführung im Rahmen eines Kurses zu Medienkompetenzen als Video fest.

Überraschend schnelle Verstetigung

„Wichtig für den Erfolg des Projektes war, dass die Idee aus der Region kommt. Und so authentisch und auf die Zielgruppe zugeschnitten ist“, meint Dorothea Palm vom Regionalmanagement im Land des Roten Porphyrs. Nach den Vorlagen der Figuren errichtete die Stadt Rochlitz sogar einen Waldspielplatz auf dem Rochlitzer Berg. „Überrascht waren wir über die Verstetigung der Idee und darüber, wie schnell sich Waldemar in die Herzen der Kinder gezaubert hat. Schon von Weitem erkennen die Kinder ihre Helden und rennen auf ihre Wally zu, um sich mit ihr im Kreis zu drehen“, erzählt die Regionalmanagerin weiter.

Seit seiner Eröffnung zieht der Waldspielplatz Tag für Tag Besucher an. In Gesprächen zeigte sich, dass viele mit ihren Kindern extra wegen des Waldspielplatzes vorbeikommen und – wenn sie einmal vor Ort sind – gleich auch den Porphyrlehrpfad besuchen. Nahe dem Waldspielplatz verläuft auch der 2007 eingeweihte Walderlebnispfad Wechselburg. 2012 wurde er in Kombination mit dem Waldspielplatz und der Familienbroschüre von der Tourismus Marketing Gesellschaft Sachsen mbH zu einem der sieben schönsten Familienwanderwege in Sachsen gekürt.

Waldgeist mit Ausbaupotenzial

Seit der Veröffentlichung der Familienbroschüre und nicht zuletzt durch die Integration von Waldemar und Wally in den Waldspielplatz ist der Waldgeist zu einer beliebten Sympathiefigur geworden. Da die erste Auflage der Broschüre bereits vergriffen ist, wurde Anfang 2013 eine zweite Auflage mit neuen Geschichten veröffentlicht. Im Laufe des Jahres soll Waldemar mit einer Internetseite an den Start gehen, die die Region, Ausflugsziele und Besonderheiten kindgerecht vermittelt.



Bild: © Bianka Behrami



„Du bist der Jüngste – willst du das nicht machen?“

Bäckermeister Sven Krause betreibt als Juniorchef den Familienbetrieb in Rochlitz. Er ist 37 Jahre alt und Vater von drei Kindern. Vor 20 Jahren hat er den Vorsitz des Rochlitzer Geschichtsvereins übernommen. Eine Amtsübernahme, die sein Engagement für die Region seitdem mitbestimmt hat: Heute ist er außerdem Fraktionsvorsitzender im Stadtrat sowie als Kreisrat in Mittelsachsen aktiv.

Herr Krause, Sie sind Bäcker, Familienvater und gleichzeitig in mehreren Ämtern aktiv für Ihre Region. Was treibt Sie dazu an?

Meine eigenen Wurzeln liegen in Rochlitz. Ich bin stolz auf meine Heimatstadt und ihre Tradition. Es ist alles überschaubar, man kennt sich. Vor ein paar Jahren wurden wir zu einem riesengroßen Landkreis zusammengeschlossen, ohne dass die Menschen gefragt wurden. Statt zu meckern, möchte ich Zusammenhänge begreifen und hoffe, durch mein Mitwirken Einfluss nehmen zu können. Ich sehe mich verantwortlich dafür, etwas für die Zukunft von jungen Familien und Kindern mitzuentwickeln.

Mit 17 Jahren waren Sie der jüngste Vorsitzende des Rochlitzer Geschichtsvereins. Wie kam es dazu?

Mein Geschichtslehrer hat mich zur Jahreshauptversammlung mitgenommen. Der alte Vorsitzende war gestorben, der zukünftige schwer erkrankt. Unser Verein stand vor der Auflösung. 25 ältere Herrschaften guckten mich mit der Erwartung an: Du bist der Jüngste, willst du das nicht machen? Manchmal muss man einfach etwas spontan entscheiden. Danach taten sich die anderen Ämter von selber auf.

Sie sind inzwischen so etwas Ähnliches wie der Chronist von Rochlitz. Woher rührt Ihr Interesse?

Seit meinem elften Lebensjahr ist Heimatgeschichte meine Leidenschaft – ich war neugierig zu erfahren, wie es früher

war, wie die Menschen Probleme gelöst haben. Ich habe mich mit Zeitzeugen unterhalten und ständig neue Erkenntnisse gewonnen. Dieses Interesse hat mein Geschichtslehrer geweckt. Das Gleiche versuche ich heute bei meinen eigenen Kindern: Im Kindesalter möchte ich ihnen zeigen, woher die Bäume kommen, bevor sie sie später ausreißen wollen.

Mit dem Waldgeist Waldemar wendet sich die Porphyr-Region auch gezielt an Kinder.

Es ist wichtig, Kindern frühzeitig und spielerisch ein Heimatgefühl zu vermitteln, damit sie später im Ort bleiben. Oder nach ihrer Ausbildung wieder zurückkommen. Es ist wichtig, Generationen zu verbinden, um die Abwanderung von Menschen aufzuhalten, weil sonst irgendwann in den kleinen Städten einfach das Leben fehlt.

Das Gespräch führte Anja Rath



Mehr Informationen:

Nadin Poster
Regionales Umsetzungsmanagement im Land des Roten Porphyrs
Telefon: 0 37 37 / 78 32 22
E-Mail: info@rochlitzer-muldental.de
www.porphyrland.de
www.rochlitzer-muldental.de

Sonderregelung Rebhuhnstreifen

Viele Bundesländer versuchen mit der Agrarumweltmaßnahme zur Förderung einjähriger Blühstreifen die Agrarlandschaft aufzuwerten. Als Instrument zur langfristigen Förderung der Agrobiodiversität ist sie jedoch häufig nicht geeignet. Dazu bedarf es regions- und artspezifischer Anpassungen, wie das Beispiel Rebhuhnschutz in Niedersachsen zeigt.

Von Eckhard Gottschalk und Werner Beeke

Fast alle Vogelarten der Agrarlandschaft zeigen zum Teil dramatische Abnahmen in ihren Bestandszahlen. Mit einem europaweiten Rückgang von 94 Prozent seit 1980 ist das Rebhuhn der traurige Rekordhalter. Die Vogelart benötigt zum Brüten extensive Landschaftsstrukturen wie Brachen, ungemähte Wiesen oder breite Feldraine. Diese werden in der modernen Agrarlandschaft immer seltener. Je intensiver Flächen bewirtschaftet werden, umso mehr droht ein weiterer Verlust an Lebensraum. Zudem werden Brachen zunehmend zur Produktion nachwachsender Rohstoffe genutzt. Für den Landkreis Göttingen wurde im Rahmen eines Studentenpraktikums die Entwicklung der lokalen Rebhuhnpopulation kalkuliert. Das Ergebnis: Ohne Schutzmaßnahmen wäre das Aussterben der Art in den nächsten Jahrzehnten wahrscheinlich.

Um langfristig das Überleben der Rebhühner in der Region zu sichern, initiierten die Abteilung Naturschutzbiologie der Georg-August-Universität Göttingen und die Biologische Schutzgemeinschaft Göttingen e.V. im Jahr 2004 das Rebhuhnschutzprojekt. Ziel ist, durch die Aufwertung von Lebensräumen den Rebhuhnbestand im Landkreis Göttingen auf eine überlebensfähige Populationsgröße zu erhöhen und dort zu stabilisieren.

Rebhuhngerecht geförderte Blühstreifen

Seit 2004 können Landwirte die Anlage von einjährigen Blühstreifen im Rahmen des Niedersächsischen Agrar-Umweltprogramms (NAU) als fünfjährige Maßnahme anmelden – eine geeignete Grundlage als Förderinstrument für das Projekt. Gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer wurden Modifikationen für die Maßnahme entwickelt, von denen speziell Rebhühner aber auch viele andere Feldvögel profitieren sollen. Entscheidend ist die zweigeteilte Bewirtschaftung der Blühstreifen: Im ersten Jahr wird der Blühstreifen angesät. Im zweiten Bewirtschaftungsjahr wird nur die Hälfte eines jeden Blühstreifens neu bestellt. Die Aussaat sollte bis Ende April abgeschlossen sein. Auf dem unbearbeiteten Teil des Blühstreifens verbleibt die vorjährige Vegetation. Im Folgejahr wird dann die andere Hälfte des Streifens neu bestellt. Diese Abweichung von der Richtlinie ist erforderlich, weil Rebhühner sich bei der Besetzung des Brutreviers im April und Mai an der vorjährigen Vegetation orientieren.

Die für Agrarumweltmaßnahmen zuständige Abteilung im Landwirtschaftsministerium wurde intensiv eingebunden. Neben mehrfachen Projektbesichtigungen diente dem Ministerium eine Dokumentation über den Verlauf und Erfolg des Projektes als Grundlage für die Evaluation der Maßnahme. Mittlerweile ist die Abweichung als Ausnahmeregelung offiziell in der NAU-Richtlinie zugelassen. Die abweichende Bewirtschaftung wird mit einem Zusatzvertrag geregelt.

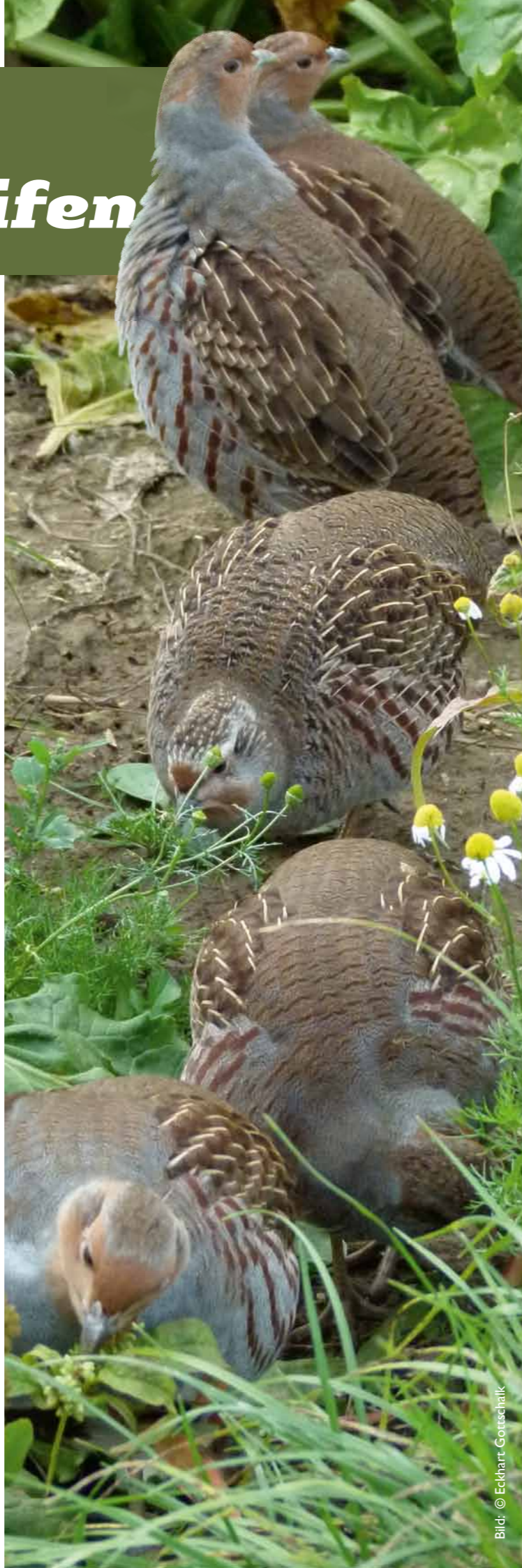


Bild: © Eckhard Gottschalk

Entscheidende Akteure sind die Landwirte

Fast alle Landwirte im Landkreis, die Blühstreifen eingerichtet haben, machen beim Rebhuhnschutzprojekt mit. In der Anfangsphase boten die Projektpartner gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer zahlreiche Informationsveranstaltungen für Landwirte an und führten viele Einzelgespräche. So wurden 2005 circa 150 Hektar Blühstreifen angelegt, 2007 kamen weitere hinzu: Aktuell werden etwa 1.000 Blühstreifen (rund 540 Hektar) im Landkreis rebhuhngerecht bewirtschaftet. Als Anreiz erhalten die Landwirte kostenlos das Saatgut für die Blühstreifen, die auf den Feldvogelschutz optimierte „Göttinger Mischung“. Aus zusätzlich eingeworbenen Mitteln konnten in Schwerpunktgebieten der Rebhuhnverbreitung gezielt Verträge abgeschlossen werden, in der Regel für ganze Schläge, die wie Blühstreifen bewirtschaftet werden (zusätzlich jährlich bis zu circa 70 Hektar).

Wissenschaftlich dokumentierter Erfolg

Seit 2006 führt die Universität Göttingen ein jährliches Rebhuhn-Monitoring durch. Das Gebiet umfasst 90 Quadratkilometer und erfasst damit 50 Prozent des Rebhuhnbestandes im Landkreis. Umfragen bei der Jägerschaft ergänzen diese Zählung, sodass Verbreitung und Bestandszahlen gut abschätzbar sind. Seit 2009 werden zudem Rebhühner besendert. Mithilfe der telemetrischen Daten lassen sich Aussagen dazu ermitteln, wie die Blühstreifen als Lebensraum angenommen werden, wie die Bruterfolge in Blühstreifen und anderen Landschaftselementen sind oder welche Todesursachen zu Rückgängen des Bestandes führen. Bei der ersten Zählung lebten circa 300 Rebhuhnpaare im Landkreis. Nach Anlage der Blühstreifen im Jahr 2007 wurde lokal ein deutlicher Anstieg der Rebhuhnpopulation beobachtet, während sie in ganz Niedersachsen weiter zurückging. Die schneereichen Winter 2009/10 und 2010/11 brachten einen Einbruch der Rebhuhnzahlen mit sich, von welchem sich die Population danach aber schnell wieder erholen konnte. Lokal, bei hoher Blühstreifendichte, konnte sich die Rebhuhnpopulation fast verzehnfachen, auf Ebene des ganzen Landkreises zumindest stabilisieren.

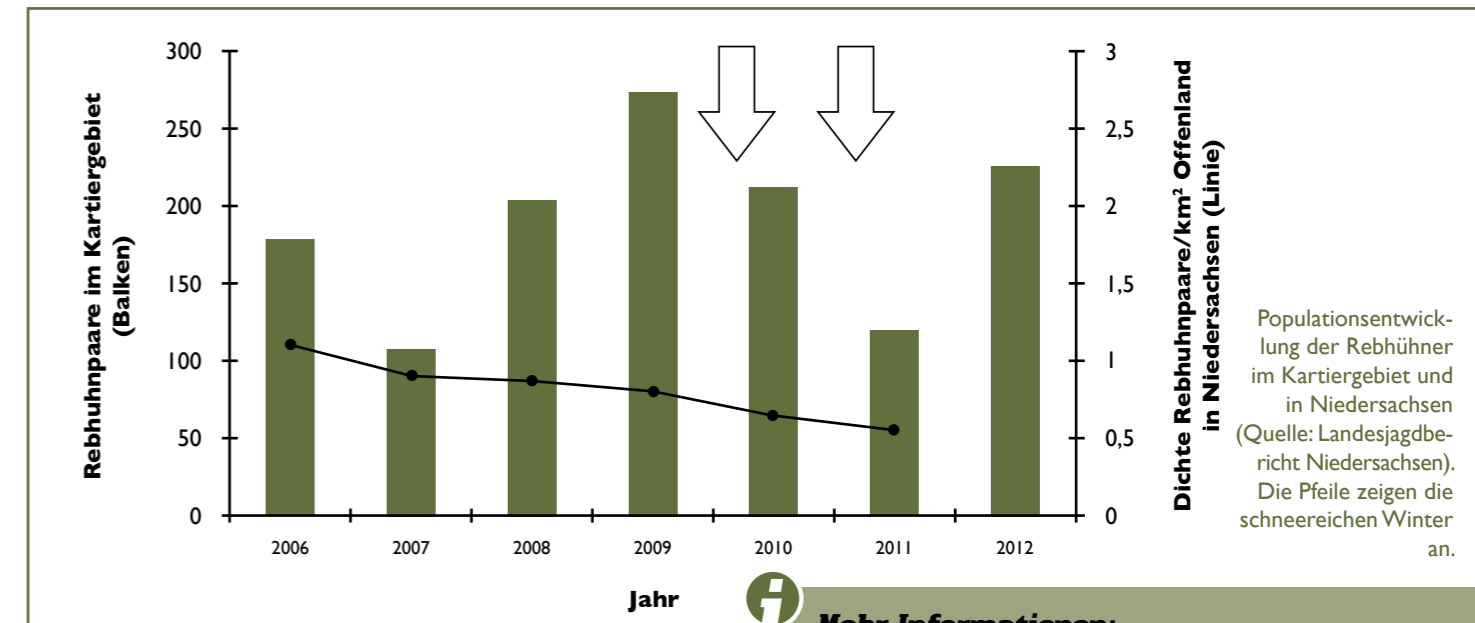
Ein Netzwerk für das Rebhuhn

Um das Projekt erfolgreich durchführen zu können, müssen viele Partner eingebunden werden. Einen Großteil der Projektkoordination übernimmt die Biologische Schutzgemeinschaft Göttingen e.V., etwa die Beratung der Landwirte, Vertragsabschlüsse, Bereitstellung des Saatguts und Öffentlichkeitsarbeit. Die wissenschaftliche Begleitung wird von der Universität Göttingen durchgeführt, die das Projekt auch in die Lehre einbindet.

Wichtig für die gute Umsetzung ist zum einen die Kooperation mit der Landwirtschaftskammer. Zum anderen wurde das Landwirtschaftsministerium von Anfang an über das Projekt informiert und hat mit der Ausnahmeregelung in der NAU-Richtlinie maßgeblich zur Akzeptanz, Übertragbarkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahme beigetragen. Unterstützung erhält das Projekt auch durch das niedersächsische Umweltministerium, die Fachbehörde für Naturschutz und den Landkreis Göttingen. Der Landschaftspflegeverband Göttingen ergänzt die Anwerbung von Teilnehmern durch weitere Beratungen der Landwirte. Auch die Jägerschaft des Landkreises hilft bei der Anwerbung von Landwirten sowie bei der landkreisweiten Rebhuhnerfassung. Die Mittel für die anfallenden Personalkosten, für das Saatgut und für die zusätzlichen Vertragsflächen wurden von Stiftungen eingeworben, mittlerweile wird das Projekt finanziell aus Mitteln des Landes Niedersachsen und der Europäischen Union getragen.

Modifikation mit Zukunft?

In ihrem Überleben bedrohte Feldvögel wie das Rebhuhn können durch modifizierte Blühstreifen gefördert werden. Um die dafür erforderliche Mindestdichte an Blühstreifen zu erreichen, müssen die Maßnahmen für Landwirte finanziell attraktiv bleiben: Feldvogelgerechte Maßnahmen sollten in den Richtlinien der Agrarumweltmaßnahmen verankert werden, sodass keine Zusatzverträge geschlossen werden müssen.



Populationsentwicklung der Rebhühner im Kartiergebiet und in Niedersachsen (Quelle: Landesjagdbericht Niedersachsen). Die Pfeile zeigen die schneereichen Winter an.

Mehr Informationen:

Dr. Eckhard Gottschalk
Universität Göttingen
Johann-Friedrich-Blumenbach-Institut für Zoologie und Anthropologie
Abt. Naturschutzbiologie
Telefon 05 51 / 39 56 37
egottsc1@uni-goettingen.de

Werner Beeke
Biologische Schutzgemeinschaft Göttingen e.V.
Telefon 05 51 / 39 56 36
werner.beeke@t-online.de
www.rebhuhnschutzprojekt.de

Die Auswertung der Telemetrie zeigte, dass Blühstreifen häufig genutzte Brutplätze sind. Brütende Hennen in Blühstreifen wurden nur halb so oft von Füchsen gefressen wie Hennen, die in Hecken und Feldrainen brüteten. In Blühstreifen betrug die Schlupfrate 50 Prozent, in Hecken und Feldrainen nur 25 Prozent. Entscheidend ist dabei die Breite der Blühstreifen: Mindestens zehn Meter sind für einen guten Schlupferfolg erforderlich, ideal sind Blühflächen auf ganzen Schlägen oder Feldern.



Bild: © BAUER e.V./ Gronmij GmbH

Ein Fenster zum Hof

In der heutigen Zeit haben immer weniger Personen direkten Kontakt zur Landwirtschaft und damit auch zur Urproduktion von Lebensmitteln. Dabei sind persönliche Erfahrungen mit der Landwirtschaft besonders wichtig, um ein bewusstes Konsumverhalten entwickeln zu können. Solche Erfahrungen bietet das Bauernhofklassenzimmer von BAUER e. V. auf dem Milchhof Kück.

Von Diane Wischner-Pingel

Der Milchhof Kück ist auf den ersten Blick ein typisch bäuerlicher Betrieb in der Moorregion des niedersächsischen Elbe-Weser-Dreiecks. Seit mehreren Generationen in Familienbesitz bewirtschaften heute drei Generationen gleichzeitig den Hof mit rund 90 Milchkühen. Auf den zweiten Blick fallen dem Besucher allerdings zahlreiche Informationstafeln auf sowie ein mit Kinderbildern dekoriertes Raum, der durch ein großes Fenster direkte Einblicke in die Molkerei des Hofes bietet: willkommen im Bauernhofklassenzimmer.

Für den unmittelbaren Kontakt

Der Hof von Familie Kück ist ein Lernstandort des gemeinnützigen Vereins

Bauernhof Erlebniswelt Förderverein landwirtschaftlicher Umweltbildung (BAUER e.V.). Gegründet wurde der Verein 2008 mit dem Ziel, möglichst vielen Menschen persönliche Erfahrungen mit der Landwirtschaft zu ermöglichen. Dazu bietet BAUER Betriebserkundungen für Kindergärten, Schulklassen und Erwachsenengruppen an. Teilnehmer sollen sich eine eigene, praxisnahe Meinung von der modernen Landwirtschaft bilden, bestehende Vorstellungen kritisch hinterfragen, Interessenkonflikte und Meinungsverschiedenheiten mit dem Landwirt diskutieren. Außerdem will man den Besuchern in Erinnerung rufen, wie wichtig die Landwirtschaft für die Lebensqualität im ländlichen Raum ist, wie sie unweigerlich einen Großteil der Kulturlandschaft mitprägt. Anfangs arbeitete der Verein mit verschiedenen landwirtschaftlichen Partnerbetrieben zusammen, seit 2010 ist der Milchhof Kück in Langenhausen zum festen Lernort geworden. In Zusammenarbeit mit dem Betriebsleiter Bernd Kück wurde die ausgediente Scheune zum Bauernhofklassenzimmer umgebaut, das einen direkten Blick in die Molkerei bietet. Neben zusätzlicher Infrastruktur wie Parkplätzen und Wegen wurde auch ein Milchlehrpfad vor Ort geschaffen, welcher für eigenständige Ausarbeitungen der Besucher oder Projektarbeiten gern genutzt wird. Durch den unabhängigen Anlaufpunkt des Bauernhofklassenzimmers ist es möglich, zu jeder Zeit Gruppen empfangen zu können, ohne den alltäglichen landwirtschaftlichen Betriebsablauf zu stören. Aufbauend auf einer Leader-Förderung wurde das Projekt durch zahlreiche Spenden ansässiger Firmen und Banken der Region ermöglicht.

Gute Voraussetzungen

Der Milchhof Kück ist ein konventioneller Milchviehbetrieb: Die Kühe werden in einem modernen Boxenlaufstall gehalten, im Sommer mit zusätzlichem Weidegang hinter dem Hof. Das Futter wird selbst produziert. Als Pioniere im Elbe-Weser-Dreieck haben die Kücks bereits vor 20 Jahren damit begonnen, ihre Milchprodukte direkt zu vermarkten und dies stetig weiterentwickelt. Zu den Abnehmern gehören neben Privathaushalten auch Schulen und Kindergärten aus der Region. So trifft der Besucher auf einen familiären, bäuerlichen Generationsbetrieb – gleichzeitig ist der Unternehmerrhythmus und dessen Umsetzung deutlich zu spüren. Auf Nachfrage bot die Familie Kück schon seit längerem Betriebsführungen an. Im Austausch mit dem Landvolkkreisverband Bremervörde, dem Gründer von BAUER e.V., entstand die Idee, diese Angebote mit dem Bauernhofklassenzimmer zu vertiefen.

Transparente Milchproduktion

Für jeden Besucher werden die Lebensmittelherstellung von der Erzeugung über die Verarbeitung bis auf den Tisch praktisch begutachtet und die individuellen Einflussmöglichkeiten auf Produktionsabläufe verdeutlicht. Je nach Interessenschwerpunkt der einzelnen Gruppen dauern die Führungen eine bis fünf Stunden inklusive eines Mittagessens. Während Kinder- und Schülergruppen oft von Pädagogen des BAUER e.V. betreut werden, übernimmt Bernd Kück Fachführungen und Erwachsenengruppen meist selbst. Dabei hat er oft das Gefühl, dass er seinen Teilnehmern gerade etwas erzählt hat, was sie so noch nicht wussten. „Der größte Ansporn für uns ist es, mit unserem Bauernhofklassenzimmer die Landwirtschaft realitätsnah vorzustellen. Wir wollen nichts verniedlichen“, beschreibt der Landwirt sein Konzept. Er fühlt sich durch die Reaktionen der Teilnehmer bestätigt: „Ich denke, dass da wirklich bei den Leuten etwas ankommt.“

Die Führungen sind individuell auf die Besucherwünsche zugeschnitten. Highlights sind für jede Altersklasse der Kälberstall und die gläserne Molkerei, in der man die Produktion eines Milchshakes hautnah verfolgen und beim gemeinsamen Frühstück im Bauernhofklassenzimmer direkt probieren kann. Ein Erlebnis, das insbesondere bei den jüngeren Altersgruppen nachhaltig wirkt. Oft bekommt das Bauernhofklassenzimmer Post von Teilnehmern, die Teile der Besichtigung in Bastel- oder Malarbeiten aufbereitet haben. „Wenn dann etwas

lobend erwähnt wird oder einfach zu merken, dass es den Besuchern Spaß gemacht hat, freut einen natürlich sehr“, beschreibt Bernd Kück. „Das ist eine viel bessere Anerkennung, als wenn man einfach Geld dafür bekäme.“ Dass der Besuch des Bauernhofs als nachhaltiges Erlebnis ankommt, zeigt sich auch in den Partnerschaftsverträgen, die mit einigen Kindergärten und Grundschulen vor Ort bereits vereinbart wurden. Ein Ausflug ins Bauernhofklassenzimmer wird fest von ihnen in den Jahresplan einbezogen. Aktuell finden pro Jahr etwa 70 Betriebsführungen statt, bei denen ungefähr 1.500 Besucher den Weg der Milch vom Gras ins Glas verfolgen können.

Investition in zukunftsfähigen Konsum

Die Betriebsführungen werden kostenlos durchgeführt, finanziert werden die dabei entstehenden Personalkosten durch das Landesbildungsprojekt „Transparenz schaffen – von der Ladentheke bis zum Erzeuger“. In dessen Rahmen ist BAUER e.V. als Bildungsträger anerkannt und will seine Angebote ausbauen. Die derzeitige Hauptzielgruppe der Grundschulen und Kindergärten soll erweitert werden und das Thema Landwirtschaft vermehrt in die Projektgestaltungen von Mittel- und Oberstufen der weiterführenden Schulen integriert werden.

Die Familie Kück unterstützt diesen Ansatz. Sie nimmt sich neben dem laufenden Betrieb Zeit, Konsumenten die Landwirtschaft näherzubringen und sieht in ihrem Einsatz einen Gewinn für den eigenen Betrieb. Nur wenn vor Ort Unklarheiten der Verbraucher beseitigt werden und Missverständnisse geklärt werden können, folgt ein bewusster Umgang mit Lebensmitteln – so der Grundgedanke. Ein Erfolgsfaktor für das Bauernhofklassenzimmer in Langenhausen ist, dass hier der Kück'sche Hof die zeitlichen und arbeitstechnischen Möglichkeiten für Betriebsführungen bietet und der Mehraufwand von vielen Schultern getragen werden kann. Denn wirtschaftlich ist die Bauernhofpädagogik nicht, wie Landwirt Kück weiß: „Wir haben neben dem eigentlichen Hof natürlich unsere Direktvermarktung im Blick. Jeder Besucher auf unserem Hof ist ein potenzieller Kunde. Trotzdem lohnt sich der Einsatz nicht, wenn man damit Geld verdienen will.“ Einen Grund dafür, dass sein Hof seit Jahren für Besucher offensteht, sieht er darin, dass alle Voraussetzungen stimmen: „Unsere Familie hat einfach Interesse und Spaß daran, der Bevölkerung ganz normale Landwirtschaft zu zeigen. Das muss man können und wollen, und es muss zum Hof passen.“



Bild: © BAUER e.V./ Gronmij GmbH



Bild: © BAUER e.V./ Gronmij GmbH



Bild: © BLE/ BonnFoto: Thomas Stephan



Mehr Informationen:

Dr. Diane Wischner-Pingel
BAUER e.V.
Telefon: 0 47 61 / 99 22 03
E-Mail: info@bauernhofklassenzimmer.de
www.bauernhofklassenzimmer.de

„Ein Instrument um unterschiedlichsten Bedürfnissen in den Regionen Rechnung zu tragen“

Arne Fiedler ist studierter Landwirt und arbeitet seit 14 Jahren in der Landesanstalt für die Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume (LEL), die die Leader-Arbeit in Baden-Württemberg koordiniert. Er hat Leader über drei Förderperioden begleitet und kennt viele der über 1.000 Leader-Projekte in den mittlerweile acht Aktionsgebieten des Landes.
www.leader.baden-wuerttemberg.de

Herr Fiedler, was ist das Besondere für Sie an Leader im Vergleich zu anderen Fördertöpfen?

Das Besondere ist für mich der Ansatz, den ganz eigenen Bedürfnissen der unterschiedlichsten Gebiete dadurch Rechnung zu tragen, dass sie mit finanziellen Mitteln unterstützt und gleichzeitig durch Vernetzung untereinander in der Umsetzung ihrer Ideen gestärkt werden. Das heißt umgekehrt: Der Auftrag an uns als Verwaltung ist es, den neuartigen Projektideen der Regionen in der Abwicklung von Leader Rechnung zu tragen.

Was bewirkt Leader darüber hinaus?

Der Hauptverdienst von Leader in allen bisherigen Förderperioden ist für mich, dass über die administrativen Grenzen hinaus die Menschen zusammenarbeiten können. Ich habe in all den Jahren die transnationale Zusammenarbeit besonders unterstützt und gleichzeitig festgestellt, dass schon die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Kommunen und Landkreisen schwierig genug ist. Regionen brauchen unsere volle Unterstützung, wenn sie aus ihrem Kirchturmdenken rauskommen wollen. Europa wächst nur zusammen, wenn wir bei den kleinsten Einheiten anfangen und bereit sind, im gemeinsamen Interesse zu denken und zu handeln. Dazu gehört in erster Linie auch das „Aufeinanderzugehen“. Genau das verstehe ich unter gebietsübergreifender Zusammenarbeit.

Was wäre denn ganz konkret ohne Leader in Baden-Württemberg nicht passiert?

Insbesondere die grenzübergreifende Zusammenarbeit, die Leader den Aktionsgebieten einräumt und zu der diese sich in ihren REKS verpflichtet haben, wurde durch Leader angestoßen. Die Regionen haben von diesem Austausch enorm profitiert und in vielen Leader-Gebieten haben sich dauerhafte Kooperationen mit unseren europäischen Nachbarn ergeben.

Was wünschen Sie sich für die kommende Förderperiode?

Goethe hat einmal gesagt: „Unsere Wünsche sind die Vorboten der Fähigkeiten, die in uns liegen.“ Für die kommende Förderperiode wünsche ich mir den Mut aller Akteure – also der Bürger, Vereine und Gemeinden im ländlichen Raum ebenso wie der Verwaltung und der Entscheidungsträger – dass unsere Wünsche die Grundlage der Strategien in den ländlichen Gebieten sind. Die sollten uns dann befähigen, diese Wünsche bestmöglich umzusetzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass Leader dazu ein hervorragendes Instrument ist. Gleichzeitig müssen wir der Versuchung widerstehen, es als Finanzierungsprogramm liegebener Aufgaben zu missbrauchen.

Was unterscheidet Leader in Baden-Württemberg von anderen Bundesländern?

In Baden-Württemberg wird Leader seit vielen Jahren von einer Koordinierungsstelle begleitet. Das gibt es in anderen Bundesländern so nicht. Unsere Arbeit geschieht im Auftrag des Ministeriums als Verwaltungsbehörde, hat aber in erster Linie unterstützenden und vernetzenden Charakter. Davon profitieren die Initiativen in den einzelnen Leader-Gebieten, weil sie eine Kontaktstelle haben, die den Überblick über alle landesweiten Leader-Aktionen hat. Der zweite Unterschied ist, dass Leader in Baden-Württemberg zu einem erheblichen Teil durch Landesmittel unterstützt wird, sodass in allen Förderperioden mehr Projekte umgesetzt werden konnten, als dies durch die reinen EU-Mittel möglich gewesen wäre. Das hat Leader zu einem sehr großen Bekanntheitsgrad im Land verholfen. Allerdings ist es für den Wettbewerb um die besten Ideen hilfreich, wenn die Mittel knapp gehalten werden. Dies wird in der kommenden Förderperiode auf Grund der angespannten Haushaltslage auch bei uns der Fall sein.

„Eine zukunftsweisende Methode im Umgang mit den Herausforderungen unserer Zeit“

Torsten Sommer ist seit 2005 für die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. (ALR) tätig und leitet die Geschäftsstelle in Flintbek. Der gebürtige Hesse arbeitet in seiner Wahlheimat seit 15 Jahren in der Dorf- und Regionalentwicklung. Unter anderem betreut er das Regionen-Netzwerk Schleswig-Holstein.
www.alr-sh.de

Herr Sommer, was ist das Besondere für Sie an Leader im Vergleich zu anderen Fördertöpfen?

In den Lokalen Aktionsgruppen (LAGn) begegnen sich private und öffentliche Akteure im Idealfall auf Augenhöhe. Durch die Arbeit und die Kultur des Miteinanders entstehen neue Partnerschaften: Menschen, die etwas bewegen wollen, finden zusammen, Grenzen werden über-, neue Wege beschritten. Dass die bewährte Methode in der Regionalentwicklung nun optional auch in anderen Fonds angeboten wird, zeigt: Leader ist ein erfolgreicher Ansatz, eine zukunftsweisende Methode für den Umgang mit den Herausforderungen unserer Zeit – nicht nur für ländliche Räume!

Was bewirkt Leader darüber hinaus?

Einen mir besonders wichtigen Aspekt möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen: In der laufenden Förderperiode wurde ein großer Teil der ELER-Fördermittel über unseren landesweiten Leuchtturm Wettbewerb vergeben. Vorsitzende und Regionalmanager aller 21 LAGn, in Schleswig-Holstein LAG AktivRegionen genannt, und Vertreter der Verwaltung wählten Projekte aus. Im Zeitraum 2009 bis 2012 wurden über 50 Vorhaben mit 23 Millionen Euro Fördermitteln unterstützt und 76 Millionen Euro Netto-Investitionen getätigt. Darüber hinaus ist das Bewusstsein für europäische Fördergelder gewachsen. Durch die Möglichkeiten mitzugestalten und mit zu entscheiden, entwickelte sich sowohl ein landesweites „Wir-Gefühl“ als auch ein Verantwortungsgefühl für die Verwendung der Fördermittel. Ein langsamer, aber aus meiner Sicht äußerst wertvoller Prozess.

Was wäre denn ganz konkret ohne Leader in Schleswig-Holstein nicht passiert?

Ohne Leader gäbe es in Schleswig-Holstein keine AktivRegionen. Ohne sie keine Arbeitsebene für Regionalentwicklung. Ohne diese niemanden, der sich vor Ort mit einem regionalen Ansatz um die Herausforderungen der ländlichen Räume kümmert und gemeinsam mit engagierten Menschen Lösungsansätze und Projekte entwickelt. Die vielfältigen Wirkungen von zahlreichen Projekten – darunter wichtige innovative und zukunftsweisende Ansätze – wären ausgeblieben, vielfältige Entwicklungspotenziale von Dörfern, Regionen und Menschen ungenutzt geblieben.



Was wünschen Sie sich für die kommende Förderperiode?

Die Verordnungsentwürfe zeigen es: Die EU will Leader und die Bedeutung der Integrierten Entwicklungsstrategie nach dem Prinzip der Zielkonformität stärken sowie die Freiheiten der LAGn erhöhen. Der fondsübergreifende Ansatz mehrere Fonds zur Erreichung regionaler Entwicklungsziele zu bündeln, ist ebenfalls ein neuer und interessanter Impuls aus Brüssel. Mein Wunsch: Mögen möglichst viele dieser guten Ansätze bei den schleswig-holsteinischen AktivRegionen ankommen und möglichst wenige im Verwaltungstrichter auf Bundes- und Landesebene hängen bleiben. Diesbezüglich wäre ein Blick über die Ländergrenzen wünschenswert, zum Beispiel nach Österreich oder Finnland. „Abgucken“ ist ja nicht wie in der Schule verboten, „voneinander lernen“ ist das richtige Motto.

Was unterscheidet Leader in Schleswig-Holstein von anderen Bundesländern?

Beispielhaft für den schleswig-holsteinischen Weg der Leader-Umsetzung seien genannt: der flächendeckende Ansatz, die oben erwähnten Leuchtturmprojekte, das enge und gute Miteinander von Verwaltung und LAGn als auch Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit. Für „unser System“ sehen wir aber auch Optimierungsbedarf. Seit Anfang 2012 arbeiten wir deshalb in einem Dialog auf Augenhöhe mit Vertretern der LAGn, des Ministeriums, der Bewilligungsstellen und des Gemeindetages an strategischen Überlegungen zur Förderung ländlicher Entwicklung in der nächsten EU-Förderperiode.

Die Gespräche führte Anke Wehmeyer



Kulturlandschaft lebendig gestalten

Über Jahrhunderte gewachsene Landschaften sind das Natur- und Kulturerbe Mitteleuropas. Sie symbolisieren Lebensqualität, Regionalverbundenheit, sind Grundlage zahlreicher wirtschaftlicher Aktivitäten – und erfahren einen bedrohlichen Werteverlust. Mit der Visualisierung von Kulturlandschaft und der Sensibilisierung für ihre Werte stellt sich der Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V. im transnationalen Projekt „Vital Landscapes“ dieser Entwicklung entgegen.

Von Bernd Reuter und Annette Schneider

Wer weiß, was ein Pappelring ist? Oder ein Bauernstein? Beides waren Elemente der früheren, ländlichen Rechtsprechung: An einem Pappelring oder einem Bauernstein getroffene Absprachen und Geschäfte galten als rechtsverbindlich. Noch heute finden sich diese Bedeutungen – beispielsweise im Ausspruch „am rechten Ort zur rechten Zeit“ – auch in unserem Sprachschatz wieder. Doch sie symbolisieren auch Werte der Kulturlandschaft, die in Vergessenheit geraten sind.

Kulturlandschaften verlieren heute mit steigender Geschwindigkeit ihre kulturellen Eigenarten und Traditionen. Eine zunehmend industrialisierte Landwirtschaft verstärkt die Uniformierung und Monotonisierung der Agrarfluren. Eine ungebremste Versiegelung bedeutet das irreparable Verschwinden der fruchtbarsten Böden Europas. Moderne Siedlungen zeichnen sich baulich oft durch eine gestalterische Beliebigkeit aus. Auch klimatische Veränderungen wirken sich immer deutlicher auf die Kulturlandschaften aus. Dies alles bedeutet immense Verluste an Individualität, Vielfalt und Schönheit unserer Landschaft. Regionale Akteure sind an der Entwicklung ihrer Landschaft oft kaum beteiligt, obwohl das gemeinsame Natur- und Kulturerbe auch eine Grundlage für die regionale Wertschöpfung ist.

Über sieben Grenzen hinweg

Um auf diese Problemen zu reagieren, startete im April 2010 Vital Landscapes als transnationales, größtenteils über Gelder aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördertes Projekt im Rahmen des Programms Central Europe. Acht Partner aus Deutschland, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Österreich taten sich mit dem Ziel zusammen, über einen Zeitraum von drei Jahren Möglichkeiten für die nachhaltige Entwicklung von Kulturlandschaften in Mittel- und Osteuropa auszuarbeiten. Im Mittelpunkt standen dabei die Beteiligung von Bürgern und Akteuren, die innovative Visualisierung von Landschaftsveränderungen, die

Umsetzung von Pilotprojekten sowie der Erfahrungsaustausch und die Weiterbildung. Koordiniert wurde das Projekt durch die Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH. Deren Hauptaufgabe war es, einen Flächen- und Maßnahmenpool zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft zu erarbeiten. In einem regionalen Diskurs wurden dazu realisierbare Projektansätze zusammengetragen und in einer Online-Datenbank veröffentlicht.

Beteiligung, Austausch und Weiterbildung

Der Landesheimatbund Sachsen-Anhalt regte als deutscher Partner in der Pilotregion Naturpark Unteres Saaletal Bürgerbeteiligungsprozesse an. In Workshops diskutierten Vertreter von Heimatvereinen und andere Interessierte über die Zukunft und Potenziale ländlicher Kulturlandschaften. Neben den Auswirkungen des demografischen Wandels waren Probleme der Wirtschafts- und Landschaftsentwicklung ebenso Thema wie die – vor allem in Ostdeutschland entstandene – Trennung von Dorf und umgebender Flur. Anhand von Beispielen bürgerschaftlichen Engagements wurden Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort betrachtet.

Als besonders anschaulich bewerteten die Teilnehmer die thematischen Exkursionen in die Projektgebiete: Die dabei geführten Gespräche mit Akteuren der Kulturlandschaft wie lokalen Politikern und Hofvermarktern, Erzeugern von Regionalprodukten, vor allem aber auch Vereinen, zeigten und bekräftigten den Willen, den ländlichen Raum lebens- und liebenswert zu erhalten.

Kulturgeschichte visualisiert

Akteuren praktisch anwendbare Werkzeuge für den Erhalt und die Entwicklung der Kulturlandschaft anzubieten, war ein weiteres Ziel von Vital Landscapes, das der Landesheimatbund Sachsen-Anhalt in Angriff nahm. Eines dieser Werkzeuge ist eine Online-Datenbank mit Landschaftselementen: sowohl der heute sichtbaren und unmittelbar greifbaren wie historische Mühlen oder Alleen, aber auch erinnerte, assoziative Elemente wie zum Beispiel bedeutsame Flurnamen. Auf Grundlage archivarischer Daten erfassten lokale, ehrenamtlich aktive Experten Kulturlandschaftselemente bei Ortsbegehungen. Vermessen und verortet sind all diese Daten inklusive Foto- und Filmmaterial und nachrecherchiertem Zusatzmaterial nun in einem Kulturlandschafts-Wiki abrufbar (www.kleks-online.de). Die sachsen-anhaltischen Daten werden über den Landesheimatbund gesammelt und betreut.

Die Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten einer Kulturlandschaft lassen sich anhand von Zukunftsszenarien auch für Nicht-Fachleute veranschaulichen. Auf der Basis von digitalisierten historischen Karten wurden deshalb mögliche Prozesse des Landschaftswandels visualisiert und Techniken entwickelt, um Landschaftsveränderungen zu dokumentieren. Diese Methode ist auch eine Grundlage für das Monitoring von Kulturlandschaften.

Und sie hilft, Engagement zu aktivieren. Dazu wurden von Experten aus dem Arbeitskreis Kulturlandschaft themenspezifische Handreichungen ausgearbeitet.

Nur was ich weiß, das sehe ich

Nur mit Beteiligung von freiwillig Aktiven vor Ort lässt sich Kulturlandschaft in all ihren Facetten nachhaltig entwickeln. Dafür muss sie im Bewusstsein der Menschen stärker als bisher verankert sein. Ein Netzwerk ehrenamtlicher, lokaler Experten aufzubauen und diese kontinuierlich zu schulen und fachlich zu unterstützen, war deshalb ein weiterer Projektbaustein. Für die Ziele, die Bindung an die Heimat zu fördern und bürgerschaftliches Engagement zu initiieren, sind ganz praktische Handlungen notwendig: Es gilt gemeinsame Konzepte zu entwickeln, um einen Mühlgraben zu renaturieren, eine barocke Schlossruine angemessen wieder zu erschließen oder Streuobstwiesen zu erhalten. Und es sind konkrete Fragen zur Umsetzung zu klären, beispielsweise die nach geeigneten Fördermöglichkeiten oder inwieweit Vorhaben über den Kompensationspool verwirklicht werden können.

Um die Werte der Kulturlandschaft außerdem überregional zu transportieren, hat der Landesheimatbund ein Modul zur Gästeführer-erziehung erarbeitet: den Kulturlandschaftsführer Sachsen-Anhalt mit speziellen Kompetenzen für das Regionalmarketing im Erfahrungs- und Bildungstourismus. In Abstimmung mit dem Tourismusverband Sachsen-Anhalt e.V. wurden Lehrinhalte und das Programm für die Ausbildung in 80 Unterrichtseinheiten und zwei Exkursionen entwickelt. Mit 24 vergebenen Abschlüssen wurde sie zweimal erfolgreich durchgeführt. Ab 2013 wird die Ausbildung als nach europäischem DIN-Standard zertifizierte Fortbildung nun Vereinen, Kommunalpolitikern, Gemeinderäten und interessierten Bürgern angeboten. Die Projektpartner sind überzeugt, dass die Vertiefung des Wissens über die heimatische Kulturlandschaft Stolz, Selbstbewusstsein und auch die eigene Argumentationskraft stärkt.

Neue Ideen für alte Landschaften

Am 1. März 2013 fand in Halle an der Saale die Abschlussveranstaltung von Vital Landscapes statt. Neben den zukunftsweisenden Ergebnissen ziehen die Projektpartner auch in Bezug auf Natur- und Denkmalschutz ein positives Fazit: Die Aktivitäten brachten eine neue Qualität der Zusammenarbeit und eine gute Basis für einen integrativen Schutz der Kulturlandschaft.

Für den Landesheimatbund ist das Projekt nicht beendet: In Zukunft sollen auch Handlungsansätze wie Leerstandsmanagement, Energiegenossenschaftsgründung sowie Flurgehölzanbau in die Kulturlandschaftsgestaltung aufgegriffen werden, um sich den aktuellen Herausforderungen Klimawandel, Energiewende und demografischer Wandel zu stellen.



Mehr Informationen:

Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V.
Dr. Annette Schneider-Reinhardt
Telefon: 03 45 / 29 28 617
E-Mail: schneider@lhbsa.de
www.vital-landscapes.eu

AgriClimateChange – mit Landwirtschaft Klima schützen

Nach dem Klimabericht des Weltklimarates der Vereinten Nationen (IPCC) aus dem Jahr 2007 ist die Landwirtschaft global gesehen für 13,5 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Gleichzeitig hat sie das Potenzial, Emissionen zu reduzieren und Kohlenstoff zu binden. Wie, das erproben 120 Landwirte aus vier europäischen Ländern.

Von Aurelia Nyfeler-Brunner



Bild: © Bodensee-Stiftung

Landwirtschaftliche Betriebe benötigen zur Produktion von Lebensmitteln Energie, direkte Verbräuche von Brennstoff und Strom, indirekte durch den Einsatz von Futtermitteln, synthetischen Düngern und Pflanzenschutzmitteln. Die Produktion und der Verbrauch von Energie sowie natürliche Prozesse in der Landwirtschaft haben die Emission der Treibhausgase Kohlendioxid, Methan und Lachgas zur Folge.

Klimafreundlich bewirtschaften

Das Projekt AgriClimateChange setzt sich dafür ein, landwirtschaftliche Produktion effizient und gleichzeitig klimaschonend zu betreiben. Fünf Partner aus Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien erheben mit einer eigens entwickelten Software Energie- und Treibhausgasbilanzen von 120 landwirtschaftlichen Betrieben. Auf Grundlage dieser Bilanzen werden mit den Landwirten mögliche Maßnahmen zur Reduktion von Energieaufwand und Treibhausgasemissionen besprochen, beispielsweise die Umstellung auf Direktsaat oder die Abwärmenutzung. Gemeinsam werden zum jeweiligen Betrieb passende Maßnahmenpläne erstellt und schrittweise umgesetzt.

Energie- und Treibhausgasbilanzen – Erste Ergebnisse

Energie-Input im Jahr 2010
in Gigajoule pro Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (GJ / ha LN)

Betriebe im Durchschnitt (ohne Gärtnereien)	34 Gigajoule / Hektar LN direkter Verbrauch 57% indirekter Verbrauch 43%
- Obstbetriebe	46 GJ / ha LN
- Betriebe mit Biogasanlage	40 GJ / ha LN
- Rinderhaltung ohne Biogasanlage	24 GJ / ha LN

Emission von Treibhausgasen im Jahr 2010
in Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten pro Hektar (tCO₂eq/ha)

Betriebe im Durchschnitt	3,4 tCO ₂ eq/ha
- Betriebe mit Rinderhaltung sowie Biogasanlage	4,2 – 4,6 tCO ₂ eq/ha
- Obstbaubetriebe	0,8 tCO ₂ eq/ha

Deutsche Erfahrungen

Die internationale Bodensee-Stiftung ist der deutsche Projektpartner bei AgriClimateChange, seit 2010 arbeitet sie mit 24 süddeutschen Landwirten zusammen, die zwischen 16 und 180 Hektar bewirtschaften. Darunter sind 16 Betriebsleiter mit Tierhaltung, zehn von ihnen ohne und sechs mit einer Biogasanlage sowie sechs Obstbau- und zwei Gärtnerei-Betriebe. Elf Betriebe werden konventionell bewirtschaftet, die restlichen biologisch. Zur Beteiligung am Projekt motiviert hatten die Projektpartner Demeter Baden-Württemberg, die Bioenergieregion Bodensee sowie die Landbauschule Donauschlingen, die das Projekt zum Teil auch finanziell fördern. Insgesamt werden im Projekt drei Betriebsjahre erhoben und ausgewertet.

Die untersuchten Betriebe ohne die Gärtnereibetriebe hatten im Betriebsjahr 2010 einen Energieinput von durchschnittlich 34 Gigajoule pro Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, wobei die Betriebe mit Rinderhaltung ohne Biogasanlage deutlich weniger, die Obstbetriebe und die Betriebe mit Biogasanlage deutlich mehr verbrauchten. Der Anteil direkter Energie liegt im Durchschnitt bei 57 Prozent, die restlichen 43 Prozent fallen auf die indirekte Energie. Die durchschnittliche Emission von Treibhausgasen beträgt 3,4 Tonnen Kohlendioxidäquivalenten pro Hektar. Die höchsten Emissionen haben Betriebe mit Rinderhaltung und jene mit Biogasanlage, die geringsten die Obstbetriebe. Die in den betrieblichen Maßnahmenplänen dargestellten Reduktionspotenziale liegen bei bis zu 20 Prozent der Energie und bis zu 25 Prozent der Treibhausgase.

Europäische Perspektiven

Neue und nützliche Einblicke in ihre Betriebe konnten auch die Landwirte gewinnen: Vor allem praktische Erfahrungen zu pflugloser Bodenbearbeitung, Wärmerückgewinnung und Sojaersatz im Kraftfutter wurden bei Projekttreffen diskutiert. Die Projekterfahrungen fließen auch in die Diskussion zu einem deutschlandweiten Bilanzierungsverfahren ein. Eine Zusammenstellung der umgesetzten Maßnahmen wird zudem der Europäischen Kommission, die das Projekt im Rahmen von Life+ finanziell fördert, als Grundlage zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft dienen.



Mehr Informationen:

Aurelia Nyfeler-Brunner
Bodensee-Stiftung
Telefon: 0 77 32 / 99 95 44
E-Mail: aurelia.nyfeler-brunner@bodensee-stiftung.org
www.bodensee-stiftung.org
www.agriclimatchange.eu



Bild: © BINE Informationsdienst / G.Hirn

Ländliche Stromnetze schlau regeln

Im Modellprojekt „Smart Country“ erprobten Forscher im Kreis Bitburg-Prüm (Rheinland-Pfalz) das Verteilnetz der Zukunft. Flexibel soll es auf die zunehmende dezentrale Einspeisung von regenerativem Strom reagieren. Rund ein Jahr nach Inbetriebnahme hat das Eifeler Projekt den Praxistest erfolgreich bestanden. Von Anna Durst

Bei der klassischen Stromversorgung fließt der Strom nur in eine Richtung: vom großen Kraftwerk zum Kunden. Beim Smart Grid kommen weitere kleine „Kraftwerke“ hinzu. Windenergie-, Solar- und Biogasanlagen erzeugen zusätzlichen Strom, der ins Netz eingespeist wird. In ländlichen Gebieten reicht die Übertragungsleistung der bestehenden Stromnetze nicht aus. Das erfordert in Verbindung mit der geringen Nachfrage vor Ort neue Netzlösungen, um künftigen Anforderungen gerecht zu werden. Neue Verteilnetze – sogenannte Smart Grids – bilden die Grundlage für eine nachhaltige Energieversorgung.

In Bitburg-Prüm testet RWE Deutschland zusammen mit dem Anlagenhersteller ABB, dem Beratungsunternehmen Consentec und der TU Dortmund das erste deutsche Smart Grid. Das 173 Quadratkilometer große Testgebiet ist mit 32 Einwohnern je Quadratkilometer recht dünn besiedelt. Die installierte Leistung übersteigt derzeit 30 Prozent der bisherigen Maximallast des momentanen Stromnetzes. Und stetig kommen weitere regenerative Erzeuger hinzu. Ziele des Forschungsprojektes „Smart Country“ waren deshalb die Entwicklung, die wirtschaftlich-technische Analyse und die Demonstration neuer Netzkonzepte für Smart Grids. „Alle Maßnahmen dienen dazu, mehr dezentrale Erzeugung am bestehenden Netz zu ermöglichen“, erklärt Torsten Hammerschmidt, Leiter des Forschungsprojektes. Am Nieder- und Mittelspannungsnetz waren Ende 2011 rund 7.500 dezentrale Stromerzeuger mit einer Gesamtleistung von rund 970 Megawatt angeschlossen. Diese Energiemenge entspricht der Leistung eines Großkraftwerks.

Demonstrationsnetz mit virtuellem Speicher

Im optimierten Netz überwacht Datentechnik – sogenannte Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) – das Stromnetz. Ein Biogasspeicher gleicht Stromspitzen aus, starke Kabelstrecken, quasi Stromautobahnen, sind installiert. Auch Spannungsregler setzten die Forscher ein, welche die Spannung im Netz konstant halten. Das Demonstrationsnetz umfasst seit Umstellung circa 110 Kilometer Mittelspannungsleitungen mit rund 100 Stationen. Im gesamten Netz fragt die IKT kontinuierlich Statusmeldungen ab, analysiert und wertet sie aus.

Damit das Netz zusätzlich gleichmäßig ausgelastet ist, wurde eine Biogasanlage als Speicher eingesetzt. „Diese speichert faktisch Biogas, wird aber als Stromspeicher für Solarstrom eingesetzt, indem wir die Verstromung des Biogases aus der Mittagszeit in die Abendstunden verlagern“, beschreibt Hammerschmidt. Der Biogasspeicher ist so dimensioniert, dass die Photovoltaik-Einspeisung gegenläufig imitiert wird – also im Zeitraum der vermehrten Einspeisung die Verstromung des kontinuierlich produzierten Biogases reduziert oder sogar eingestellt wird.

Basiswissen für weiteren Ausbau

Nach dem einjährigen Testbetrieb zog Torsten Hammerschmidt eine erste positive Bilanz: „Die auf Halbleitertechnik basierenden Spannungsregler setzten wir erstmals in öffentlichen Energieversorgungsnetzen ein. Diese regeln die Spannung exakt auf den eingestellten Wert. Das hat für ländliche Versorgungsaufgaben eine hohe Bedeutung. Denn gerade auf dem Land entwickelt sich die dezentrale Erzeugung rasant.“ Die Projektergebnisse dienen als Basis für die Planung und Entwicklung neuer Strategien, um Netze effizienter zu betreiben und „schlau“ zu machen.

Smart Grid

Ein Smart Grid kommuniziert und steuert Stromerzeuger, Speicher, elektrische Verbraucher sowie Energieübertragungsnetze und -verteilnetze. Das Stromnetz wird überwacht und optimiert. Das hilft, die Energieversorgung sicherzustellen, und zielt auf einen effizienten und zuverlässigen Netzbetrieb ab.



Mehr Informationen:

Anna Durst
BINE Informationsdienst
Telefon 02 28 / 92 379 19
E-Mail: anna.durst@fiz-karlsruhe.de
BINE Informationsdienst ist ein Service von FIZ Karlsruhe und wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) gefördert.
www.bine.info

Die GAK zukunftsorientiert weiter entwickeln

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) wird als wichtiges nationales Förderinstrument für die Agrarwirtschaft, den Küstenschutz und in zunehmendem Maße auch für ländliche Räume im Rahmen ihrer Möglichkeiten kontinuierlich weiterentwickelt. Im Zusammenhang mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sollen auch im GAK-Rahmenplan 2014 neue Förderungsschwerpunkte gesetzt werden.

Von Sönke Beckmann

Vor dem „Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAKG) fand bereits Agrarstrukturförderung mithilfe der sogenannten „Grünen Pläne“ statt. Seit 1973, also mittlerweile seit 40 Jahren, hat sich dann die GAK als nationales Förderinstrument bewährt. Dabei wird der Begriff „Agrarstruktur“ weder im Grundgesetz noch im GAK-Gesetz definiert. Die „Verbesserung der Agrarstruktur“ ist demnach ein Ziel, das mit sich wandelnden agrarpolitischen Zielvorstellungen neue Inhalte bekommen kann. Ausgehend von der Fokussierung auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe sind beispielsweise auch Maßnahmen zum Ausgleich standortspezifischer Nachteile, zur Förderung umweltfreundlicher Produktionsmethoden oder zur Einkommensdiversifizierung im Laufe der Zeit in den Rahmenplan aufgenommen worden. Zudem wurden zunehmend Belange der integrierten ländlichen Entwicklung berücksichtigt, beispielsweise die Förderung der Dorferneuerung oder zuletzt der Ausbau der Breitbandversorgung.

Agrarstrukturförderung mit wachsender Themenvielfalt

Die thematische Erweiterung der Förderbereiche spiegelt sich auch darin wider, dass mittlerweile circa 50 Prozent der GAK-Mittel von Kommunen und kommunalen Körperschaften des öffentlichen Rechts oder – im Fall des Küstenschutzes – vom jeweiligen Land genutzt werden. Landwirtschaftliche Betriebe erhalten rund 37 Prozent der Gesamtmittel, Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung rund drei Prozent, Waldbesitzer und forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse etwa vier sowie Privatpersonen und sonstige Träger die restlichen sechs Prozent (siehe dazu die Grafik).

Im aktuellen Bundeshaushalt stehen im Rahmen der GAK effektiv 600 Millionen Euro jährlich zur Verfügung, davon 25 Millionen ausschließlich für Maßnahmen des Küstenschutzes, die durch den Klimawandel erforderlich werden. Nach der landwirtschaftlichen Sozialpolitik stellt sie damit den zweitgrößten Einzelposten im Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) dar.

Deutsche Agrarstrukturpolitik im europäischen Rahmen

Durch ihren überwiegend agrarstrukturellen Bezug sind die Möglichkeiten der GAK als Förderinstrument für eine zukunftsfähige ländliche Entwicklung begrenzt. Gleichzeitig ist sie aber das wichtigste Instrument, mit dem die agrarpolitischen Interessen vom Bund und

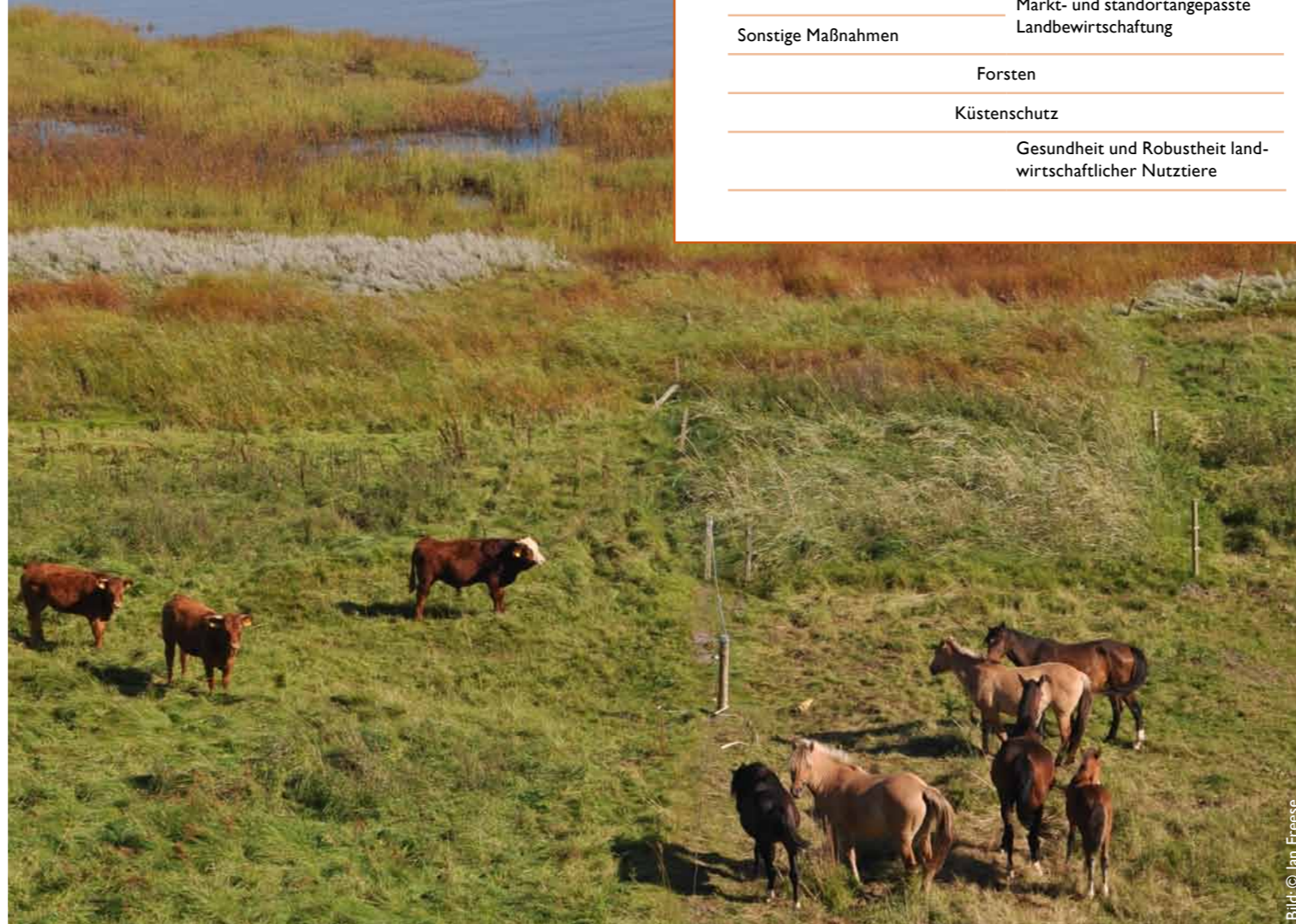
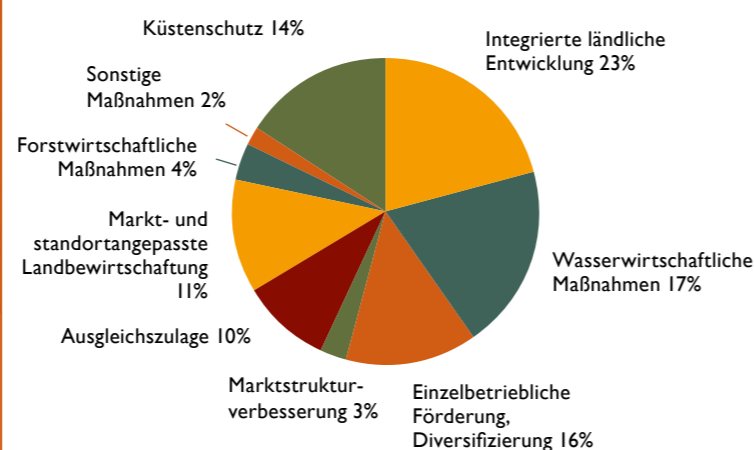


Bild: © Jan Freese

Änderungen bei den Förderbereichen

Ursprünglicher GAK Rahmenplan 2012 - 2015	Änderungen GAK Rahmenplan ab 2014 (Entwurf)
Verbesserung ländlicher Strukturen	
Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen	Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen
	Verbesserung der Vermarktungsstrukturen
Nachhaltige Landbewirtschaftung	Benachteiligte Gebiete
Sonstige Maßnahmen	Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung
	Forsten
Küstenschutz	
	Gesundheit und Robustheit landwirtschaftlicher Nutztiere

Mittelverteilung in der GAK nach Fördermaßnahmen (Ist-Ausgaben)



Gemeinschaftsaufgaben: Mischförderung von Bund und Ländern

Nach dem Grundgesetz (GG) nehmen Bund und Länder im föderalen System Aufgaben getrennt wahr und tragen die entsprechenden Ausgaben gesondert. Eine Ausnahme stellen die Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91a und b GG sowie die Finanzhilfen nach Artikel 104a GG dar: Durch das Finanzreformgesetz aus dem Jahr 1969 wurden sie als Kooperations- und Kofinanzierungsmodelle in das Grundgesetz aufgenommen, um die vormals bereits von Bund und Ländern praktizierte Mischfinanzierung und -verwaltung gesetzlich zu regeln. Bei der Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben durch die Länder wirkt der Bund obligatorisch mit, wenn sie für die Gesamtheit bedeutsam sind und seine Mitwirkung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist. Diese Kompetenzverteilung wird seit 1970 auf Grundlage des GAK-Gesetzes geregelt. In einem gemeinsamen jährlichen Rahmenplan werden Maßnahmen festgelegt, deren Kosten gemeinschaftlich im Verhältnis 60 zu 40, beim Küstenschutz 70 zu 30, zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden.

den Ländern gebündelt und so auf europäischer Ebene durchsetzungsfähiger werden. Mit der Nationalen Rahmenregelung, die auf der ELER-Verordnung basiert, bildet die GAK gemeinschaftsrechtlich zudem eine inhaltliche Klammer um die ländlichen Entwicklungsprogramme der Länder. Als wichtiges Kofinanzierungsinstrument für die Länder ist die thematische Annäherung an den ELER wichtig, auch wenn die GAK aufgrund ihres gesetzlichen Rahmens nicht alle ELER-Maßnahmen abdeckt und die ELER-Maßnahmen nicht von allen Ländern in Anspruch genommen werden. Die GAK ist somit Teil eines komplexen Netzwerkes, das über die Ausgestaltung der Agrarstrukturpolitik und der ländlichen Entwicklungspolitik bestimmt und zur Harmonisierung ihrer Förderungen beiträgt.

Richtungsweisende Veränderungen

Das GAK-Gesetz gibt vor, den Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe jährlich zu prüfen und aktuellen Entwicklungen anzupassen: Unter dem Aspekt ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung sollen Maßnahmen weiterentwickelt, Prioritäten neu gewichtet, überholte Grundsätze und erreichte Ziele aufgegeben werden. Der Planungsausschuss von Bund und Ländern, der sogenannte PLANAK, hat im Dezember 2012 vorbehaltlich von Abweichungen in der zukünftigen ELER-Verordnung entscheidende Änderungen beschlossen.

Im Zusammenhang mit der geplanten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU für 2014 bis 2020 soll die GAK stärker auf bundesweite Ziele und Maßnahmen ausgerichtet werden und sich so weit wie möglich am zukünftigen EU-Rechtsrahmen orientieren. Als Grundlage für die Priorisierung wurden neben bestehenden Fachkonzepten und -strategien aus dem BMELV die Lösungsansätze und Maßnahmen aus der im Jahr 2012 erarbeiteten „Charta für Landwirtschaft und Verbraucher“ herangezogen.

Als Hauptziele der zukünftigen GAK werden neben der Unterstützung landwirtschaftlicher Unternehmen die Stärkung des ländlichen Raumes sowie die Förderung von umweltverträglichen und ökologischen Wirtschaftsweisen definiert.

Klima, Konzepte, Kooperationen

Danach gliedert sich der neue Rahmenplan in acht Förderbereiche (siehe Tabelle) mit 16 Maßnahmengruppen und 47 Einzelmaßnahmen (bisher 87). Für die Förderung ländlicher Entwicklung besonders relevante Veränderungen finden sich unter anderem bei der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE): Beispielsweise sollen ILE-Konzepte finanziell stärker sowie Pläne zur Dorferneuerung erstmals eigenständig gefördert werden.

Bei der markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung werden erstmals neue Möglichkeiten geschaffen, diese „Agrarumwelt- und Klima-Maßnahmen“, wie sie im Entwurf der neuen ELER-Verordnung bezeichnet werden, auch überbetrieblich und gemeinschaftlich mit mehreren Landwirten und mit zusätzlicher Unterstützung beispielsweise durch Landschaftspflegeverbände durchzuführen. Im Laufe des Jahres will der PLANAK die Vorschläge endgültig beschließen, vorausgesetzt, dass keine grundlegenden Veränderungen in den Entwürfen der EU-Kommission zur künftigen ELER-Verordnung mehr berücksichtigt werden müssen.



Mehr Informationen:

Sönke Beckmann
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Referat 413 – EU-Programme zur ländlichen Entwicklung;
Gemeinschaftsaufgabe GAK
Telefon 02 28 / 99 52 9 33 80
E-Mail: 413@bmelv.bund.de
www.bmelv.bund.de → Landwirtschaft
→ Förderung & Agrarsozialpolitik
→ Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur & Küstenschutz

Tourismus in ländlichen Räumen: Herausforderung und Entwicklungschance

Möglichkeit

Möglichkeit

Möglichkeit

Möglichkeit

Möglichkeit

Möglichkeit

Bild: © bluedesign / fotolia

Obwohl viele ländliche Räume gute Voraussetzungen für Tourismus-Ziele mitbringen, findet das Wachstum des Inlandtourismus vor allem in den deutschen Großstädten statt. Die Ergebnisse aus dem Projekt „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“ zeigen auf, warum das so ist. Und wie es sich ändern lässt.

Von Hagen Melzer

Lust auf Natur, raus aus der Stadt, weg vom Alltag! Wer denkt da nicht an einen entspannten Trip aufs Land, an eine Radelpartie durch herrliche Landschaften mit kleinen Dörfern oder an regionale Köstlichkeiten? Regionalität, Nachhaltigkeit, Gesundheit und Entschleunigung werden im Inlandtourismus immer wichtiger. Naturerlebnis und Aktivitäten wie Wandern oder Radfahren und auch der gute alte Bauernhof sind beliebt. Trotz dieser an sich guten Voraussetzungen spielt sich das Wachstum im Deutschlandtourismus allerdings in den großen Städten ab.

Dabei kann ein lebendiger Tourismus gerade in ländlichen Räumen die Lebensqualität deutlich erhöhen: Arbeitsplätze vor Ort werden gesichert oder neu geschaffen und so Abwanderung verhindert. Damit können die örtlichen Angebote und die öffentliche Infrastruktur erhalten und verbessert werden. Diese sind wiederum Voraussetzung für touristische Nachfrage: Der öffentliche Nahverkehr, kulturelle und Freizeitangebote, Gasthöfe und Geschäfte finden ihre Kunden.

Ursachen finden und Perspektiven aufzeigen

Aufgabe der „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“, durchgeführt vom Deutschen Reiseverband (DRV), war es daher, Ursachenforschung für die geringe Wachstumsdynamik zu betreiben. Und mit dem Blick nach vorn zu fragen: Wie funktioniert Tourismus in ländlichen Räumen? Welche Voraussetzungen müssen im öffentlichen und privaten Bereich erfüllt werden? Welche Produkte werden benötigt? Welche Vertriebswege haben Potenzial für die Zukunft? Wie lassen sich neue Ansätze für Kooperation und Zusammenarbeit umsetzen? Gefördert wurde das Projekt durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), inhaltlich eingebunden war zudem das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV).

Ziel war es, Potenziale und modellhafte Lösungswege für Anbieter, Vermarkter, Netzwerke und die öffentliche Hand in wichtigen Handlungsfeldern aufzuzeigen. Hierfür wurde das Tourismussystem ländlicher Räume analysiert, Chancen und Herausforderungen bewertet.

Mittels einer Sonderauswertung der Reiseanalyse der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen zum Urlaubs- und Reiseverhalten der Deutschen wurden Themen- und Zielgruppenpotenziale ermittelt. Darüberhinaus wurden weitere statistische Daten ausgewertet sowie Trends und Problemlagen mit Experten aus der Tourismusforschung erörtert. Künftige Handlungsfelder wurden benannt, Schlüsselstrategien und Erfolgsfaktoren abgeleitet und in kompakte Checklisten für alle am Tourismus Beteiligten übersetzt. Die Ergebnisse sind in einem Leitfaden und zehn Kurzreports zu den Handlungsfeldern zusammengefasst.

Große Herausforderungen

Tourismus in ländlichen Räumen umfasst weit mehr als „Urlaub auf dem Bauernhof“. Alle Angebotsformen und -themen sind gemeint, sofern sie – verkürzt gesprochen – außerhalb der städtischen Ballungsräume, vor allem in kleineren Gemeinden bis zu 5.000 Einwohnern stattfinden.

Anbieter, Vermarkter, Politik und Verwaltung stehen dabei großen Herausforderungen gegenüber: Infolge von Bevölkerungsrückgang und Landflucht ist die Grundversorgung vieler Regionen gefährdet. Es mangelt an Fachkräften. Die Natur- und Kulturlandschaft wandelt sich, die Interessen von Tourismus, Landwirtschaft und Energiewirtschaft sind auszugleichen. Professionelles Wirtschaften und Kooperationen werden durch die sehr kleinteilige und im Raum verstreute Anbieterstruktur erschwert. Im öffentlichen wie im privaten Bereich herrscht oft Investitionsstau. Professioneller Vertrieb gerade der kleinteiligen touristischen Produkte findet bislang kaum statt. Die Organisationsstrukturen im öffentlichen Tourismusmarketing aller Ebenen sind vielerorts nicht an den Aufgaben orientiert und oft wenig aufeinander abgestimmt.

Intensive Einbindung aller Interessierten

Soviel praktische Erfahrung wie möglich sollte in das Projekt einfließen. Neben Expertenbefragungen und wissenschaftlicher Analyse wurden

Zehn Handlungsfelder für Landtourismus mit Zukunft

- **Nachhaltige touristische Entwicklung ländlicher Lebensräume:** Die natürlichen Grundlagen sind zu erhalten, regionale Identität als Grundlage für Standortqualität und touristische Attraktivität zu stärken. Touristische Belange können noch stärker in Dorfentwicklungsprogramme einfließen, lokale Identität kann im konkreten Produkt aufgegriffen werden.
- **Produktinszenierung:** Qualität und vor allem Erlebnisse für Themen und Zielgruppen sind auf allen Ebenen zu entwickeln. „Stories“ müssen erzählt werden. Genauso müssen die Anbieter weiter qualifiziert werden.
- **Stärkung und Weiterentwicklung von Netzwerken:** Nur so können Wertschöpfungsketten verlängert werden. Vor allem kleine Partner profitieren hiervon. Wichtig ist vor allem deren Ausrichtung an den touristischen Strategien der Bundesländer und Destinationen.
- **Infrastruktur und Investitionsmanagement:** Egal ob Re- oder Neuinvestition, gerade öffentliche Investitionen müssen unter der Prämisse realisiert werden, Folgeinvestitionen und Anbietervernetzung zu ermöglichen. Bei den touristischen Wegen heißt es: Weniger ist mehr. Wegenetze müssen dauerhaft zu unterhalten sein.
- **Markenbildung:** Marken sorgen für Vertrauen beim Gast, Sicherheit für den Unternehmer und Effektivität im Marketing. Je nach Potenzial ist das regionale Tourismusmarketing gefordert, Destinations- und auf Themen und Zielgruppen zugeschnittene Programmmarken zu kreieren und vor allem zu führen.
- **Kommunikation und Vertrieb:** Neue und mobile (Online-) Technologien vor allem der Buchungsplattformen machen kleine Angebote auch im großen Vertrieb buchbar. Die Breitband- und Mobilfunkanbindung ist damit die Basis des Vertriebs.
- **Organisationsstrukturen:** Die Zukunft gehört aufgabenorientierten statt hierarchischen Ansätzen. Größere Einheiten sind vielerorts ratsam. Steuerer regionaler touristischer Entwicklungen bleiben die Destination-Management-Organisationen (beispielweise der regionale Tourismusverband).
- **Fachkräftesicherung und -professionalisierung:** Gefordert sind die strategische und branchenübergreifende Einbeziehung in regionale Tourismusstrategien ebenso wie einzelbetriebliche Maßnahmen.
- **Mobilität:** Öffentliche Alltags- und individuelle Freizeitmobilität können im Tourismus verknüpft werden. Gäste und Anbieter können hier in die Finanzierung einbezogen werden.
- **Barrierefreiheit:** Über regionale Entwicklungsansätze können vollständige Angebotsketten und die Integration in regionale Markenstrategien erreicht werden.

Lust auf's Land

Neue Wege im Landtourismus standen auch im Mittelpunkt einer DVS-Tagung im Frühjahr 2012. Veranstaltungsdokumentation online: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/landtourismus

Bild: © seen / fotolia



Bild: © by-studio / fotolia

daher eine Vielzahl Praktiker in den Prozess einbezogen. Regen Zuspruch fand der Online-Aufruf zur Einreichung bester Praxisbeispiele bezüglich Angebot, Netzwerk sowie Marketing und Vertrieb. Insgesamt wurden 450 Beispiele auf ihren Umgang mit den zentralen Herausforderungen untersucht. Das Bewusstsein für Wege zum Erfolg sollte durch umfassende Kommunikation aller Ergebnisse gestärkt werden. Die gute Resonanz der bundesweit vier Regionalkonferenzen verdeutlicht: Es besteht Diskussionsbedarf. Allerdings lieber vor Ort und persönlich – der Blog der Projektwebsite wurde eher selten genutzt. Ende Januar 2013 fand im Rahmen der Internationalen Grünen Woche der Abschlusskongress des Projektes statt.

Zehn Handlungsfelder für die Zukunft

Die Fachwelt und die Praxis sind sich einig: Tourismus in ländlichen Räumen hat große Potenziale. Anbieter, Vermarkter, Politik und Verwaltung müssen sich dabei zehn übergreifenden Handlungsfeldern stellen, um die Herausforderungen zu meistern (siehe Tabelle).

Informationen zum Projekt, ein Leitfaden und Kurzreports mit speziellen Empfehlungen zu den Handlungsfeldern stehen online zur Verfügung. Schlüsselstrategien und Erfolgsfaktoren werden anhand bester Praxisbeispiele erklärt. Checklisten bieten Orientierung und Impulse für das eigene Handeln von Anbietern, Vermarktern und öffentlicher Hand. www.tourismus-fuers-land.de



Mehr Informationen:

Hagen Melzer
Project M GmbH
E-Mail: Hagen.Melzer@projectm.de

Inklusion im ländlichen Raum

Im Rahmen eines Modellvorhabens des Bundeslandwirtschaftsministeriums hat das Forschungsinstitut für biologischen Landbau neue Konzepte der Vernetzung zwischen Grünen Werkstätten und Landwirten entwickelt und erprobt. Praxiserfahrungen in drei Modellbetrieben zeigen, dass diese Netzwerke den ländlichen Raum stärken können. Von Hella Hansen

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderung. Sie haben häufig Spaß an der Arbeit mit Tieren und in der Natur und sind als Mitarbeiter sehr gewissenhaft: gute Voraussetzungen für die Mitarbeit in der Landwirtschaft. Gleichzeitig steht in land- und gartenbaulichen Bereichen von Werkstätten für behinderte Menschen, den Grünen Werkstätten, neben der pädagogischen Förderung die Wirtschaftlichkeit genauso im Fokus wie in landwirtschaftlichen Betrieben. Durch Kooperationen kann man Energie bündeln, Zeit und Geld sparen.

Das Modellvorhaben

Drei Grüne Werkstätten an Standorten in Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz wurden ausgewählt, um in einem Zeitraum von

30 Monaten Vernetzungsideen zu entwickeln und von Fachleuten betreut umzusetzen. Zwei der ausgewählten Modellbetriebe sind bereits erfahren mit Kooperationen und der Vermittlung von Außenarbeitsplätzen. Ein Betrieb wurde neu aufgebaut: Hier mussten Strukturen neu geschaffen und sogar Vorurteile der Anwohner ausgeräumt werden. Betriebsleiter von 46 weiteren Betrieben, vor allem aus der Landwirtschaft, vereinzelt Gärtnereien, Metzgereien und Landmaschinenwerkstätten wurden bundesweit dazu befragt, was sie sich als Arbeitgeber und Kooperationspartner der Grünen Werkstätten erhoffen.

Positive Effekte auf die Region

Projektleiter Dr. Robert Hermanowski vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau zieht ein positives Fazit: „Alle drei Modellbetriebe stärkten ihre Wirtschaftskraft sowie die im gesamten ländlichen Raum. Sie verankern Arbeitsplätze in der Region und fördern die Inklusion von Menschen mit Behinderung, die eine berufliche Identität bekommen. Die Zusammenarbeit mit umliegenden Betrieben und Dienstleistern bringt Synergieeffekte und löst neue wirtschaftliche Impulse aus. Zudem führen diese Verbindungen zu mehr Akzeptanz in der Bevölkerung“.

Hof Basweiler – klein und vielseitig



Voraussetzungen: Drei Hektar Betriebsfläche, wurde im Modellvorhaben modernisiert und neu strukturiert.

Vernetzungsansatz: Geschäftsidee und Kooperationspartner finden. Qualifizierung von Menschen mit Behinderung.

Ergebnis: Pflege- und Erntemaßnahmen in Obstbau, Lohnmesteri und gartenbauliche Dienstleistungen führen zu einer breiten Verankerung und Vernetzung auch über die Landwirtschaft hinaus. www.hof-blasweiler.de

Antonius-Hof – maßgeschneidert weiterbilden



Voraussetzungen: 375 Hektar, als integrativer Betrieb mit 60 Menschen mit Behinderung in der Region etabliert, bestehende regionale Kooperationen mit landwirtschaftlichen Betrieben

Vernetzungsansatz: Mehrstufiges Ausbildungs- und Qualifizierungskonzept für Menschen mit Behinderung am Beispiel Schweinehaltung.

Ergebnis: Auf sie zugeschnittene Ausbildungsbausteine geben Menschen mit Behinderung eine berufliche Identität und fördern die Inklusion. Potenzielle Arbeitgeber schätzen das Zertifikat als berufliche Qualifikation. www.antoniusheim-fulda.de

Mühlhäuser Werkstätten / Zweigwerkstatt Ebeleben – gut gecoacht



Voraussetzungen: 25 Hektar, Haupterwerb Schweinemast mit kompletter Wertschöpfungskette von der Produktion bis zur Vermarktung, als integrativer Betrieb in der Region etabliert und vernetzt.

Vernetzungsansatz: Verbesserung von Vermittlungschancen von Mitarbeitern mit Behinderung in Partnerbetriebe.

Ergebnis: Vorbereitung und anschließende Begleitung der Mitarbeiter durch einen Jobcoach verbessern die Vermittlungschancen beträchtlich. www.muehlhaeuser-werkstaetten.de



Bild: © Daniel/Thomas Funda, FiBL

Der Leitfaden „Gut vernetzt – davon profitieren alle!“ stellt das Projekt vor und gibt konkrete Anregungen für Netzwerke. www.fibl-shop.org



Mehr Informationen:

Hella Hansen
Forschungsinstitut für biologischen Landbau
Telefon: 0 69 / 713 76 99 45
E-Mail: hella.hansen@fi-bl.org
www.gruene-werkstatt.de

EU-Fonds machen Schule

Seit 2009 bringt die Gesellschaft für Europa- und Kommunalpolitik e.V. (GEKO) brandenburgischen Schülern die Europäische Union näher. Der thematische Schwerpunkt des Projekts „Europa im Blick“ ist der Nutzen der drei EU-Fonds ELER, EFRE und ESF, aus denen auch das Projekt selbst gefördert wird. Der folgende Beitrag stellt den erfolgreich praktizierten fondsübergreifenden Ansatz vor. Von Rainer Hechinger

Schülern die Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds (ESF) für ihre Zukunft nahezubringen – dies war das ursprüngliche Ziel, das das brandenburgische Bildungsministerium und die Verwaltung des ESF im Arbeits- und Sozialministerium mit dem Projekt „Europa im Blick“ gemeinsam verwirklichen wollten. Daraus entwickelte sich die Idee, auch die Fördermöglichkeiten des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Fonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER) in Schulen vorzustellen.

Fördermöglichkeiten für die Zukunft

Ein wesentliches Ziel des Projekts war und ist es, Schülern der Sekundarstufen ab Klasse 9 zu zeigen, auf welche Weise alle drei Fonds ihnen bei der Verwirklichung ihrer Ziele helfen können: als Förderinstrumente regionaler und ländlicher Entwicklung, für Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum. Zur Anschauung dienen sowohl aus den Fonds geförderte lokale Projekte und Unternehmen als auch landesweite Maßnahmen wie die Unternehmens- und Gründungsförderung oder das Berufsorientierungs-Programm Initiative Oberschule. Damit trägt das Projekt auch dazu bei, ein positives Bild der Europäischen Union zu transportieren.

Mit der Wissensvermittlung und dem moderierten Dialog in den Schulen wurde die Gesellschaft für Europa- und Kommunalpolitik beauftragt. Grundlage für die Diskussion im Rahmen einer Doppelstunde ist eine mit den Ministerien abgestimmte Präsentation zu den EU-Fonds. Zudem erhalten die Schüler Handouts mit den wesentlichen Informationen. Auch den Lehrern wird eine Material-CD zur Verfügung gestellt. Die Projektmaterialien enthalten sowohl allgemeine Informationen über die EU-Fonds als auch regionalspezifische Informationen zur Fördersituation im Umkreis der jeweils besuchten Schule. Außerdem dienen Informationsveranstaltungen für Pädagogen und öffentlichkeitswirksame Medien-Events der Bekanntmachung des Projekts.

Der Erfolg des fondsübergreifenden Projekts „Europa im Blick“ ist gemessen an der Nachfrage an den Schulen so groß, dass es nun-

mehr bereits zum zweiten Mal zwei Schuljahre läuft. Dabei wurde die Anzahl der an den Schulen durchgeführten Doppelstunden von 100 im ersten auf 150 im zweiten Schuljahr heraufgesetzt. Zusätzlich sind nun Unternehmensbesuche, erstmals für das Schuljahr 2013, in das Projekt aufgenommen.

Ein Projekt – vier Ministerien

An dem Projekt sind als Partner die brandenburgischen fondsverwaltenden Ministerien für Wirtschaft und Europa, für Landwirtschaft und für Arbeit und Soziales sowie das Bildungsministerium beteiligt. Da alle drei EU-Fonds gleichwertig behandelt werden, erfolgt die Finanzierung des Projektes aus jedem Fonds (Technische Hilfe) zu je einem Drittel. Der Austausch und die Zusammenarbeit der Ministerien bei europäischen Förderansätzen werden in Brandenburg bereits seit mehreren Förderperioden mit Erfolg praktiziert. Den Abstimmungsprozessen und der Einbindung aller beteiligten Referate kommt dabei eine wichtige Bedeutung zu. Die im Wirtschafts- und Europaministerium eingerichtete Koordinierungsstelle EU-Förderung führt alle fondsübergreifend angelegten Publizitätsprojekte durch und ist für die administrative Abwicklung zuständig.



Mehr Informationen:

Rainer Hechinger
Koordinierung EU-Förderung
Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
des Landes Brandenburg
Tel.: 03 31 / 866 18 24
E-Mail: Rainer.Hechinger@MWE.Brandenburg.de
www.europa.brandenburg.de → EU-Förderung
www.eu-fonds.brandenburg.de

Weitere Informationen zum Projekt:
www.geko-bb.de/projekte_eibl.html



Für die Renaissance des Grünlands

Bild: © Jan Freese

Grünland kann zum Erhalt natürlicher Ressourcen einen wichtigen Beitrag liefern. Bislang fehlen jedoch politische, wirtschaftliche, aber auch gesellschaftliche Konzepte, um den Erhalt des Grünlands sicherzustellen. Dieser Aufgabe stellt sich das Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen.

Von Arno Krause

O bwohl Grünland eines der prägendsten Elemente von Landschaften ist, wird ihm häufig weniger Bedeutung zugestanden als beispielsweise dem Ackerland. Die steigende Nachfrage nach alternativen Energiequellen und der Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln stehen häufig einer nachhaltigen Grünlandnutzung entgegen. Und der Strukturwandel stellt insbesondere kleinere Betriebe vor die Frage nach dem Ausstieg aus dem Milchmarkt und damit der Grünlandbewirtschaftung.

Grünland hat Potenzial

Grünland berührt unterschiedliche Politik- und Rechtsbereiche. Beispielsweise sind die Cross-Compliance-Auflagen als Instrument des Umwelt- und Naturschutzes mit der Agrarwirtschaft verzahnt. Neben seiner Bedeutung als Lebensraum vieler Pflanzen- und Tierarten ist Grünland wichtig für den Grund- und Hochwasserschutz; es bindet zudem Kohlenstoff und trägt so zum Klimaschutz bei. Und Grünland dient den Menschen häufig als Erholungsraum. Grünland könnte eine deutlich größere Bedeutung einnehmen, wenn seine Vermarktungspotenziale in Landwirtschaft, Energie, Tourismus, Biodiversität und Klimaschutz stärker herausgearbeitet würden. Auch könnte es für die Wertschöpfungsketten, zum Beispiel als kostengünstige Futterkomponenten, stärker genutzt werden.

Spannungsvolle Vielfalt

So vielfältig die Verwendung von Grünland ist, so wenig konkret ist der Begriff. Je nach Nutzungsform beherbergt Grünland ganz unterschiedliche Pflanzenarten. Intensiv oder extensiv bewirtschaftet dient es als Weide- oder Wiesenfläche. Daneben gibt es Flächen, die als Biotopgrünland gar nicht in die landwirtschaftliche Produktion eingebunden sind. Abhängig davon, welche Aspekte betrachtet werden, differieren Ansprüche und abgeleitete Maßnahmen für ein Grünlandmanagement erheblich voneinander. Dies kann zu Nutzungskonflikten führen.

Netzwerk im Grünlandgürtel Niedersachsens

Dieser Vielseitigkeit durch eine sachliche Aufklärung gerecht zu werden und damit zu Inwertsetzung und Erhalt des Grünlandes mit

seiner mannigfachen Bedeutung für die Regionen und wirtschaftenden Betriebe beizutragen, sind die Ziele des Grünlandzentrums Niedersachsen/Bremen. Dazu schlossen sich im Jahr 2010 sieben Organisationen aus Landwirtschaft, Regionalentwicklung und Verwaltung zusammen. Parallel zu einem für zwei Jahre bis Ende Mai 2013 laufenden Förderprojekt wurde ein Verein gegründet und eine Geschäftsstelle in Ovelgönne eingerichtet. Diese soll dauerhaft durch Mitglieds- und Förderbeiträge finanziert werden und die Initialaktivitäten durch Folgeprojekte, angeworbene Projektmittel und Mitarbeiter weiterentwickeln.

Dialog unterstützen

Der Schlüssel zum Erhalt des Grünlands basiert auf der Wertschätzung sowie der Zusammenarbeit aller Beteiligten und auch der gesamten Gesellschaft. Es geht darum, Nutzungskonkurrenzen deutlich zu machen und im Dialog einvernehmliche Lösungen, Kompromisse oder im besten Fall Win-win-Ergebnisse zu erzielen. Die Basis dazu liefert eine umfassende Information, mit deren Hilfe Konflikte verstanden und gelöst werden können. Dabei gilt es, so unterschiedliche Ansprüche wie die Sicherung von Produktionsfunktionen, die Wettbewerbsfähigkeit der Futterbaubetriebe, die Erschließung neuer Einkommensquellen und Märkte, den Schutz der Biodiversität und die nachhaltige Bewirtschaftung der durch Grünland geprägten Kulturlandschaften in Nordwestdeutschland zu verbinden. Letztendlich müssen tragfähige Konzepte entwickelt und angewendet werden, um Leistungen zum Erhalt von Grünland genauso zu verstehen und zu honorieren wie die Bereitstellung von Primärgütern wie Nahrungsmitteln.



Mehr Informationen:

Dr. Arno Krause
Grünlandzentrum Niedersachsen / Bremen
Telefon: 0 44 01 / 829 56 16
E-Mail: arno.krause@gruenlandzentrum.de
www.gruenlandzentrum.de

Naturpark in Bürgerhand

Der Dübener Heide e.V. kann auf eine lange Tradition zurückschauen: Schon in den 1930er Jahren fanden sich hier die Heidefreunde zusammen, um die Natur und Heimat zu schützen. Nazizeit und Krieg machten dem Engagement ein Ende. Erst am 31. März 1990 wurde dem Verein in Bad Dübener Heide neues Leben eingehaucht. Inzwischen feierte man gemeinsam zwanzigjähriges Bestehen.

Von Thomas Klepel



Bild: © Verein Dübener Heide e.V.

Zwischen unterer Mulde und mittlerer Elbe nordöstlich von Leipzig-Halle erstreckt sich die Dübener Heide als weithin sichtbare bewaldete Erhebung. Sie ist mit einem Waldanteil von knapp 50 Prozent das größte geschlossene Waldgebiet in Mitteldeutschland. Der hohe ökologische und naturräumliche Wert ist gekennzeichnet durch den überwiegenden Anteil von Landschafts- und Naturschutzgebieten sowie den im Rahmen von Natura 2000 ausgewiesenen Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Gebieten, wie das Presseler Heidewald und Moorgebiet, die drei Viertel der Gesamtfläche einnehmen. Die Dübener Heide ist heute Heimat für etwa 102.000 Menschen – die Bevölkerungsdichte ist mit 87 Einwohnern je Quadratkilometer gering. Als Naturpark sind circa 80 Prozent der Gesamtfläche der Heideregion ausgewiesen. Von den 753 Quadratkilometern Naturparkfläche liegen 53 Prozent in Sachsen-Anhalt und 47 Prozent in Sachsen.

Tradition wiederentdeckt

Schon in den 1920er Jahren gab es erste Bestrebungen, die Natur der Dübener Heide durch bürgerschaftliches Engagement zu schützen: Aktiv waren damals vor allem Natur- und Wanderfreunde aus den umliegenden Ballungszentren Bitterfeld, Halle und Leipzig: Sie wollten ihre neu entstehende Freizeit in der schönen Dübener Heide erleben. So wurde am 28. September 1930 im Park-Restaurant in Dübener Heide e.V. gegründet. Gemeinsames Ziel war es: „Helft uns der Heimat helfen und für sie wirken und schaffen.“ Zur damaligen „Verschönerung des Gebietes“ gehörte der Ausbau des Wanderwegenetzes, die Organisation von Wanderungen und Vorträgen, die Bereitstellung von Fremdenführern, sowie die Herausgabe von Wanderplänen. 1940 stellte der Heideverein seine Tätigkeit ein, diese wurde auch nach 1946 nicht wieder aufgenommen. Mit den beginnenden gesellschaftlichen Umwälzungsprozessen Ende der 1980er Jahre sahen auch die Heidefreunde neue Chancen, sich intensiver für ihre Heimat engagieren zu können, zumal nach wie vor das Damoklesschwert des Braunkohlenbergbaus über dem westlichen Teil der Heide schwebte. So fanden sich am 17. Februar 1990 65 Heidefreunde zum 1. Grünen Tisch im Bad Dübener Schützenhaus zusammen und beschlossen die Wiedergründung des Vereins Dübener Heide.

Besonderheiten der Region

Die Dübener Heide soll in ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit für kommende Generationen gepflegt und erhalten werden – so das Ziel des Vereins aber auch der beiden Bundesländer, über die sich der Naturpark erstreckt. Neben dieser Besonderheit, dass der Naturpark länderübergreifend geplant und gepflegt werden muss, ist es vor allem der Fakt ungewöhnlich, dass der Verein Dübener Heide e.V. Träger des Naturparks ist. Dahinter steckt das in der Heide traditionelle Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement und Verantwortung. Insgesamt 358 Mitglieder, 11 Mitgliedskommunen und zwei Ortsteile, der Landkreis Wittenberg, acht Vereine und vier Unternehmen arbeiten gemeinsam am Erhalt des Naturparks. Die Beteiligten sind überzeugt: Das Modell einer durch Bürger getragene Schutz- und Entwicklungsstrategie für eine ländliche Region funktioniert. Der Naturpark zeigt sich als ein ideales Instrument für eine nachhaltige landschaftsbezogene Entwicklung einer ländlichen Region wie die Dübener Heide und er bietet die Chance und den rechtlichen Raum für eine nachhaltige Partizipation, Engagement und Verantwortung von Bürgern für die Entwicklung ihrer Heimat.



Mehr Informationen:

Naturparkleiter Thomas Klepel
Naturpark – Verein Dübener Heide e.V.
E-Mail: info@naturpark-duebener-heide.com
www.naturpark-duebener-heide.com

Büro Sachsen-Anhalt
Telefon 03 42 43 / 50 881

Büro Sachsen
Naturparkhaus
Telefon 03 42 43 / 72 993



**NATURPARK
DÜBENER HEIDE**

Von der Redaktion für Sie angelesen

bildung.nachhaltig.regional

Von Anke Wehmeyer

Das österreichische Projekt Lernende Regionen soll lebenslanges Lernen und den Aufbau von Wissensmanagement im ländlichen Raum stärken. Im Rahmen des Programms wurde vom Forum Umweltbildung ein Modell für Bildung für nachhaltige Entwicklung erarbeitet und in einem Handbuch veröffentlicht. Darin werden 10 Aspekte vorgestellt: konkret handeln, Emotionen miteinbeziehen, mit Wissen bewusst umgehen, Visionen entwickeln, reflektieren, kritisch denken, kommunizieren, partizipieren, kooperieren und Methodenviel-

falt. Anhand von Projekten werden sie praxisnah veranschaulicht. Die Beispiele kommen oft aus Leader-Regionen, die in Österreich das Projekt Lernende Regionen umsetzen. Zu jeder Projektphase werden dem Leser Fragen gestellt, die zum Nachdenken anregen und das Entwicklungspotenzial der Projekte in Bezug auf nachhaltige Entwicklung ausloten. Das Handbuch versteht sich als Geschichten-, Bilder-, Arbeits- und Methodenbuch, das in jeder Projektphase zur Reflexion in die Hand genommen werden kann.



Irmgard Stelzer, Sophia Garczyk und Anna Streissler: *bildung.nachhaltig.regional*, Forum Umweltbildung, Wien 2012, 116 Seiten, ISBN 978-3-900717-69-8.

Information, Bestellung und Download unter www.bildung-nachhaltig-regional.at

Dorfbewohner organisieren ihre Nahversorgung

Von Hans Hercksen

Dorfläden sind mehr als Verkaufsstellen für Lebensmittel und andere Waren des täglichen Bedarfs. Sie tragen als Treff- und Kommunikationspunkte zum Erhalt dörflicher Gemeinschaft und Lebensqualität bei. Dass das Fehlen eines solchen Bezugspunktes nicht tatenlos hingenommen werden muss, zeigt die Journalistin und Geografin Kristina Pezzeri in ihrem Buch. Dazu hat sie verschiedene Dorfläden-Projekte in ganz Deutschland besucht und beschreibt mit geübtem Blick und Einfühlungsvermögen, was sie dort erlebt hat. Sie schildert dabei nicht

nur Erfolgsbeispiele, sondern auch solche, wo noch spürbar Sand im Getriebe ist. Im Mittelpunkt ihrer Schilderungen stehen vor allem die Menschen: einzelne „Macher“, Familien, ganze Dorfgemeinschaften, die ihrem Dorf mit Mut und Einsatzbereitschaft ein wichtiges Stück Lebensqualität zurückgeben wollen. Wer selbst mit der Gründung eines Dorfladens liebäugelt, wird hier wertvolle Anschauungsbeispiele finden. Auch für alle anderen interessierten Leser ist dieses Buch spannend und aufschlussreich zugleich.



Kristina Pezzeri: *Verkaufen können wir selber! Wie sich Landmenschen ihren Laden zurück ins Dorf holen*, Metropolis-Verlag, Marburg 2013, 184 Seiten, ISBN: 978-3-89518-978-4.

... angebündigt

Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck

Von Steffen Ortwein und Hans Hercksen

Mobilitätsangebote, medizinische Versorgung, Kinderbetreuung und Einkaufsmöglichkeiten – dieses sind nur einige der Themen, die unter dem Begriff Daseinsvorsorge diskutiert werden. Dabei geht es besonders darum, durch wen und in welchem Umfang diese Leistungen bereitgestellt werden können und sollen. Sie prägen wesentlich die Lebensqualität in Stadt und Land. Angesichts des demografischen Wandels bedürfen die Angebote der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zunehmend einer Anpassung und Weiterentwicklung. Die Publikation „Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck – Wie reagieren auf den demografischen Wandel?“ bietet dazu Ideen und

Ansätze aus Wissenschaft und Praxis. Zusammengefasst hat sie das Sachgebiet Strukturen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Die Beiträge unterschiedlicher Autoren bieten Zugang zu Fachwissen, mit dem Ziel komplexe Themen verständlich aufzubereiten.

Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck – Wie reagieren auf den demografischen Wandel?, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.), Bonn 2013
Kostenlose Bestellung und Download unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/daseinsvorsorge



Nahversorgung im Wandel

Das Institut für Städtebau und Wohnungswesen (ISW) lädt am 16. Mai 2013 zur Fachtagung „Ländliche Räume im demografischen Wandel – Perspektiven der Nahversorgung“ nach München ein.

Die bedarfsgerechte Nahversorgung ist in vielen ländlichen Regionen nicht mehr selbstverständlich. Gesellschaftliche und demografische Veränderungen haben spürbare Konsequenzen auf die Aufenthalts- und Versorgungsqualitäten vieler Orte auf dem Land. Da es zu einer neuen Herausforderung geworden ist, Versorgungseinrichtungen zu erhalten, möchte die Tagung einen Überblick über aktuelle Handlungsansätze geben sowie Perspektiven und Maßnahmen für eine zukunftsfähige Nahversorgung aufzeigen. Es werden alternative Konzepte vorgestellt, die bereits jetzt als kreative Lösungen vor Ort funktionieren. Dorfläden aller Art spielen dabei, auch als soziale Treffpunkte, eine besondere Rolle.

Anmeldung, Programm und weitere Informationen: www.kurzlink.de/ISW_Nahversorgung

Verkehrswende in ländlichen Räumen

Die Bayerische Akademie Ländlicher Raum und die Evangelische Akademie Tutzing veranstalten am 20. Juni 2013 in Ingolstadt ein Seminar zum Thema „Verkehrswende?! Mobilität im ländlichen Raum fördern“. Angesichts steigender Spritpreise, neuer Anforderungen an den Klimaschutz und sich wandelnder Bevölkerungsstrukturen will die Veranstaltung Mut machen, sich mit den Herausforderungen, aber auch Chancen einer veränderten Mobilität in ländlichen Räumen zu befassen. Dazu wird – neben grundsätzlichen Beiträgen zur Energie- und Verkehrswende – eine Reihe konkreter Beispiele vorgestellt und diskutiert: Das Elektrofahrzeug kann Erreichbarkeiten im ländlichen Raum erweitern, moderne Kommunikationstechniken führen zu Rufbus-Systemen und anderen nachfragegesteuerten Angeboten, außerdem kann die Kombination verschiedener Verkehrsträger die Qualität des öffentlichen Verkehrsangebotes verbessern. Aber auch die Gestaltung der Orte, beispielsweise durch Belebung der Zentren und neue Angebote der Nahversorgung, kann dazu beitragen, dem näheren Umfeld wieder mehr Bedeutung zu geben.

www.kurzlink.de/Verkehrswende

Bundswettbewerb zur Innenentwicklung in Dörfern

Der demografische Wandel ist in der Dorfmitte angekommen. Dabei entwickeln sich die Gemeinden sehr unterschiedlich: Wachsende Dörfer sorgen sich möglicherweise um das Ortsbild, schrumpfende brauchen einen geordneten Rückbau. Bei den einen ist finanzielle Förderung wichtig, bei den anderen sind es neue Kommunikationsansätze. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG) starten deshalb einen Bundeswettbewerb zur Auszeichnung von Dörfern, die Ideen und Pläne für den gesamten Ort entwickelt haben.

Gemeinden oder Ortsteile mit bis zu 5.000 Einwohnern können sich zwischen März und Juni über ein einfaches Teilnahmeformular bewerben. Eine Fachjury legt die Preisträger fest und besucht sie im Herbst 2013. Die Gewinner werden auf der Grünen Woche 2014 prämiert und in einer Broschüre des BMELV vorgestellt.

Weitere Informationen: www.asg-goe.de



Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren.
Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren.

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn





Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:

Landschaft, ein verbannter Wert?!



Bild: © Jeroy | 31 /

Termine

Zusammengestellt von Stefan Kämper

11. und 12. April	Grüner und gerechter? EU-Agrarreform und heimische Landwirtschaft Tagung in Hofgeismar (Hessen)	Evangelische Akademie Hofgeismar in Zusammenarbeit mit dem AgrarBündnis und dem Dienst auf dem Lande der EKKW www.ekkw.de/akademie.hofgeismar
17. April	Das Land in Frauenhand. Frauen mit Verantwortung für Hof, Wald und Dorf Seminar in Arnsberg (Nordrhein-Westfalen)	ZeLE. Zentrum für ländliche Entwicklung im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen www.kurzlink.de/zele_in_frauenhand
29. und 30. April	Beteiligung organisieren, Strategie entwickeln und Finanzierung sichern. Die nächsten Schritte im regionalen Entwicklungsprozess Bundesweites Leader-Treffen in Bad Kissingen <small>Info auf Seite 10</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-treffen
14. und 15. Mai	Großschutzgebiete und ELER: Perspektiven für die integrierte Entwicklung von Naturschutz, Landnutzung und Regionaler Entwicklung ab 2014 Workshop in Weimar <small>Info auf Seite 11</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume in Kooperation mit EUROPARC Deutschland e. V. und dem Verband Deutscher Naturparke www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schutzgebiete
17. und 18. Juni	Unternehmertum und Regionalmanagement: Ein unterschätztes Team 2. Dreiländerdialog Regionalmanagement in Lindau (Bodensee) <small>Info auf Seite 10</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, Regionalmanagement Österreich e.V., regioisuisse – Schweizer Netzwerkstelle Regionalentwicklung, Regionen im Dialog e.V. und Bayern regional www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dreilaenderdialog

Terminkalender unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Unser Fokuscartoon

Von Mele

